

Palästina

INTIFADA

The title 'INTIFADA' is rendered in large, bold, black letters with a red-to-white gradient shadow. A black barbed wire line runs horizontally across the top of the letters. A stick figure with a green flag is positioned on the right side of the word.

Nummer 24 Herbst 2007 Preis: € 3,- Zeitschrift für den arabischen Widerstand



Gaza: Wählerwille durchgesetzt

Die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen ist im Grunde nichts anderes als die Durchsetzung der Wahlergebnisse vom vergangenen Jahr. Mit allen möglichen Mitteln versuchten der Westen, Israel und die Fatah, das demokratische Wahlergebnis zu missachten. International wurde ein Hungerembargo verhängt, die gewählten Regierung nicht anerkannt und die unterlegene Fatah samt ihrer Milizen und Geheimdiensten aufgerüstet.

Die Hamas unternahm seit ihrem Wahlsieg zahlreiche Versuche, einen Kompromiss zu finden. Dazu zählt auch die Bildung einer Einheitsregierung mit der Fatah. Doch sowohl der Westen als auch die Fatah setzten ihre Obstruktionspolitik fort. Fatah wollte die Macht einfach nicht abgeben und auch der Westen wollte seine willfährigen Handlanger trotz offensichtlicher Korruption, Misswirtschaft und Bereicherung nicht durch die Vertreter des Volkswiderstands ersetzt sehen.

Wenn nun in den westlichen Medien davon die Rede ist, dass die Hamas im Juni 2007 einen Putsch verübt und überdies das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt hätte, so sprechen die Fakten eine andere Sprache. Die Fatah hat es sowohl der Hamas als auch der späteren Regierung der Nationalen Einheit praktisch verunmöglicht zu regieren. Ihre Kräfte haben vor allem in Gaza eine ständige Situation des Konfliktes provoziert, solange bis schließlich eine Entscheidung notwendig war. Die Regierung aufzulösen, die Hamas für illegal zu erklären und jeden Dialog zu verweigern – das ist der tatsächliche Putsch gegenüber der einzig demokratisch legitimierte Regierungspartei. Und diesen Akt hat Mahmud Abbas – unter dem tosenden Applaus des Westens – gesetzt.

Jetzt wird Gaza, mehr noch als zuvor, ausgehungert. Und die Welt, auch die arabische, schaut zu, ja, macht bei der Hungerblockade mit. Was ist das, wenn nicht ein schleichender Völkermord? Dem gilt es mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und von

der Welt zu fordern, das palästinensische Volk seine freie und demokratische Willensäußerung nicht mit dem Hungertod bezahlen zu lassen.

Inhalt

Abbas putscht gegen die gewählte palästinensische Regierung	3
Das Abkommen von Mekka und die „Regierung der Nationalen Einheit“	6
Der Sechstagekrieg und seine Folgen	7
„Die Bedingungen für einen echten Bürgerkrieg sind nicht gegeben“	8
Interview mit Dr. Rabah Muhanna, Mitglied des Politbüros der PFLP	
Die Industriezonen in Palästina – ein weiteres Instrument des Apartheidsystems	10
Israels Geisterbahn	11
Hizbullah im Lagerkrieg in der Zwickmühle	12
Schwierige Positionsnahme zwischen Palästinensern, Salafiten und Kampf um die Armee	
„Für einen Libanon ohne Konfessionalismus“	16
Interview mit Dr. Ali Fayyad, Direktor des Beratungszentrums für Studien und Dokumentation, ein Think-Tank der Hizbullah	
Mit dem Widerstand, für einen gerechten Frieden im Nahen Osten	18
Internationale Konferenz in Chianciano Terme (Italien), 24.–25. März 2007	
Palästina, Libanon, Afghanistan, Irak, Iran	20
Islamische Befreiungstheologie?	24
Über die Verteufelung des politischen Islam	
Der irakische Widerstand als globaler antiimperialistischer Pol	28
„Scheitern des politischen Prozesses stärkt al-Qa’ida“	31
Aufruf der arabischen Welt, den Widerstand zu unterstützen	35
Kairo-Konferenz: Antiimperialisten, Islamisten und panarabische Linke treffen sich in Ägypten	
„Die Forderung nach Verfassungsänderungen ist der Höhepunkt der demokratischen Bewegung, nicht ihr Beginn“	38
Interview mit Prof. Dr. Ashraf el-Bayumi, Mitglied des Antikolonialistischen und Antizionistischen Komitees, Vizepräsident der Alexandrian Association for Human Rights Advocating	
Thronfolge, Brot-Intifada und Unterdrückung	44
Zur Situation der oppositionellen Bewegung in Ägypten	
Zutritt nur für Erlauchte	45
Ein Quasi-Visum für Kurdistan	
Ausnahmestand und viel Bewegung, aber wenig Inhalt!	47
Anti-G8-Proteste in Rostock verbleiben auf dem Niveau einer allgemeinen Unmutsäußerung	
Hamas – Der politische Islam in Palästina	48
Rezension eines Buches von Helga Baumgarten	

Vom Westen unterstützt:

Abbas putscht gegen die gewählte palästinensische Regierung

Die Ereignisse, die Mitte Juni im Gazastreifen stattfanden, haben weltweit für Aufruhr gesorgt. Während die westlichen Medien von einem „Gottesstaat“ in Gaza sprachen und gegen die islamische Widerstandsbewegung Hamas hetzten, löste der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) Mahmud Abbas putschartig die Regierung auf und rief eine „Notstandsregierung“ aus.

Dieser Putsch von Abbas, eine demokratisch gewählte Regierung aufzulösen und eine Terrorwelle im Westjordanland zu lancieren, wurde von den westlichen Staaten begrüßt. Die Blockade des Gazastreifens wurde verschärft, wobei den Straßenkämpfern der Fatah freies Geleit ins Westjordanland und nach Ägypten gewährt wurde. Die offiziellen Medien Palästinas betreiben heute in Palästina, in der arabischen Welt und im Westen eine

Diffamierungskampagne. Es sind daher einige Punkte zu klären, um die Ereignisse in den palästinensischen Gebieten zu verstehen.

Im Januar 2006 fanden im besetzten Westjordanland und Gazastreifen Parlamentswahlen zur Autonomiebehörde statt. Die Hamas wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt. Dieser Wahlsieg der Hamas war eine Stellungnahme der Mehrheit der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Korruption der mafiosen, von Fatah geführten PNA. Die Bevölkerung hat klar für den Widerstand gegen die Besatzung und gegen den Kollaborationskurs gestimmt, der nach dem Oslo-Abkommen von Fatah eingeschlagen, und nach dem Tod Arafats von Abbas beschleunigt wurde.

Die westliche Reaktion auf den Wahlsieg der Hamas war, alle Hilfgelder an die PNA, deren aufgebläh-

ter Bürokratie-, und Sicherheitsapparat bislang von EU-Geldern abhängig gewesen war, zu sperren. Die westlichen Gelder flossen nunmehr an Abbas, um seine „Präsidentengarde“ zu einer kampffähigen Truppe aufzubauen.

Die Fatah weigerte sich, an einer Einheitsregierung teilzunehmen und setzte auf den Sturz einer Hamas-Aleinregierung durch „internationalen“ Druck.

Schon in den ersten Tagen nach den Wahlen drohte die seit 15 Jahren regierende Fatah mit Bürgerkrieg, falls die neue Regierung die Positionen und Interessen der Führer im aufgeblähten, fast ausschließlich mit Fatah-Mitgliedern besetzten und schließlich korrupten Behördenapparat gefährden würde. Durch weitere Bankenblockaden wurde die Auszahlung jeglicher Gelder an die Regierung verhindert. Wäh-



rend die Hamas-Minister versuchten, Spendengelder buchstäblich ins Land zu schmuggeln, um die Gehälter der nun seit Monaten unbezahlten Beamten auszahlten, schaffte die korrupte Fatah-Führungsriege ihr Geld aus dem Land.

Fatah nützte die Unzufriedenheit im mehrheitlich von ihren Funktionären besetzten PNA-Apparat, um eine Welle des Chaos im Land auszulösen. Die Fatah-Funktionäre erzwangen mit Gewalt einen Beamtenstreik und stürmten und sabotierten mehrmals das Parlament und andere von Hamas verwaltete Behörden. Die Polizeiapparate, auch durchwegs mehrheitlich von der Fatah besetzt, weigerten sich, den Anweisungen des Innenministers zu folgen, was die Hamas dazu zwang, einen eigenen Sicherheitsapparat, die „Exekutive-Truppen“ aufzustellen. Diese wurden von Abbas nicht anerkannt und es war nur eine Frage der Zeit, bis diese in Konflikt mit den Fatah-Apparaten geraten würden.

Dieser Konflikt trat ein und seit September 2006 war der Alltag in Gaza von den Zusammenstößen der beiden Organisationen geprägt. An Eskalation nicht interessiert, bemühte sich die Hamas um einen Kompromiss mit der Fatah. Die Fatah trieb aber die Eskalation weiter und alle Abkommen wurden von den „unkontrollierbaren“ Milizen sabotiert. Fatah benützte den Dialog ausschließlich dafür, die Hamas zu immer weiteren politischen Zugeständnissen im Sinne der israelischen und der westlichen Anweisungen zu drängen.

Nach einer Reihe gescheiterter Vermittlungsversuche seitens der arabischen Regierungen, vor allem Ägyptens und Jordaniens, gelang es dem saudi-arabischen König Abdullah, die obersten Vertreter der beiden Organisationen zu direkten Verhandlungen nach Mekka zu bringen. Diese Vermittlungsversuche waren jedoch in der Quintessenz nicht mehr als verschleierte Druck auf die Hamas, einseitig und ohne jede Gegenleistung die bewaffneten Aktionen gegen Israel einzustellen, Israel direkt oder indirekt anzuerkennen und die Schlüsselpo-

sitionen der Autonomieregierung an die Fatah abzugeben.

Die saudische Initiative kam im Kontext der allgemeinen Eskalation und Isolierungsversuche gegen den Iran und Syrien, der medialen Stimmung der Hetze gegen die Schiiten und der Zuspitzung der Lage im Irak und im Libanon. Saudi-Arabien versuchte hier eine politische Führungsrolle im regionalen Geschehen zu erlangen, um wenigstens den Widerstand in Palästina zu neutralisieren, falls es zu einer westlichen Eskalation gegen den Iran (mit all ihren regionalen Folgen) kommen sollte.

Im Februar 2007 unterzeichneten die beiden Organisationen ein Abkommen, das von den fortschrittlichen Kräften stark kritisiert und als eine Kapitulation der Hamas gesehen wurde. Hamas versprach, alle von der PLO unterzeichneten Abkommen (in diesem Fall ging es um das Oslo-Abkommen) zu respektieren. Eine Regierung der Nationalen Einheit wurde gebildet, in der die Hamas zwar den Regierungschef stellte, jedoch auf alle ausschlaggebenden Ministerien verzichtete musste.



Da die Verhandlungen zur Regierungsbildung erst nach dem Abkommen liefen, das heißt nachdem Hamas vor allem „die von der PLO unterzeichneten Abkommen“ respektiert hatte, hatten Abbas und Fatah die Oberhand. Obwohl die Hamas die Position des Regierungschefs und der meisten Minister behielt, bekam die Fatah die ausschlaggebenden Positionen der Regierung zugesprochen: das Außen-, und das Finanzministerium. Das Informationsministerium ging an den liberalen Mustafa Barghuti. Für das wichtige und lange umstrittene Innenministerium wurde nach mühsamen Verhandlungen

eine parteilose Person vereinbart. Der neue Innenminister musste gleich nach dem Amtsantritt feststellen, dass ihm durch ein Dekret des Präsidenten Abbas alle Kompetenzen entzogen wurden. Abbas ernannte Muhammad Dahlan, den Fatah-Führer in Gaza, zum „Sicherheitsberater“. Dieser sollte de facto die Sicherheitsapparate in Gaza kontrollieren. Dahlan ist die Hauptfigur der Sicherheitskoordi-



nation mit den Israelis, der Hauptverantwortliche für die Zusammenstöße mit Hamas und schließlich der starke Mann innerhalb der Fatah. Dieser Beschluss lähmte den „neutralen“ Innenminister und hinderte die Integration der von Hamas gebildeten „Exekutive-Truppen“ in die Sicherheitstruppen der PNA. Die Ernennung Dahlans war somit nichts anderes als eine Provokation, die der Regierungsbildung jeden Sinn entzog.

Daher war es nur eine Frage der Zeit, bis die militärischen Auseinandersetzungen wiederaufgenommen würden, was tatsächlich geschah und nur durch die israelischen Angriffe zeitweise unterbrochen wurde.

Die Fatah bereitete systematisch ihren Putsch gegen die Regierung vor. Waffen und Gelder flossen ununterbrochen an die Fatah-Milizen. Dahlan bewegte seine „Präventivsicherheitstruppen“ zu mehreren Aktionen und Morden gegen Hamas-Funktionäre in Gaza. „Unbekannte“ griffen Journalisten und ausländische Vertretungen an. Ein Zustand des „kreativen Chaos“ wurde geschaffen und die „Einheitsregierung“ war somit handlungsunfähig.

Dies konnte nur geschehen, nachdem Abbas und Dahlan die oppositionellen Kräfte innerhalb der Fatah-Bewegung ausgeschaltet hatten. Die Milizen von Dahlan hatten der isra-

elischen Armee klare Hinweise über jene Fatah-Kräfte gegeben, die gegen die Pläne von Abbas und Dahlan waren, sodass diese Kräfte neutralisiert werden konnten.

Und so geschah es am 14. Juni 2007, dass Hamas ein für alle Mal mit den Apparaten von Dahlan und seiner Gefolgschaft abrechnete. Der schnelle Kollaps der Dahlan-Truppen war nicht einmal von den Angreifern erwartet worden. Die Fatah-Führung verließ Gaza in Richtung Israel, Ägypten, Jordanien und schließlich Ramallah. Die Kämpfer ergaben sich



und die Machtzentren von Abbas und Dahlan in Gaza fielen sukzessive. In drei Tagen brachten die „Exekutive-Truppen“ den gesamten Gazastreifen unter ihre Kontrolle. Bei der Mehrheit der Bevölkerung herrschte allgemeine Freude, als die Polizeistationen und Gefängnisse der berüchtigten „Präventivsickeit“, einst durch Folter und Horrorgeschichten bekannt, in die Hände der Hamas fielen. Die militärische Entscheidung kostete insgesamt 120 Menschenleben, ein viel geringerer Blutzoll als jener, welchen die Provokationen der Fatah und die begrenzten Konfrontationen der letzten Monate gefordert hatten (400). Ein weiterer Grund für die schnelle Entscheidung war die Tatsache, dass ein wesentlicher Teil der Fatah sich weigerte, an den Kämpfen teilzunehmen. Die betroffene Führung war selbst innerhalb der Fatah-Reihen unbeliebt. Die verbliebenen Fatah-Führer in Gaza begrüßten den von Hamas gewagten Schritt, die „korrupte Bande“ zu beseitigen, riefen zu einem nationalen Dialog auf und verurteilten die Politik von Abbas.

Lernunfähig oder vom Ausland gesteuert, reagierten Abbas und Fatah mit einem wahren Putsch im Westjor-

danland. Fatah-Funktionäre griffen Hamas-Mitglieder an. Als Rache für die Hinrichtung des Führers der Aqsa-Brigaden in Gaza wurden in Nablus zwei Hamas-Aktivisten entführt und ermordet. Die Büros und zivilen Einrichtungen der Hamas sowie alle Behörden unter Hamas-Verwaltung wurden angegriffen.

Parallel dazu führte Abbas einen politischen Putsch durch und erklärte den Notstand: Die Regierung der Nationalen Einheit wurde aufgelöst, das Parlament außer Kraft gesetzt und eine Notstandsregierung gebildet. In seiner Rede vor dem Zentralrat der PLO bezeichnete er die Hamas als Mörderbande und lehnte jeden Dialog mit ihr ab. Daraufhin wurde die Geldblockade der EU und der USA aufgehoben und die Gelder flossen wieder an die umstrittene Notstandsregierung. Parallel dazu gab Israel eingefrorene PNA-Gelder frei und erklärte seine Unterstützung für Abbas. Gleichzeitig verhängte Israel eine Hungerblockade über Gaza. Strom und Treibstoff wurden abgedreht und die Grenzen in Koordination mit dem ägyptischen Regime geschlossen.

Am Montag, den 25. Juni, findet in der ägyptischen Stadt Sharm al-Sheikh ein Gipfeltreffen statt, bei dem neben Abbas und dem israelischen Primärminister Ehud Olmert auch der jordanische König Abdullah und der ägyptische Präsident Mubarak die Maßnahmen gegen Hamas koordinieren werden. Erwartet wird eine scharfe Hungerblockade über Gaza und eine israelische Militäreskalation. Beide sollen dazu dienen, den Boden für internationale Truppen zu ebnet. Die Regierung von Abbas ist zur direkten Kollaboration übergegangen, um den Widerstand in Gaza ein für alle mal zu beseitigen.

Es ist noch offen, ob die unzufriedenen Fatah-Aktivisten diese korrupte Führung lange dulden werden. Stimmen werden lauter, die die korrupte Bande von Gaza vor Gericht stellen wollen. Abbas und seine Gefolgschaft werden für die schmachvolle Niederlage in Gaza verantwortlich gemacht. Große Teile der Fatah sind mit der Kollaborationspolitik von Abbas nicht

einverstanden. In Gaza hat tatsächlich eine Spaltung der Fatah stattgefunden, die auch auf das Westjordanland übergreifen könnte. Erfolgt ein Wechsel in der Fatah-Führungsspitze, so ist ein weiterer Dialog zwischen den beiden großen Organisationen möglich. Die Fatah steht heute vor der historischen Entscheidung, die Beseitigung der korrupten Gaza-Bande für eine Reform innerhalb der Bewegung zu nützen, oder andernfalls ihre Geschichte als Hauptträgerin des palästinensischen Anspruchs auf Selbstbestimmung in der unrühmlichen Rolle des direkten Kollaborateurs mit der israelischen Besatzung zu beenden.

Die Hamas, die sich bis jetzt sowohl in Gaza als auch im Westjordanland zurückhält und die Deeskalation sucht, steht auch vor mehreren Optionen. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob der Machtwechsel in Gaza ein Wechsel zugunsten des Widerstands oder ein Wechsel des Sicherheits- und Verhandlungspartners der Israelis ist.

Es ist die Basis beider Bewegungen, die diese Fragen entscheiden wird.

*Arabischer Palästina-Club
Wien, 24. Juni 2007*

Das Abkommen von Mekka und die „Regierung der Nationalen Einheit“



Das Abkommen von Mekka, unterzeichnet am 8. Februar 2007 zwischen Hamas und Fatah, beinhaltet Folgendes:

1. das sofortige Einstellen aller innerpalästinensischen Gewaltaktionen
2. die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit
3. die Reform der PLO und
4. das Festhalten an der politischen Partnerschaft und am politischen Pluralismus im Rahmen der Gesetze der PNA.

Wichtiger als die eher allgemein gehaltenen Punkte des Abkommens war der darauf folgende offizielle Auftrag von Präsident Abbas von der Fatah an Ministerpräsident Haniyyah von der Hamas, eine neue Regierung zu bilden. Indem die Hamas die Regierung auf der Basis dieses Auftrags bildete, erkannte sie zugleich ihren politischen Inhalt an, insbesondere den dritten und letzten Punkt: „Wir rufen Sie als Premierminister auf, sich an die hohen Interessen des palästinensischen Volkes zu halten, seine Rechte zu bewahren, seine Errungenschaften zu beschützen und auszubauen, wie von den Resolutionen des Nationalkongresses, den Paragraphen des PNA-Grundgesetzes, dem Dokument der Nationalen Versöhnung und den Beschlüssen der

Gipfeltreffen der Arabischen Liga diesvorgesehen ist. Auf dieser Grundlage rufen wir Sie auf, die Resolutionen der Weltgemeinschaft und der von der PLO unterzeichneten Abkommen zu respektieren.“

Die Tatsache, dass die Einheitsregierung auf dieser Basis gebildet wurde, bedeutete eine indirekte Anerkennung der „Resolutionen der internationalen Gemeinschaft“ durch die Hamas und noch signifikanter „der von der PLO unterzeichneten Abkommen“, womit zweifellos das Oslo-Abkommen ge-

meint ist.

Dieser letzte Punkt war letztendlich das Ziel der Verhandlungen von Mekka. Die Hamas sollte einen politischen Rückzieher machen. Das Programm von Fatah und der mit dem Oslo-Abkommen festgelegte Weg sollten unangetastet, die politische Hegemonie der Fatah erhalten bleiben und die westlichen Geldgeber zufrieden gestellt werden.

Darüber, ob die US-Regierung mit diesem Handeln Saudi-Arabiens einverstanden war, lässt sich nur spekulieren. Israel lehnte jedenfalls das Ergebnis ab und betrachtete das Abkommen als eine interne Angelegenheit der Palästinenser, die Israel nicht daran hindern soll, den „Krieg gegen den Terror“ fortzuführen. Die harte israelische Position fand ihr Echo in den USA. Auch die Europäische Union weigerte sich (mit einigen Ausnahmen) mit Hamas-Ministern zusammenzutreffen.

Mohammed Aburous

Mohammed Aburous ist der Vorsitzende des Arabischen Palästina-Clubs in Wien.



Der Sechstagekrieg und seine Folgen

Am 5. Juni 1967 griff Israel Jordanien, Syrien und Ägypten an. Dieser Krieg, der als Sechstagekrieg in die Geschichte einging, hat die Situation im Nahen Osten einschneidend verändert und dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern trotz aller späteren Entwicklungen sein heutiges Gesicht gegeben.

Entgegen der gängigen Interpretation im Westen, Israel sei 1967 in einer Art präventivem Verteidigungskrieg einem Angriff Ägyptens zuvorgekommen, handelte es sich vielmehr um einen intendierten Angriffskrieg Israels gegen die arabischen Regime, die in den 1960er Jahren unter dem Druck der Bevölkerungen nach links gegangen waren. Insbesondere war Israel nicht gewillt, ein syrisches sozialistisches Regime an seinen Grenzen zu akzeptieren. Wie unvorbereitet die arabischen Länder auf diesen Angriff seitens Israels tatsächlich waren, zeigt die Tatsache, dass praktisch die gesamte ägyptische Luftwaffe am Boden zerstört wurde.

Mit diesem Krieg gelang es Israel, sein Territorium entscheidend zu vergrößern. Es besetzte in der Folge des Krieges das Westjordanland, die Golan-Höhen, den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel, wovon nur die Sinai-Halbinsel später an Ägypten rückerstattet wurde. Ähnlich wie 1948 ging die Besetzung der palästinensischen Gebiete mit einer Vertreibungswelle der palästinensischen Bevölkerung aus ihren Dörfern und Städten einher. Israel begann in der Folge mit der Errichtung von jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, um seinen Anspruch auf das Territorium sukzessive durchzusetzen.

Der Sechstagekrieg verschob den politischen und militärischen Status Quo in der Region entscheidend zugunsten Israels. Vor allem die Niederlage von Ägypten unter Nassers Führung, auf den die gesamte panarabische Bewegung ihre Hoffnungen gesetzt hatte, machten den Weg für das proamerikanische Sadat-Regime in Ägypten frei. Mit dem Fall des nasseristischen Ägyptens veränderten sich die Kräfteverhältnisse im arabischen Raum tiefgreifend und Israel konnte, dank des im Frieden von Camp David

1978 „neutralisierten“ Ägyptens, seine Position in der Region stabilisieren.

Der Sechstagekrieg hatte auch auf arabischer Seite weitreichende politische Folgen. Die Niederlage Nassers markierte den Anfang vom Ende des arabischen Nationalismus. Sie war die eigentliche Geburtsstunde der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung, die sich zuvor vielmehr als Teil der panarabischen nationalistischen Bewegung gesehen und den palästinensischen Kampf nicht als selbstständiges Anliegen betrachtet hatte.

Trotz dieser tiefgreifenden Veränderungen, die der Sechstagekrieg mit sich brachte, muss er in seinem historischen Kontext gesehen werden. Er markiert nicht den Beginn des Nahostkonflikts, wie dies gerne in den westlichen Medien dargestellt wird. Es ist offensichtlich, welchen Zweck diese Interpretation erfüllt: Die Nakba, die palästinensische Katastrophe von 1948, bei der im Zuge der Staatsgründung Israels drei Viertel der palästinensischen Bevölkerung vertrieben und der Großteil des historischen Palästina von seinen angestammten Einwohnern „gesäubert“ wurde, soll so vergessen gemacht oder als geschichtliches *Fait accompli* nachträglich legitimiert werden.

Heute, vierzig Jahre nach dem Sechstagekrieg, zeigt sich, dass die Ära des palästinensischen nationalen Befreiungskampfes in seiner damals entstandenen Form zu Ende geht. 1967 war klar geworden, dass es für die Palästinenser notwendig war – trotz der prinzipiellen Gültigkeit der panarabischen Perspektive – ihren Kampf selbstständig zu organisieren und sich nicht länger auf die arabischen nationalistischen Regime zu verlassen. Heute zeigt sich deutlicher denn je, dass sich der palästinensische Anspruch auf Selbstbestimmung nur in der größeren Perspektive der Veränderung der Kräfteverhältnisse im gesamten arabischen Raum wird einlösen lassen. Zurzeit werden wir Zeugen des politischen Niedergangs der einst wichtigsten Organisation der palästinensischen Befreiungsbewegung, der Fatah, und der Transformation zumindest ihrer Führungsriege in Handlanger des Westens. Der Aufstieg der Hamas zur führenden Organisation des palästinensischen Widerstandskampfes ist in erster Linie ihrer politischen Standfestigkeit im Sinne der historischen Forderungen der palästinensischen Nationalbewegung geschuldet. Darüber hinaus zeigt sich jedoch, dass auf den Trümmern des arabischen Nationalismus der Islam als politisch einigendes und identitätsstiftendes Element ein Vakuum füllen konnte.

Margarethe Berger

Margarethe Berger ist Mitglied der *Intifada*-Redaktion.



„Die Bedingungen für einen echten Bürgerkrieg sind nicht gegeben“

Interview mit Dr. Rabah Muhanna, Mitglied des Politbüros der PFLP

Was sehen Sie die Zukunft der palästinensischen Regierung der nationalen Einheit?

Obwohl die PFLP als dritte Kraft aus den Wahlen hervorging – wenn auch mit einem großen Abstand zur Fatah – beteiligen wir uns nicht an der elften palästinensischen Regierung, weil wir das *Dokument der Gefangenen*,¹ dem alle politischen und sozialen Gruppen in Palästina zugestimmt haben, als den minimalen politischen Konsens betrachten, hinter den die Tagesordnung der Politik nicht zurückfallen darf. Wir denken, dass das, was in Mekka geschehen ist, die Grenzen des im *Dokument der Gefangenen* Festgehaltenen überschreitet. Beispielsweise erkennt das *Dokument der Gefangenen* Oslo und die darauf folgenden Übereinkünfte nicht als Basis für die Fortsetzung des politischen Prozesses an. In Mekka wurde das jedoch so vereinbart und auch von der Hamas mitgetragen.

Zweitens stimmen wir nicht mit der Initiative der Arabischen Liga überein, die auf dem Beirut Gipfel vereinbart wurde, weil sie nicht in adäquater Weise auf das Rückkehrrecht eingeht, sondern von der Normalisierung der Beziehungen mit Israel spricht. Wir haben auch in Mekka gesehen, dass Fatah und Hamas beide keine wirkliche Partnerschaft zwischen den unterschiedlichen Parteien wollen.

Wir denken, dass es drei Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung der Regierung der nationalen Einheit gibt: Erstens, Abu Mazen will die Hamas näher an seine eigenen politischen Positionen heranbringen. Und tatsächlich sieht es so aus, als ob die Hamas sich der Fatah annähern würde, zunächst in konkreten Dingen, wie

dem Budget, die Minister etc. Wir fürchten, dass die Hamas diesen Weg weitergehen und schließlich die politischen Positionen Abu Mazens übernehmen könnte. Und diese Regierung, einschließlich der Hamas, wird natürlich auch weiterhin mit dem Nahost-Quartett zusammenarbeiten. Wir denken, dass dies sehr gefährlich für die palästinensische Sache ist. Das ist die erste Möglichkeit.

Zweite Möglichkeit: Es könnten sich Schwierigkeiten innerhalb der Regierung ergeben, die ihren Ursprung in der Hamas selbst haben. Das würde bedeuten, dass die Hamas sich Abu Mazens Positionen nicht nah genug annähern würde. Daraus könnten in der Folge Probleme in der Regierung entstehen und Abu Mazen könnte vorgezogene Wahlen, sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen, ausrufen. Die Unterstützung für Abu Mazen wäre dann sehr stark. Er würde der Bevölkerung die Botschaft übermitteln: Wir haben eine Fatah-Regierung ausprobiert, die nicht funktioniert hat; wir haben eine Hamas-Regierung ausprobiert, die auch nicht funktioniert hat und wir haben eine Regierung der nationalen Einheit ausprobiert, die nicht funktioniert hat, also versuchen wir's mit Neuwahlen. Abu Mazen würde aus diesen Wahlen massiv gestärkt hervorgehen.

Dritte Möglichkeit: Die politischen Differenzen zwischen Hamas und Fatah nehmen zu und zwar hinsichtlich der Fragen, die direkt die Regierung betreffen, etwa die Machtverteilung, die wichtigsten Ministerposten, interne Beziehungen, die Kommunikation innerhalb der Regierung etc. Und die Hamas wird keine vorgezogenen Neuwahlen akzeptieren und schließlich würde es wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hamas und Fatah kommen.

Es gibt auch ein viertes Szenario, das wir von der PFLP propagieren. Wir fordern eine Reform der PLO auf

demokratischer Grundlage, mit dem Ziel, die Einhaltung der PLO-Charta zu erreichen. Die PLO-Charta muss die Leitlinie für alle Palästinenser innerhalb und außerhalb Palästinas sein. Nur auf dieser Grundlage können wir die Frage der Regierung, welcher Regierung auch immer, diskutieren. Wir müssen auch die Frage diskutieren, ob wir überhaupt eine Palästinensische Nationalbehörde brauchen, weil sie den palästinensischen Freiheitskampf behindert.

Die PLO-Charta soll die Grundlage jedweder zukünftigen palästinensischen Regierung, sei es der nationalen Einheit oder nicht, darstellen?

Ja natürlich, die ursprüngliche PLO-Charta.

Denken Sie, dass in Palästina die Gefahr eines tatsächlichen Bürgerkrieges, der über die bisherigen Zusammenstöße hinausgeht, besteht?

Ich denke nicht, dass wir auf einen Bürgerkrieg zugehen. Es ist möglich, dass die Auseinandersetzungen zwischen einigen Fraktionen der Fatah und der Hamas weitergehen. Aber ich sehe die Bedingungen für einen wirklichen Bürgerkrieg nicht gegeben. Die Mentalität und Konstitution der palästinensischen Gesellschaft machen es schwierig, dass die Auseinandersetzungen sich zu einem richtigen Bürgerkrieg ausweiten. Die Natur der palästinensischen Gesellschaft stellt eine Art Kontrollorgan über die Situation dar. Stellen Sie sich das etwa so vor: In einem Haushalt steht der Familienvater der Fatah nahe, seine Frau der Hamas, sein Sohn der PFLP. Die Menschen unterhalten, über die politische Zugehörigkeit hinweg, enge Beziehungen miteinander.

Was ist die Botschaft der PFLP an die Palästinenser außerhalb Palästinas, insbesondere an die zweite Generation?

Die PFLP hat Organisationen in

¹ Das *Dokument der Gefangenen* wurde 2006 von allen politischen Kräften mit Ausnahme des Islamischen Jihad als ein Dokument des minimalen Konsens unterzeichnet.



Europa, in Nord- und Südamerika, aber ich räume ein, dass unsere Beziehungen nicht aktiv genug sind. Ich denke, wir müssen daran arbeiten, sie zu stärken. Darüber hinaus denke ich, dass unsere Position klar ist: Wir müssen eine starke Verbindung zwischen den Palästinensern innerhalb und außerhalb Palästinas schaffen. Wir haben ein klares Programm: Einerseits stimmen wir der Notwendigkeit eines palästinensischen Staates zu, andererseits beharren wir auf dem Rückkehrrecht. Und wir denken, dass diese Strategie der politischen Realität im Moment am besten entspricht: Die Forderung eines unabhängigen Staates innerhalb der Grenzen von 1967 und unser historisches Ziel, einen demokratischen palästinensischen Staat in ganz Palästina aufzubauen, in dem Araber, Muslime, Christen und Juden ohne religiöse, ethnische oder geschlechtliche Diskriminierung miteinander leben.

Aus europäischer Sicht scheint es, dass

die Fatah die Position des Widerstandes vollständig oder doch weitgehend aufgegeben hätte, dass sie dem Druck der USA und Israels nachgegeben und sich deren Projekt angeschlossen hätte.

Fatah ist eine große Bewegung und beinhaltet viele unterschiedliche Strömungen. Natürlich, was die offizielle Führung betrifft, so mag das stimmen, was Sie sagen. Aber auf der Ebene der Massenbasis der Fatah ist das Festhalten am Widerstand ungebrochen. Doch die Fatah hat zwei Probleme: einerseits die Korruption innerhalb der PLO und der PNA, was die gesamte Führungsebene betrifft; andererseits die Führung der Fatah in einem politischen Sinn, die vollkommen überaltert ist und nicht mehr den politischen Herausforderungen entspricht.

Danke für das Gespräch.

Das Interview führten Margarethe Berger und Ghassan Kerry am 8. April 2007 in Kairo.

Die Industriezonen in Palästina – ein weiteres Instrument des Apartheidsystems

Die internationale Gemeinschaft arbeitet unter Führung ihres einflussreichsten Wirtschaftsvertreters, der Weltbank, eifrig daran, die Infrastruktur der Mauer, auch als „Apartheid-Mauer“ bekannt, welche die Gebiete der Westbank diesseits der Grünen Linie von 1967 eingrenzt, auszubauen. Diese Mauer, die, während sie sich noch im Bau befindet, es Israel ermöglicht, weiteres Gebiet zu annektieren, viele Palästinenser ihres Bodes beraubt und ihnen das Leben unmöglich gemacht hat, wird seit einiger Zeit nun auch, den strategischen Anweisungen der Weltbank folgend, industriell genutzt. Ziel ist es, die Existenz des Bauwerks auch institutionell abzusichern, indem demographische und sozioökonomische Veränderungen, die sich auf die Bevölkerung der Westbank und des Gazastreifens negativ auswirken, festgeschrieben und somit irreversibel gemacht werden.

Die Weltbank hat im Dezember 2004 eine Studie mit dem Titel *Stagnation or Revival? Israeli Disengagement and Palestinian Economic Prospects* veröffentlicht, welche die Leitlinien für den wirtschaftlichen Aufschwung der palästinensischen Gebiete darstellen sollte. Ein Schlüsselaspekt der Studie betrifft die Revitalisierung der Gebiete mit einer expliziten Exportorientierung auf Grundlage eines Programms zum Aufbau von Industriezonen (*Industrial Estates Program*), die zum Großteil in der um die Mauer gelegenen Grenzzone zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten angesiedelt sein sollen.¹

Die Nähe zur Mauer wird mit einem angeblichen Sicherheitsmotiv begründet, die offensichtlichen wirtschaftlichen Vorteile für Israel jedoch

verschwiegen: Den Investoren werden substantielle steuerliche Vorteile garantiert. Die Weltbank fördert die Schaffung solcher Industriezonen über zwei Kanäle: einerseits durch den Rekurs auf israelisches und ausländisches Kapital, sowie jenes einiger palästinensische Geschäftsmänner, sowie durch die Verwendung und die Kontrolle von billiger Arbeitskraft aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Oft sind die Palästinenser, die eine Arbeit in diesen Industriezonen annehmen, die selben, denen die Böden durch den Mauerbau geraubt wurden und denen anschließend der Zugang zu israelischem Territorium verboten und es somit unmöglich gemacht wurde, die Arbeitsplätze, die sie vor dem Mauerbau in Israel innehatten, zu erreichen. Israel hat darüber hinaus den Begriff „disengagement“ praktisch wörtlich genommen und jede Verantwortung über die Administration und Verwaltung, insbesondere in Hinblick auf die Rechte der Arbeitenden, von sich gewiesen. Es behält sich lediglich die militärische Kontrolle vor.

Die Weltbank spricht von einem „minimum of red tape“,² d.h. sie empfiehlt die Beschränkung der wesentlichsten Rechte der Arbeiter, vor allem was die gewerkschaftliche Organisation, Mindestlohn und den Schutz am Arbeitsplatz betrifft – alles Rechte, die jedenfalls in Israel garantiert sind. Die Weltbank geht davon aus, dass ein hohes Lohnniveau die Wettbewerbsfähigkeit der palästinensischen Betriebe gefährden könnte. Darüber hinaus wird die Aufrechterhaltung von Beziehungen zum israelischen Markt und der israelischen Wirtschaft gefördert.³ Auf diese Weise werden nach Ansicht der neoliberalen Theoretiker gleich-

zeitig mehr Arbeitsplätze garantiert und die israelischen Industrien gefördert, die so auf billige Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten zurückgreifen können, anstatt die Produktion nach Südostasien auszulagern.

Es darf nicht vergessen werden, dass das hier angesprochene Dokument in offenem Widerspruch zum Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli 2004 steht, das die Ungesetzlichkeit der Mauer feststellt, jedwede Hilfe zu deren Konsolidierung missbilligt, die Schleifung der Mauer und wirtschaftliche Kompensationszahlungen für die betroffene Bevölkerung fordert.

Die Industriezonen, deren Kontrolle den Israelis überantwortet ist, in denen die grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer weitgehend eingeschränkt sind und in denen ein System der Ausbeutung unterbezahlter, zuvor ihres Landes beraubter Arbeitskräfte eingesetzt wurde, in denen schließlich grundlegendste Umweltschutzbestimmungen nicht eingehalten werden, diese Industriezonen konsolidieren das, was von immer mehr Stimmen als Apartheid-System beschrieben wird.

Beatrice Dacli

Beatrice Dacli lebt in Triest und ist in der internationalen Solidaritätsbewegung mit Palästina aktiv.

Weitere Informationen: Anti Apartheid Wall Campaign, Do-it-yourself Apartheid in Palestine, www.stopthewall.org

1 Die wichtigsten Industriezonen sind: Eretz Industrial Estate, Gaza Industrial Estate, Tulkarm Peace Park, Jenin Industrial Estate, Tarkumiya Industrial Estate

2 World Bank (2004), *Stagnation or revival?*, II, p. 1.

3 World Bank (2004), *Stagnation or revival?*, II, p. 6

Über das Leben in Palästina

Israels Geisterbahn

Wenn man in *Ha'aretz* einen Bericht über eine israelische Kabinettsitzung liest, ist das wie eine Fahrt durch die Geisterbahn. Hier einige Auszüge:

Minister Meir Sheerit und Rafi Eitan haben am Mittwoch, 30. Mai, vorgeschlagen, dass Israel seine eigene Art von Qassam-Raketen herstelle, um sie als Antwort auf die palästinensischen Raketenabschüsse auf ihre südlichen Gemeinden auf Ziele im Gazastreifen zu feuern.

Der Minister für Industrie, Handel und Arbeit, Eli Yishai von der rechten Shas-Partei, schlug vor, dass Israel in Antwort auf die Raketenabschüsse Luftangriffe zur Zerstörung palästinensischer Städte durchführe, nachdem man die Bewohner benachrichtigt hat, ihre Wohnstätten verlassen zu dürfen.

Yitzhak Cohen, Knesset-Abgeordneter für die Shas-Partei, schlug vor, Elektrizität, Wasser und Gas für den Gazastreifen abzusperrn und dies mit der Vorgabe zu rechtfertigen, dass die Qassam-Raketen die israelische Infrastruktur zerstört hätten und dass es lange Zeit brauche, diese Einrichtungen, mit denen die Palästinenser für die Grundbedürfnisse versorgt werden, wieder herzustellen. Der Sicherheitsdirektor des Shin Bet, Yuval Diskin, schlug vor, dass die Idee von Cohen es wert sei, in Betracht gezogen zu werden.

Ist das der Staat, von dem man nach dem Nazi-Holocaust verantwortungsvolles Bewusstsein für die Welt erwartet? Welche andere Regierung könnte offen solche Diskussionen führen, bei einem so hartnäckigen Schweigen seitens der so genannten „internationalen Gemeinschaft“?

Wochenlang hat Israel den Gazastreifen zerbombt und Dutzende Menschen getötet. In einer solchen Attacke hat Israel am 20. Mai das Haus eines demokratisch gewählten Abgeordneten, Khalil al-Haya zerbombt und dabei acht Personen getötet, darunter sieben Familienangehörige, von denen drei Jugendliche waren. *B'Tselem* ver-

langte eine Untersuchung, aber dieser Fall wurde vom Rest der Welt schon lange wieder vergessen.

Israels ununterbrochene Attacken sind angeblich eine „Antwort“ auf palästinensische Raketenabschüsse, die zwei Israelis getötet und geringen Schaden in der Kleinstadt Sderot verursacht haben. Jeder, der die Nachrichten sorgfältig verfolgt, weiß jedoch, dass Israel niemals einen Vorwand brauchte, um Palästinenser anzugreifen. Allein im Jahr 2006 hat Israel siebenhundert Palästinenser getötet, laut *B'Tselem* davon die Hälfte unbewaffnete Zivilisten und 141 Kinder. In derselben Zeit haben die Palästinenser 23 Israelis getötet.

Israel hat nie nur einen einzigen von den angebotenen und von den palästinensischen Fraktionen durchgeführten unilateralen Waffenstillstand akzeptiert. Und trotzdem sagt heute der Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Isma'il Haniyyah wieder: „Wir in der palästinensischen Regierung sind für eine gegenseitige und gleichzeitige Waffenruhe ... im Gazastreifen und im Westjordanland. Nun ist Israel am Zug.“ (*Ha'aretz*, 30. Mai)

Das wurde sofort von Israel zurückgewiesen, welches das Recht für sich beansprucht, Palästinenser zu töten, wann immer und wo immer es will, während die Palästinenser auf keinen Fall das Recht haben, sich zu verteidigen.

Gestern, am 29. Mai, hat eine israelische Todeseinheit die kaltblütige Hinrichtung eines 22-jährigen Mannes im Zentrum von Ramallah durchgeführt. Nach einem ersten Schuss ins Bein erschoss man ihn mit einem Schuss in den Hinterkopf. Dann erschoss man ihn mit 24 Schüssen. Dieser brutale Mord wurde in der US-Presse nicht einmal erwähnt.

Ein ständiger Mitarbeiter der *Electronic Intifada*, Sam Bahur, der sich in geringer Entfernung befand, als sich dieser Mord ereignete, bemerkte folgendes: „Auf meinem Heimweg

ging ich am Regierungsgebäude in der Radiostraße vorbei. Das ist das Hauptquartier des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas. Nur wenige Stunden zuvor war in den Nachrichten angekündigt worden, dass sich der Präsident am 7. Juni mit Ministerpräsident Olmert treffen wird, um den Friedensprozess zu diskutieren. Ich schüttelte den Kopf und war verwundert, für wie lange dieser palästinensische Präsident, diese palästinensische Autonomiebehörde, diese Regierung und der palästinensische Justizrat unter israelischer Besatzung regieren kann, während Israel, mit international abgesicherter Straffreiheit palästinensische Bürger bei vollem Tageslicht ermordet. Das Sicherheitspersonal, das den Frieden garantieren soll, verhaftet jede Nacht Dutzende aus ihren Betten, darunter Minister, Bürgermeister und Abgeordnete, und verbietet Millionen Palästinensern, die Israel vertrieben hat, in ihre Häuser zurückzukehren. Ich glaube, ich sollte mir besser die Frage stellen: Wie lange noch soll das palästinensische Volk so eine unfähige Führung akzeptieren?“

Natürlich haben die Palästinenser, zumindest jene, die direkt unter der Besatzungsmacht leiden, ihre Ablehnung dieser Führung im Jänner 2006 bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht, als sie überwiegend eine Hamas-Regierung wählten. Seitdem wurde der Wille des palästinensischen Volkes von der so genannten internationalen Gemeinschaft zurückgewiesen, besonders von den USA und der EU, die palästinensischen kollaborierenden Milizen bewaffnet und finanziert, deren Job es ist, die Hamas-Fatah-„Einheitsregierung“ zu unterminieren und zu zerstören.

Ronnie Kasrils, Informationsminister von Südafrika und ein ANC-Veteran des Kampfes gegen die Apartheid, hat am 21. Mai geschrieben: „Als ich bei meinem Besuch der palästinensischen Gebiete durch das Westjordanland und den Gazastreifen ge-

Fortsetzung auf Seite 12

Hizbullah im Lagerkrieg in der Zwickmühle

Schwierige Positionsnahme zwischen Palästinensern, Salafiten und Kampf um die Armee

Monatelanges Patt

Seit mehr als einem halben Jahr versucht eine breite Oppositionsfront geführt von Hizbullah und der Freien Patriotischen Bewegung (FPM) General Aouns, die proimperialistische Regierung unter Fuad Siniora zur Teilung der Macht zu bewegen. Entgegen der gängigen medialen Darstellung streben sie nicht deren Sturz an, sondern die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit.

Die Widersprüche zwischen den zwei Blöcken erwiesen sich aber als zu stark und die Intransigenz des Westens in der Unterstützung der isolierten Regierung als zu fest, als dass dies möglich erscheint. Da ist der bewaffnete Volkswiderstand der Hizbullah im Süden, den die Prowestlichen eliminiert sehen wollen. Da ist seitens des Regierungsblocks die sklavische Unterordnung unter die US-Politik, während das heterogene Oppositionslager sich der nationalen Unabhängigkeit verschrieben hat. Diesem wird im Gegenzug vorgeworfen, es sei ein Handlanger Syriens und des Iran. Das mutet angesichts der Geschichte Aouns, der immer die schärfste antisyrische Position vertrat, während die heutigen

Machthaber alle mit Syrien kooperierten, absurd an. Seitens der Hizbullah besteht sicher ein Naheverhältnis mit Damaskus und Teheran, aber das impliziert nicht automatisch, deren Hampelmänner sein zu müssen. Die Tatsache, dass eine radikal antisyrische Kraft wie die Bewegung Aouns mit einer prosyrischen wie der Hizbullah ein Bündnis eingeht, zeigt, dass die entscheidende Bedrohung der nationalen Souveränität als von Israel und der amerikanischen Einmischung ausgehend verstanden wird. Der Konflikt um das Tribunal zum Mord an Hariri spiegelt diese Differenzen wieder. Während die Regierungskräfte einen international gestützten politischen Schauprozess gegen Syrien zu inszenieren gedenken, wünscht die Opposition ein Verfahren unter der Ägide der nationalen Gerichtsbarkeit – womit die internationale Propagandawirkung gering bliebe.

Während sich die Regierung dank der eisernen Unterstützung durch den Westen im Sattel zu halten vermag, schreckt die Hizbullah vor einer weiteren Eskalation ihrer Mobilisierung zurück. Sie fürchtet, dass ein verschärfter politischer Konflikt unter den gegenwärtigen Bedingungen in einen

konfessionellen Bürgerkrieg abgleiten könnte.

Vorhang auf für die Salafiten

Insbesondere die Hariri-Gruppe hat gegen das Erstarken der Hizbullah die konfessionelle Mobilisierung der Sunniten gefördert. Dies passt in die Linie der proamerikanischen arabischen Regime. Allen voran Ägypten, Saudiarabien und Jordanien haben insbesondere seit dem erfolgreichen Verteidigungskrieg der Hizbullah gegen Israel, der dieser die Sympathie der arabischen Welt eingetragen hat, eine mehr oder weniger offene antischiitische Kampagne geführt. Sie versuchen damit die schiitischen Widerstandsbewegungen und den Einfluss der vom Iran geführten Koalition einzudämmen.

Das Schüren antischiitischer Ressentiments bedeutet Wasser auf die Mühlen des Salafismus, eines radikalen Islamismus, der gleichermaßen antiwestlich wie antischiitisch ist. Deswegen Geburtsort und Zentrum befindet sich nach wie vor in Saudiarabien, von wo aus das Phänomen exportiert wird – und das, obwohl das Regime in Riad extrem proamerikanisch ist. Das Königshaus Sa'ud stützt sich historisch auf eine Allianz mit den Wahhabitiden, einer Strömung des islamischen Fundamentalismus, die in Teilen der arabischen Halbinsel dominant war und ist. Im Gegenzug zur lebenswichtigen Legitimierung der Sa'uds durch deren religiöse Autorität, erhalten sie vom weit verzweigten Herrscherhaus großzügige finanzielle Unterstützung. Diese Konstellation bildete die Grundlage für den islamischen Dschihad gegen die Sowjetunion in Afghanistan, die damals noch die volle Unterstützung durch die USA genoss. Nachdem sich der radikale sunnitische Islamismus nun hauptsächlich gegen die USA und damit auch gegen ihre arabischen

fahren bin, war es wie eine surreale Reise zurück in einen Apartheidstaat im Ausnahmezustand. Außerdem ist die Situation weitaus schlimmer als Apartheid." (*Mail & Guardian*).

In so einer Situation liegt es an den Menschen mit Bewusstsein in der ganzen Welt, Israel zur Rechenschaft zu ziehen und nicht auf kompromittierte und mitschuldige Regierungen zu warten, die für sie handeln: Niemand, der sich mit dem palästinensischen Volk solidarisch erklärt, kann gegen den Aufruf zum Boykott und für Sanktionen gegen Israel sein, der von der gesamten palästinensischen

Zivilgesellschaft unterstützt wird (siehe *pacbi.org*). Es gibt keine Gleichheit zwischen Besatzern und Besetzten, Kolonialmacht und Kolonisierten.

Ali Abunimah, 30. Mai 2007

veröffentlicht in: *The Electronic Intifada*, <http://electronicintifada.net>

Ali Abunimah ist Mitbegründer der online Veröffentlichungen *The Electronic Intifada* und Autor des Buches *One Country: A Bold Proposal to End the Israeli-Palestinian Impasse*.

Übersetzung: Frigga Carl

Bündnispartner wie die Sa'uds selbst gewandt hat, haben sich die Verhältnisse stark gewandelt und das Herrscherhaus ist aus evidenten Gründen des Selbsterhalts daran interessiert, die Salafiten vor allem im eigenen Land einzudämmen. Doch das ist leichter gesagt als getan, denn es bedarf nach wie vor der Unterstützung der Wahhabiten, die wiederum die Wiege des Salafismus bilden. Doch die Membran, die beide von einander trennt, ist durchlässig und dünn. Denn sie unterscheiden sich einzig dadurch, dass letztere ihre Ideologie konsequent anwenden, während die Wahhabiten aus pragmatischen und historischen Gründen die Sa'uds weiterhin stützen. In dieser Situation drängt sich der Export des Phänomens zur Dämpfung der internen Spannungen in Saudiarabien auf. Gleichzeitig können die Kämpfer da und dort eventuell saudischen Zielen dienen.

Am 5. März 2007 veröffentlichte der einflussreiche amerikanische Enthüllungsjournalist Seymour Hersh im *New Yorker* einen Artikel mit dem Titel *The redirection*, also etwa „Die Neuorientierung“. Dieser zeigt anhand von Aussagen von Vertretern des US-amerikanischen Establishments, wie angesichts des Fiaskos im Irak nach neuen Strategien gesucht wird. Gegen den Iran und seinen zunehmenden Einfluss im Irak und im Libanon soll über Saudiarabien die sunnitische Karte gespielt werden. Besonders detailliert setzt sich Hersh mit dem Zedernland auseinander. Er versucht nachzuweisen, dass die Hariri-Gruppe der salafitischen Bewegung Unterstützung angedeihen ließ, um ein Gegengewicht gegen die schiitische Hizbullah zu schaffen. Die USA sollen davon nicht nur gewusst, sondern sich selbst daran beteiligt haben: „Die USA haben laut einem früheren führenden Geheimdienstagenten und heutigen Regierungsberater auch der Siniora-Regierung geheim Unterstützung zukommen lassen. ‚Wir versuchen die Fähigkeit der Sunniten, dem schiitischen Einfluss zu widerstehen, zu stärken und verteilen Geld so breit wie das können‘, sagt der frühere Geheimdienstler. Das Problem, meint er, be-



steht darin, dass ein solcher Geldregen ‚immer in mehr Taschen gelangt als man denkt.‘ In diesem Prozess finanzieren wir eine Menge Bösewichte mit sehr ernststen potenziell unerwünschten Konsequenzen.“¹

In weiten Kreisen der arabischen Welt, zumindest jenen, die dem Widerstand nahe stehen, schrieb man dem Artikel sogleich den Status eines unanfechtbaren Beweises zu. Der Salafismus wird damit in die Nähe einer amerikanischen Machination gerückt, der man sich politisch nicht stellen muss. Mit Sicherheit zeigt der Artikel eine mögliche Spielart US-amerikanischer Politik, auch wenn er daran krankt, dass die Zitierten meist anonym bleiben. In keiner Weise stellt er sich jedoch dem politischen – und nicht geheimdienstlichen – Problem, welches Gewicht dieser Strategie im amerikanischen „policy mix“ zukommt.

¹ *The New Yorker*, 5. März 2007

In der großen Linie hat sich jedenfalls nichts daran geändert, dass der antiwestliche politische Islam der Hauptfeind der USA und des Westen ist. Er bildet das Kernstück des „Krieges gegen den Terror“. Es handelt sich dabei nicht – wie oftmals behauptet – um ein Ablenkungsmanöver, sondern die Strategen in Washington haben richtig erkannt, dass der antiimperialistische Volkswiderstand unter dem Banner des Islam kämpft, dessen Teil der Salafismus unzweifelhaft ist. Die westlichen Kriegsherren mögen in der einen oder anderen Situation salafitische Gruppen gegen schiitische Widerstandsbewegungen wie die Hizbullah taktisch einspannen, aber nur in sehr begrenztem Bereich. Als allgemeine Strategie kann dies aber niemals gelten, denn es würde alle ihre Ziele konterkarieren.

Krieg um das Lager Nahr al-Barid

Der Ausbruch des bewaffneten Konfliktes um das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Barid wirkte im libanesischen Stellungskrieg wie ein Knall, wie ein Ereignis, von dem man spürt, dass es das Gewicht haben könnte, die Kräfteverhältnisse grundlegend zu verschieben.

Wer die Auseinandersetzung begonnen hat, ist, so wie bei vielen Kriegen, letztlich unerheblich. Das Regierungslager war sehr schnell, seinen Lieblingsfeind zu beschuldigen, nämlich Syrien. Zur Stützung dieser kühnen Behauptung bedarf es keiner Beweise. Alles Böse kommt aus Syrien – das ist die Litanei, die von den prowestlichen Kräften bei jeder Gelegenheit abgospult wird. Diese Annahme entbehrt indes jeder politischen Logik. Für das Regime in Damaskus stellt der sunnitische Islamismus eine tödliche Bedrohung dar, den sie in jeder erdenklichen Weise bekämpft. Und auch im Libanon widerspricht es den syrischen Interessen Kräfte zu unterstützen, die ihren Hauptverbündeten, die Hizbullah, bedrohen.

Die Opposition, General Aoun eingeschlossen, erhob den gegenteiligen Vorwurf. Die Fatah al-Islam sei von der Hariri-Gruppe und Saudiarabien finanziert und unterstützt, um die Hizbullah zu schwächen. Auch diese Version ist in ihrer Geradlinigkeit und Einfachheit nicht plausibel, denn wieso sollte die Regierung sich Kräfte heranzüchten, die sich gegen die von ihr geführte Staatsmacht erheben, um so mehr, als dies früher oder später zu erwarten war?

Nachvollziehbar ist indes, dass die sunnitische Mobilisierung durch die Hariri-Gruppe salafitischen Gruppen den Boden bereitet und Bewegungsspielraum verschafft hat.

Zudem muss bedacht werden, dass die antischiitische Rhetorik der Regierung doch als sehr platt wahrgenommen und in ihrer Funktion gegen den antiimperialistischen Widerstand der Hizbullah allgemein durchschaut wird. Sie vertritt eindeutig die Interessen der sunnitischen Wirtschaftselite, während in der sunnitischen

Unter- und Mittelschicht nach wie vor starke antiimperialistische Haltungen vorherrschen. Noch in der vorherigen Generation stellten diese eine der Hauptstützen des Panarabismus. Um also Gehör zu finden, darf ein antiimperialistisches Element nicht fehlen – etwas, was der Salafismus allemal zu bieten hat.

Der Anschlag auf die UNIFIL-Truppen im Süden des Landes, der mit hoher Wahrscheinlichkeit dem salafitischen Lager zuzurechnen ist, kann als Entlastungsangriff in diesem Sinn verstanden werden. Die Botschaft ist einfach: „Wir sind die einzigen wahren Antiimperialisten, während die Hizbullah mit den imperialistischen Soldaten Frieden geschlossen hat.“ Erwägungen des Kräfteverhältnisses und der taktischen Kompromisse kennt der Salafismus nicht. Er ist geprägt von einer extrem militaristischen Offensivstrategie, die mit den Massen nicht rechnet.

Um die Existenz der salafitischen Bewegung im Libanon zu erklären, bedarf es keines Rückgriffs auf Geheimdienste und Regierungsgelder, obwohl diese natürlich nicht ausgeschlossen werden können. Im globalen Krieg gegen den Islam bildet der Salafismus eine der Gegenbewegungen, die sich in der gesamten Region entfalten. Sicher, im Libanon sind die Bedingungen für sie vielleicht ungünstiger als anderswo, um handlungsfähig zu sein reicht es allemal noch aus. Auch die Frage, ob es sich hauptsächlich um Kämpfer aus dem Ausland handelt, ist müßig. Vermutlich stellen diese einen gewichtigen Teil der Bewegung, doch es gibt auch im Libanon ein autochthones Milieu, das sie stützt.

Noch mehr gilt das für die palästinensischen Flüchtlingslager, die insbesondere im Libanon der Inbegriff der Elends und der Hoffnungslosigkeit darstellen. Die Fatah hat in den meisten Lagern, einschließlich Nahr al-Barid, schon lange die Kontrolle verloren, während die verschiedenen islamistischen Strömungen über die politische Hegemonie verfügen. Hamas, der Islamische Dschihad und andere kann man zwar sicher nicht als Freunde des Salafismus bezeich-

nen, doch diese aus den Flüchtlingslagern zu vertreiben, was nur mit militärischen Mitteln möglich wäre, wollen und können sie nicht. Sie würden damit die Verantwortung für einen innerislamischen Bruderkrieg auf sich nehmen.

Dass sich die Fatah al-Islam und andere Gruppen in den palästinensischen Flüchtlingslagern verschanzt haben, hängt in erster Linie damit zusammen, dass sie dort nach einem alten Abkommen vor dem direkten Zugriff der Staatsmacht geschützt sind. Seitens der palästinensischen Bewohner gibt es im allgemeinen Zerfall so was wie eine Duldung, während der engere Unterstützerebereich beschränkt bleibt.

Der Kampf um die Armee und die Spaltung der Opposition

Die aus dem Gleichgewicht der Kräfte nach Ende des Bürgerkriegs hervorgegangene Armee hat im Konflikt Regierung-Opposition nach Abzug der Syrer noch nicht eindeutig Stellung bezogen. Sie ist politisch und konfessionell gemischt. General Aoun, ihr ehemaliger Oberkommandierender und heutiger Oppositionsführer, gilt als in Armeekreisen einflussreichste Persönlichkeit.

Die libanesischen Streitkräfte zeichneten sich bisher durch äußerste Schwäche und ein Schattendasein neben der Hizbullah aus. Letzterer gelang es, den israelischen Angriff zurückzuschlagen, während die Armee untätig zusehen musste.

Ihre Bedeutung erhält sie durch die in den letzten Jahren entwickelte Strategie der Hizbullah, nicht mehr gegen die staatlichen Institutionen zu kämpfen, sondern sie reformieren und Einfluss auf diese ausüben zu wollen. Dabei kommt der Armee eine besondere Rolle zu.

Die Hizbullah begegnete der UN-Resolution 1559 aus dem Jahre 2004, die die Entwaffnung aller Milizen vorsieht und sich im Grunde gegen die Hizbullah richtet, mit dem – stichhaltigen – Argument, dass nur sie das Land gegen Israel verteidigen und die unter israelischer Besatzung verbleibenden Shib'a-Höfe befreien könne.

Sobald die Armee aber die libanesische Souveränität sichern könne, wäre sie bereit sich auszulösen. Auf dieser Formel basiert im Grunde auch das Bündnis zwischen Aoun und Hizbullah. Denn während Aoun sich rühmt die Entschließung 1559 inspiriert zu haben, figuriert Hizbullah als ihr Hauptziel. Daraus ergibt sich, dass die Kontrolle über die Armee auch für die Hizbullah von entscheidender Bedeutung ist.

Hinzu kommt, dass das Mandat des gegenwärtigen oppositionsfreundlichen Präsidenten Emil Lahud im Herbst 2007 ausläuft. Der Präsident wird vom Parlament bestimmt und nicht durch Volkswahl. Die Opposition verlangt aber vorgezogenen Neuwahlen, da sie die gegenwärtige Regierung als nicht mehr legitim ansieht. Es erscheint daher als unwahrscheinlich, dass man sich im Parlament auf eine Wahl wird einigen können. Die dadurch heraufbeschworene Verfassungskrise drängt die Armee unweigerlich in eine entscheidende politische Rolle.



Der Angriff der Armee auf das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Barid legitimiert sich nicht nur mit dem sattsam bekannten Ideologem des Kriegs gegen den Terror, sondern enthält auch einen unterschweligen antipalästinensischen Beigeschmack, der historisch besonders unter den christlichen Maroniten stark verankert ist. So wurde ohne Aufhebens zu machen, das Abkommen, nach dem

die libanesische Staatsmacht nicht in die palästinensischen Flüchtlingslager eindringen darf, gebrochen und so eine wichtige historische Errungenschaft des palästinensischen Widerstands zumindest geschwächt. Entlarvend ist dabei, dass sich die Fatah Abu Mazens, die 1969 das Abkommen von Kairo und damit die Bewaffnung der Palästinenser errungen hatte, heute den Sturm auf das Lager unterstützt.

Die Hizbullah befindet sich angesichts dieser Lage in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite lehnte sie in Verteidigung der palästinensischen Rechte den Angriff auf das Lager ab. Auf der anderen Seite bezeichnete sie die Armee als unantastbar. Bezeichnend auch die Wortwahl: die Kämpfer der Fatah al-Islam figurieren als „militants“, die Toten der Armee jedoch als Märtyrer.

Obwohl der Block Aoun-Hizbullah nicht zerbrochen ist, hat er doch erheblichen Schaden genommen. Aoun befindet sich in der Frage von Nahr al-Barid de facto auf der Seite der Re-

gierungskräfte, auch wenn er diese bezichtigt, Urheber des Problems zu sein. Die Hizbullah wurde isoliert und steht in der Verteidigung der Palästinenser allein da.

Die palästinensischen Organisationen selbst haben mit Ausnahme der Fatah ein Komitee gebildet, das sich gegen den Angriff und für eine politische Lösung ausspricht. Es versucht zu vermitteln und die Kontrol-

le über die Lager in palästinensischer Hand zu belassen. Die Fatah kooperiert indes voll mit der Regierung und der Armee und versucht so verlorenes politisches Terrain militärisch wieder wettzumachen.

Widersprüchliche Rolle der Salafiten

Im Vorwurf, die Salafiten dienten im Libanon als Stoßtruppe gegen die antiimperialistische Hizbullah, liegt sicher ein Funken Wahrheit. Aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Denn die Bewegung beschränkt sich keineswegs auf den Libanon, sondern sie ist global und nur so kann man sie beurteilen. Sie verknüpft einen radikalen Antiimperialismus mit einem ebenso radikalen Antischitismus, wie man auch im Irak sehen kann. Je nach den Bedingungen ist der eine oder der andere Aspekt dominant.

Ein politisches Problem für die antiimperialistische Bewegung ist sie allemal, weil sie nicht nur wegen ihres extremen Konfessionalismus, sondern auch ihrer kulturellen Intransigenz und ihres militärischen Abenteuerstums dazu unfähig ist, zur breitestmöglichen antiimperialistischen Einheit beizutragen. Im Gegenteil, sie trägt dazu bei, diese zu spalten.

Es gilt aufzuzeigen, dass die Wirkung ihres Handelns ihren selbst proklamierten antiimperialistischen Zielen entgegen gesetzt ist. Die Denunziation als CIA-Agenten ist in jedem Fall haltlos, denn weder sind sie solche, noch verstehen sie sich als solche, noch werden von den breiten Massen als solche wahrgenommen. Auch wenn vordergründig jede politische Argumentation angesichts des Gewichts des Religiösen unterzugehen scheint, letztendlich beruht die Anziehungskraft des Salafismus außerhalb der arabischen Halbinsel im Wesentlichen auf der politisch-militärischen Stärke ihres Projekts. Insofern zielt die revolutionäre antiimperialistische Argumentation und Kritik ins Herz des Problems.

Willi Langthaler

1. Juli 2007

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.

„Für einen Libanon ohne Konfessionalismus“

Interview mit Dr. Ali Fayyad, Direktor des Beratungszentrums für Studien und Dokumentation, ein Think-Tank der Hizbullah

Wie sehen Sie die Rolle der UN-Truppen im Libanon, sieben Monate nach dem Ende des Krieges? Sind sie zum Schutz der libanesischen Bevölkerung da, oder sehen Sie sie als Besatzungstruppen?

Ich denke, dass die UN-Resolution 1701 von zwei unterschiedlichen Blickpunkten aus gesehen werden kann. Wir können sagen, dass die Vereinten Nationen von den USA kontrolliert werden und dass die UNIFIL Israel helfen will und daher versucht, die Hizbullah zu entwaffnen. Aber gleichzeitig kann man anführen, dass es viele Absätze in dieser Resolution gibt, die feststellen, dass die UN-Truppen im Süden des Libanon dafür da sind, der libanesischen Bevölkerung und der libanesischen Regierung zu helfen, die libanesischen Souveränität zu schützen. Auf dieser Basis haben wir unsere Haltung gegenüber den UN-Truppen im Süden des Libanon eingenommen. Wir haben klargestellt, dass wir bereit sind, ihnen gegenüber neutral zu sein, wenn sie dem Libanon und nicht Israel helfen. Wir können sagen, dass das unsere Bedingung ist für einen positiven Umgang mit den UN-Truppen

im Südlibanon ist.

Glauben Sie, dass die Gefahr einer neuerlichen Aggression durch Israel besteht?

Es gibt diese ernste Bedrohung. Die Israelis haben erklärt, dass sie daran arbeiten, ihre Armee auf einen neuen Krieg gegen Hizbullah und gegen den Libanon vorzubereiten. Ich denke, wir müssen das Ernst nehmen.

Wie sieht es innenpolitisch im Libanon aus? Die Oppositionsallianz mobilisierte für den Rücktritt der Siniora-Regierung, aber dieser Versuch schlug fehl. Können Sie uns erklären weshalb?

Es gibt jetzt im Libanon einen großen Graben zwischen zwei politischen Gruppen. Die erste ist Teil der Siniora-Regierung, sie ist proamerikanisch. Und es gibt die libanesischen Opposition, welche dagegen ist, dass der Libanon von den Amerikanern oder dem Westen im Allgemeinen kontrolliert wird. Wir denken, dass heute keine Lösung für die Krise unmittelbar in Sicht ist. Wir steuern auf eine Eskalation zu und das wesentliche Hindernis für einen Kompromiss besteht im

US-amerikanischen Herangehen. Die USA verhindern einen Kompromiss der beiden Gruppen und sie haben offen angekündigt, dass sie es ablehnen, dass Hizbullah eine ihren Kräften entsprechende Vertretung in der libanesischen Regierung erhält.

Worin bestand der Kompromissvorschlag der Hizbullah?

Es gab viele Punkte. Erstens wollen wir ein aktiver Teil der Regierung sein. Es steht uns zu, ein Drittel plus ein Mitglied der Regierung zu stellen. Zweitens muss es eine Diskussion über die interne Organisation des internationalen Tribunals geben. Das ist unser Recht. Wir müssen die Funktionsweise dieses Tribunals basierend auf dem Prinzip, die libanesischen Souveränität zu erhalten, diskutieren. Wie können wir verhindern, dass dieses Tribunal politisiert wird? Drittens müssen wir eine Übereinkunft über ein neues Wahlsystem im Libanon finden. Dies sind die drei Elemente.

Das war der Kompromiss, den die Hizbullah der Siniora-Regierung vorge-



schlagen hat. Sind das auch die Eckpunkte des politischen Programms der Hizbullah?

Ja, das ist unser Programm. Unser Hauptziel ist es, die Stabilität im Libanon zu retten. Wir brauchen diese Stabilität wegen der schwachen libanesischen Wirtschaft. Und wir denken, dass die libanesisch nationale Einheit notwendig ist, um den Herausforderungen Israels und Amerikas und der israelischen Drohung gegen den Libanon zu begegnen.

Wenn Sie von der Einheit des Libanon sprechen, sprechen Sie von einer Einheit mit Kräften wie Junblat oder Ja'ja' (Geagea), die klar auf der Seite der USA sind. Wie kann die Hizbullah als Widerstandsbewegung zu einer Einheit mit solchen Kräften aufrufen?

Wir müssen in diesem Fall pragmatisch sein, denn der Libanon ist eine konfessionelle Gesellschaft, und manche dieser Führer repräsentieren wichtige konfessionelle Gruppen im Libanon. Schließlich müssen wir unser Land aufbauen und ich denke, es wird keine Stabilität zwischen diesen unterschiedlichen libanesischen Gruppen geben. Ja, wir teilen ihre Politik und Allianzen nicht. Wir haben völlig andere Perspektiven für die Zukunft des Libanon. Aber wir lehnen es ab, mit diesen Differenzen durch Kämpfe und eine Rückkehr zum Bürgerkrieg umzugehen. In diesem Fall haben wir keine Wahl. Wir müssen einen Kompromiss finden, aber einen speziellen Kompromiss, ohne die Position des Libanon jener der USA zum Nahen Osten unterzuordnen.

Was ist das langfristige Projekt der Hizbullah im Libanon? Was für eine Art von Gesellschaft schlägt sie vor?

Zunächst einmal arbeiten wir für den Aufbau eines politischen Systems ohne konfessionelle Strukturen. Wir wollen die libanesisch Souveränität erhalten. Wir wollen die libanesisch Armee so aufbauen, dass sie Israel davon abhalten kann, unsere Gesellschaft, unser Land anzugreifen. Wir wollen gute Beziehungen zwischen dem Widerstand und der libanesischen Armee. Und letztendlich

wollen wir mit anderen Gruppen darin zusammenarbeiten, einen Ausweg aus der libanesischen Wirtschaftskrise zu finden, die sehr gefährlich ist.

Ist die Hizbullah bereit, sich in die libanesisch Armee zu integrieren?

Wir sind bereit, die Diskussion zu diesem Punkt weiterzuführen. Zunächst müssen wir die nationale Verteidigungsstrategie festlegen und danach können wir darüber sprechen, was die Zukunft des Widerstands ist und wo die Position des Widerstands sein soll, innerhalb oder außerhalb der Armee.

Schlagen Sie eine Veränderung der Behandlung der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon vor, denen bislang jegliche Rechte durch den libanesischen Staat verweigert wurden?

Das ist ein essenzieller Punkt in unserem politischen Programm. Wir haben dafür gearbeitet, dass den palästinensischen Flüchtlingen dieselben Rechte wie den libanesischen Einwohnern gegeben werden, und wir werden das auch weiterhin tun. Das inkludiert das Recht zu arbeiten, das Recht auf Gesundheitsversorgung durch den Staat und andere Bürgerrechte.

In Europa wird die Hizbullah als radikal islamische Organisation wahrgenommen. Die Kairo-Konferenz¹ ruft zur Einheit im Kampf zwischen islamischen und linken Kräften auf. Was denken Sie über dieses Thema?

Wir sind eine nationale Widerstandsbewegung. Wir haben spezifische Ziele. Wir wollen unser Land von der Besatzung befreien. Wir wollen unsere Gefangenen aus den israelischen Gefängnissen befreien. Und wir wollen den Libanon gegen die israelische Bedrohung gegen unsere nationale Souveränität verteidigen. Wir sind eine politische Partei, die dafür arbeitet das politische Regime zu verändern. Wir sind eine demokratische Partei, denn wir versuchen in einem fortschrittlichen Sinn die Beziehungen mit anderen libanesischen Gruppen, wie den Christen, wie der

nationalen patriotischen Strömung von Michel Aoun und anderen säkularen Gruppen wie der Kommunistischen Partei oder den Nasseristen zu entwickeln, und auch mit allen anderen, die mit unserem politischen Programm übereinstimmen, besonders was die Notwendigkeit des Widerstands gegen Israel betrifft.

Unterstützt die Hizbullah den irakischen Widerstand und wie, denken Sie, kann die Gefahr eines Bürgerkriegs im Irak abgewendet werden?

Ich denke ein Bürgerkrieg zwischen den irakischen Gruppen ist eine wirkliche Bedrohung, der wir uns stellen müssen. Wir müssen die unterschiedlichen irakischen Gruppen dazu auffordern, für ihre Einheit zu arbeiten. Ich denke, der Konflikt innerhalb des irakischen Volkes, besonders zwischen den Schiiten und Sunniten und zwischen Arabern und Kurden, ist fest in der amerikanischen Strategie verankert. Wir unterstützen den irakischen Widerstand gegen die amerikanische Besatzung.

Denken Sie es gibt die Gefahr, dass sich die arabischen Widerstandsbewegungen an der Frage des Iran spalten werden?

Der Iran ist eine große Macht in der Region und ich denke, er stellt die Hauptkraft dar, die sich der amerikanischen Macht und dem amerikanischen Militär in der Region entgegenstellt. Wir alle müssen den Iran in diesem Kampf unterstützen. Wenn die USA den Iran angreifen, dann wird die Gefahr einer amerikanischen Aggression gegen die ganze Region steigen. Wir müssen das Bild, das wir vom Iran haben, neu überdenken, ganz besonders die iranische Rolle im Irak. Ich teile die Vorstellung der religiösen Einmischung des Iran im Irak nicht. Wir haben dazu eine andere Meinung und ich rufe alle politischen Kräfte dazu auf, den Versuch zu unternehmen, die Wirklichkeit der iranischen Politik im Irak zu verstehen.

Danke für das Gespräch.

Kairo, 1. April 2007

Das Gespräch führten Margarethe Berger und Doris Höflmayer.

¹ zur Kairo-Konferenz siehe S. 35

Mit dem Widerstand, für einen gerechten Frieden im Nahen Osten

Schlussresolution

Internationale Konferenz in Chianciano Terme (Italien), 24.–25. März 2007

Es ist ein historischer Kampf, der im Nahen Osten ausgefochten wird. Von seinem Ausgang wird die Zukunft der Region und schließlich der ganzen Menschheit abhängen.

Die imperialistische Offensive – geführt von den USA und unterstützt durch andere imperialistische Banditen und ihre lokalen Satrapen – begann gegen Afghanistan und fand ihren bisherigen Höhepunkt in der Invasion des Irak. Ihre Aufgabe ist viel tiefgreifender als die Konsolidierung der traditionellen westlichen Vorherrschaft.

Der Imperialismus hat seinen kolonialen Appetit wiederentdeckt und strebt nun danach direkte und unbestrittene Herrschaft auszuüben.

In diesem Rahmen gibt es keinen Raum für Regierungen oder Nationen, die sich weigern sich dem amerikanischen imperialen Despotismus zu unterwerfen.

Der Imperialismus rechtfertigte seine Aggressionen mit dem Kampf gegen „Terrorismus“ und dem „Export der Demokratie“ und mobilisierte mit seinem chauvinistischen Slogan „Kampf der Kulturen“ für einen neuen Kreuzzug gegen den Islam. Aber unter „Terrorismus“ versteht er jegliche Volksbefreiungsbewegung und unter „Demokratie“ versteht er seine verkleideten Diktaturen, die er in jenen arabischen Ländern unterhält, die ihm unterworfen sind.

Die Aggressoren hielten sich an der Illusion fest, dass sie einen Sieg errungen hatten, nachdem sie die ihnen feindlich gesonnenen Regierungen in Afghanistan und Irak besiegt hatten.

Aber tatsächlich trugen sie zum Auftreten standhafter bewaffneter Widerstandsbewegungen bei, welche – indem sie mehr und mehr vom Volk unterstützt wurden – den Besitzern nicht nur vereinzelt Niederlagen beibringen, sondern ihre gesamten geostrategischen Pläne durcheinander

Am 24. und 25. März 2007 fand in Chianciano (Italien) die internationale Konferenz „Mit dem Widerstand, für einen gerechten Frieden im Nahen Osten“ statt. Mit dieser Veranstaltung war es gelungen, Vertretern der Volkswiderstandsbewegungen gegen die Besatzung aus dem Irak, dem Libanon, Palästina und Afghanistan zum ersten Mal auf europäischem Boden eine Stimme zu geben.

Wir veröffentlichen im Folgenden die Schlussresolution der Konferenz sowie drei Beiträge in gekürzter Fassung mit freundlicher Genehmigung des Pahl Rugenstein Verlags. Wir möchten an dieser Stelle unseren Leserinnen und Lesern die Neuerscheinung des Verlags von N. Brauns und D. Tsalos (Hg.), *Naher und mittlerer Osten: Krieg – Besatzung – Widerstand* empfehlen, die neben der vollständigen Version der hier vorabgedruckten Texte die wesentlichen Beiträge der Konferenz in Chianciano sowie die aktualisierten Fassungen der Referate einer Berliner Konferenz vom Februar 2007 ebenfalls zum Thema Besatzung und Widerstand in Nahost enthält.



bringen konnten.

Der irakische Widerstand, trotz der Feindschaft der sogenannten „Internationalen Gemeinschaft“, allein aus seinen eigenen Ressourcen zehrend, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Er hat nicht nur die Basis für die zukünftige nationale Befreiung gelegt, sondern hat auch anderen Widerstand leistenden unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt einen gewaltigen Aufwind gegeben.

Wir verurteilen daher die Versuche von offizieller Seite den Widerstand des irakischen Volkes zu isolieren. Wir rufen dazu auf diese Versuche zu umgehen und den irakischen Widerstand als den einzig legitimen Vertreter des irakischen Volkes anzuerkennen!

Es ist nicht akzeptabel dass, während der Iran selbst von den USA mit Krieg bedroht wird, dieser die Marionettenregierung von Maliki unterstützt, die gemeinsam mit der US-Besatzung nicht müde wird den Widerstand des irakischen Volkes zu massakrieren.

Der Kampfschrei des irakischen Widerstands hat dem heroischen palästinensischen Volk Aufwind gegeben, das nach Jahrzehnten einer unnachgiebigen Intifada seinen Kampf intensiviert und die Zionisten aus Gaza vertrieben hat. Bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen hat das palästinensische Volk für jene Kräfte gestimmt, die das historische Ziel der vollständigen Befreiung Palästinas nicht verraten haben.

Der zionistische Staat, der Wachhund des Imperialismus, hat erneut den Libanon angegriffen und mit seinem dortigen Einmarsch internationales Recht verletzt. Israel erhoffte sich, dass so die Kräfteverhältnisse zu seinen Gunsten zu verändern wären. Aber tatsächlich erlitt er eine vernichtende Niederlage. Der libanesischen nationale Widerstand, geführt von der Hizbullah, erreichte stattdessen einen Sieg von historischer und strategischer Bedeutung, welcher dem „New-Middle-East“-Projekt der USA und des Zionismus schweren Schaden zugefügt hat.

Wir verurteilen alle internationalen Versuche als Dienstleistung für Israel den Widerstand im Libanon zu entwaffnen und wir verurteilen die

Rolle der Amerikaner und Franzosen, die darin besteht eine Lösung der libanesischen innenpolitischen Probleme zu verhindern, indem sie die nicht verfassungsgemäße Regierung, die das Volk nicht vertritt, stützen.

Das US-Regime, noch immer geblendet von seiner Anmaßung des imperialen Anspruchs, antwortet auf den Widerstand mit einer Radikalisierung ihrer Kriegstreiberei.

Während in Afghanistan die NATO eine völkermörderische Offensive gegen die befreiten Zonen begonnen hat, haben die USA im Irak ihre Besatzungstruppen aufgestockt. Sie hoffen, dass es ihnen so gelingen wird das Fortschreiten des Widerstands gegen die Marionettenregierung zu stoppen und dass sie die kollaborierenden Milizen weiterhin verwenden können um den Bruderkonflikt zwischen den verschiedenen Komponenten der nationalen Gemeinschaft aufzuschaukeln.

Unter der Führung der Vereinten Nationen, brachten die USA und die Zionisten Frankreich, Italien und Deutschland dazu, ihre Truppen in den Libanon zu schicken. Sie vertrauten dabei darauf, diese Truppen auch in ihren langfristigen Plan, den nationalen Widerstand auszulöschen, und den Libanon unter ihre Vorherrschaft zu bekommen, zu integrieren.

So lange die USA und ihre Verbündeten nicht ihre Truppen aus dem Nahen Osten abziehen, so lange sie nicht ihre Militärbasen schließen und solange sie das zionistische Gebilde weiter aufrechterhalten, kann es keinen Frieden in der Region geben. Kein Volk kann seinen Unterdrückern Frieden gewähren. Ein gerechter Frieden wird nur mit dem Sieg der Befreiungsbewegungen möglich. Um zu siegen benötigt der Widerstand die konkrete Unterstützung aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte auf der Welt, ebenso wie eine Einigung, Koordination, und Brüderlichkeit im Kampf. Der Feind ist derselbe.

Wir lehnen alle Versuche zu spalten, egal von wo sie kommen mögen, ab.

Wir werden hart dafür arbeiten, die Kräfte der Antikriegs-, antikapitalistischen-, und Arbeiterbewegung für den Kampf gegen die imperialistische

und zionistische Besatzung durch Massenaktionen zu gewinnen und werden die antiimperialistische Position näher an sie herantragen, in voller Unterstützung des Widerstands.

Wir werden, dem Widerstand in Palästina, Afghanistan, Irak und dem Libanon weiterhin unsere Unterstützung zuteil werden lassen sowie den Versuchen einer Einheit zu bilden. Diese Einheit wird Schritt für Schritt durch den Aufbau eines Netzwerkes antiimperialistischer Kräfte für gemeinsame Aktion die Möglichkeit eröffnen, die Hoffnung großer Teile der unterdrückten Völker und der Widerstandsbewegungen im Süden und Norden, im Osten und Westen Realität werden zu lassen: eine vereinigte internationale antiimperialistische Allianz.

Palästina, Irak, Libanon, Afghanistan: Unterstützt den Widerstand!

Für die Niederlage des US-Imperiums, seiner europäischen Verbündeten und seiner Marionetten im Nahen Osten!

Nieder mit der Besatzung – Abzug aller ausländischen Truppen!

Zerschlagt den Zionismus – für die vollständige Befreiung Palästinas!

Stoppt den permanenten und präventiven Krieg des US-Imperiums – Nein zu den Kriegsdrohungen gegen den Iran und Syrien!

Europa muss seine Unterstützung für die US-Aggressionen einstellen!

Keine UN-Sanktionen gegen jene Länder, die sich nicht dem westlichen Diktat unterordnen!

Mit dem Widerstand für eine internationale antiimperialistische Front!

Herausgegeben vom Präsidium der Konferenz
Organisiert vom *Komitee Freier Irak* Italien

An vorderster Front im Kampf für die Destabilisierung der USA, Israels und ihrer Verbündeten:

Palästina, Libanon, Afghanistan, Irak, Iran

Das Projekt der USA, unterstützt von ihren Sekundanten in Europa und Israel, besteht darin, die militärische Kontrolle über die ganze Welt zu erlangen. Der Nahe Osten ist aus vier Gründen vorrangiges Ziel: Erstens gibt es dort die größten Ölreserven der Welt; deren Kontrolle durch die US-Armee würde Washington eine einzigartige privilegierte Stellung verschaffen, da sowohl seine Verbündeten – Europa und Japan – als auch mögliche Rivalen wie China von diesem amerikanischen kontrollierten Öl abhängig wären. Zweitens liegt der Nahe Osten im Herzen der Alten Welt und wäre so ein guter Stützpunkt für eine permanente militärische Bedrohung Chinas, Indiens und Russlands. Drittens ist die Region derzeit in einem Zustand der Schwäche und Verwirrung, was dem Aggressor zumindest kurzfristig einfache Erfolge beschert. Viertens haben die USA dort einen treuen Verbündeten, nämlich Israel, das über Atomwaffen verfügt.

Für die Länder an der Frontlinie bedeutet die Aggression zum einen Zerstörung – für Palästina, den Libanon, Afghanistan und den Irak, zum anderen Bedrohung – für Syrien und den Iran.

Die Aggression gegen den Libanon

Israels Aggression gegen den Libanon im Juli und August 2006 ist Teil des Planes Washingtons für die gesamte Region. (...) Der Boden für die Aggression war bereits durch eine UN-Resolution bereitet, die den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon und die Entwaffnung der Hizbullah forderte (...).

Washingtons Ziel ist die vollständige militärische Kontrolle über die gesamte Region, wobei es dieses Ziel mit Gerede über den Export von Demokratie zu vertuschen sucht und gleichzeitig die neoliberale Ordnung, die die Plünderung der Ölressourcen

erleichtert, durchsetzt. Washington hat auch bereitwillig die zionistischen Träume übernommen – die Aufteilung der Region in Kleinstaaten basierend auf ethnischen und religiösen Differenzen, mit Israel und den USA als Protektoratsmächten.

Die Umsetzung dieses Plans ist schon ziemlich weit fortgeschritten. (...) Nachdem der libanesische Widerstand gezeigt hat, dass er den israelischen Aggressor in die Knie zwingen kann, konzentrieren sich die USA und Europa nun darauf, ihn zu entwaffnen, um so der nächsten israelischen Aggression doch noch einen „strahlenden Sieg“ zu ermöglichen. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass alle Völker das unveräußerliche Recht haben, sich gegen Interventionen der Imperialisten und ihrer Verbündeten militärisch zu wappnen.

Afghanistan

In der neueren Geschichte hat Afghanistan seine Blütezeit während der sogenannten „kommunistischen“ Republik gehabt. Diese war ein despotisches, aber modernes und aufgeklärtes Regime, das im Kampf gegen Obskurantismus die Erziehung für beide Geschlechter forcierte und die entscheidenden Kräfte der Gesellschaft stärkte. Die „Agrarreformen“ waren im wesentlichen Maßnahmen, um die Macht der Clan-Chefs zu beschneiden. Mit der zumindest indirekten Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung hätte diese schon begonnene Entwicklung erfolgreich weitergeführt werden können. Die westlichen Medien und der politische Islam stellten in ihrer Propaganda diese Erfahrung als „kommunistischen, atheistischen Totalitarismus“ dar, der vom afghanischen Volk abgelehnt worden wäre. In Wirklichkeit jedoch war dieses Regime weit davon entfernt, unpopulär zu sein. (...)

Vor allem die USA und ihre Verbündeten waren hartnäckige Gegner

der afghanischen Parteien – ob Kommunisten oder nicht –, die die Modernisierung betrieben. Sie waren es auch, die die obskuranten Kräfte des politischen Islam, die Pakistani (Taliban) und die Warlords (...) mobilisierten und ihnen Ausbildung und Waffen zukommen ließen. Selbst nach dem sowjetischen Rückzug wäre der Widerstand der Regierung von Najibullah gegenüber den Angriffen der obskuranten Kräfte wahrscheinlich nicht gebrochen worden, wäre da nicht die militärische pakistanische Offensive zur Unterstützung der Taliban gewesen, die Chaos hervorrief und den Warlords wieder zu Macht verhalf.

Afghanistan ist durch die militärische Intervention der USA, ihrer Verbündeten und Handlanger, insbesondere der Islamisten, zerstört worden. Ein Wiederaufbau wird nicht möglich sein mit diesen Marionetten, deren Macht von einem Clown repräsentiert wird, der über keinerlei Wurzeln im Land verfügt, dafür aber die Unterstützung der texanischen transnationalen Gesellschaft, deren Angestellter er einmal war, genießt. Wer das Heil in einer Scheindemokratie von Washington, der NATO und der UNO Gnaden sucht, legitimiert deren Anwesenheit – also die Besatzung. In diesem Kontext ist „Demokratie“ schon immer eine Lüge gewesen; jetzt ist sie eine hinterhältige Farce.

Es gibt nur eine Lösung für das afghanische Problem. Alle ausländischen Kräfte müssen das Land verlassen und keine der Mächte darf ihren Verbündeten finanzielle Hilfe oder Waffenlieferungen zukommen lassen. (...)

Irak

Die bewaffnete Diplomatie der USA zielte auf die Zerstörung des Irak, lange bevor sie den Vorwand dafür fand – zuerst, als es im Jahre 1990 zum Einmarsch in Kuwait kam, dann nach dem 11. September. (...) Der Grund für den Krieg ist ganz einfach und hat

nichts mit dem Gerede von der „Befreiung“ des irakischen Volkes von der blutigen Diktatur Saddam Husseins zu tun. Ein sehr großer Teil der Ölressourcen der Welt liegt im Irak. Des weiteren hatte der Irak wissenschaftliche und technische Kader, mit denen ein nachhaltiges nationales Projekt hätte aufgebaut werden können. (...)

Folgende Fragen sind für uns von Bedeutung. Erstens: Wie konnte der Plan Washingtons so leicht als großartiger Erfolg verkauft werden? Zweitens: Wie stellt sich die neue Situation für das irakische Volk dar? Drittens: Wie stellen sich die verschiedenen Teile des irakischen Volkes dieser Herausforderung? Viertens: Welche Lösungen können die irakischen, die arabischen und die internationalen demokratischen und fortschrittlichen Kräfte anbieten?

Die Niederlage Saddam Husseins war vorauszusehen. (...) [Jedoch] die Tatsache, dass der kämpfende Widerstand mit jedem Tag stärker wird – trotz der ernstesten Schwächen, die die verschiedenen Gruppen des Widerstands aufweisen –, hat die Installation eines sklavischen Regimes, das die Fassade der „Ordnung“ aufrecht erhalten könnte, unmöglich gemacht. Hierin zeigt sich in einem gewissen Maß das Scheitern des US-Projekts. Die Tatsache, dass die gezähmte UNO dieses künstliche Regierungsgebilde anerkannt hat, ändert nichts an der Wahrheit, dass diese „Regierung“ weder legitim noch akzeptabel ist.

Die militärische Besetzung hat eine neue Situation geschaffen. Die irakische Nation ist ernsthaft bedroht. Das Projekt Washingtons, das unfähig ist, das Land mittels einer Regierung, die sich als „national“ ausgibt, unter Kontrolle zu halten, und gleichzeitig dessen Ölressourcen zu plündern (was ja das Hauptanliegen ist), hatte die Zerstörung des Landes zur Voraussetzung. Die Teilung des Landes in mindestens drei „Staaten“ für Kurden, Sunniten und Schiiten könnte von Anfang an ein Ziel Washingtons und Israels gewesen sein (was die Archive in Zukunft enthüllen könnten). Derzeit setzt Washington auf den „Bürgerkrieg“ – wie immer, wenn es um

die Legitimierung von Besetzung geht. Eine permanente Besetzung war und ist das Ziel, denn sie ist der Garant für die Kontrolle über das Öl. (...)

Wir können den aufeinander folgenden Ba'ath-Regimes, auch dem im letzten Stadium des Verfalls unter Saddam Hussein, alles unterstellen bis auf den Vorwurf, den religiösen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten geschürt zu haben. Wer aber ist dann verantwortlich für die Wunden, die zu den jetzigen Kämpfen zwischen diesen beiden Gruppen führten? Ich bin mir sicher, dass wir eines Tages erfahren werden, wie der CIA (und zweifellos auch der Mossad) viele dieser Massaker organisierten. Es ist aber auch wahr, dass die politische Wüste, die das Hussein-Regime schuf, die heutigen Machthaber stimulierte, den gleichen Weg zu gehen – oft geschützt von der Besatzungsmacht, manchmal vielleicht in dem naiven Glauben, selbst die Besatzer zu benutzen. Diese Machthaber – Stammesführer oder besonders korrupte „Geschäftsleute“, direkt aus den USA importiert – sind nicht wirklich mit dem Land verbunden. Dasselbe muss man auch von den religiösen Oberhäuptern (Schiiten und Sunniten) sagen, die von den Gläubigen respektiert werden, denn sie können bisher keine politische Aktivität nachweisen, die für die Iraker akzeptabel wäre. Hätte Saddam Hussein nicht solch eine Leere hinterlassen, wären diese Führer in der Bedeutungslosigkeit geblieben. Wird es anderen politischen Kräften, in den Massen verankerten nationalen Bewegungen mit einer demokratischen Perspektive, möglich sein, sich neu zu formieren?

Es gab eine Zeit, in der die kommunistische Partei Raum für die Besten aus der irakischen Gesellschaft bot. Sie war im ganzen Land verankert, sammelte besonders viele Intellektuelle um sich, gerade auch aus dem schiitischen Milieu – wobei ich der Meinung bin, dass aus den Reihen der Schiiten Revolutionäre und religiöse Führer kommen, selten jedoch Bürokraten und Kompradoren. Die kommunistische Partei war eine echte Massenpartei und anti-imperialistisch, kaum demagogisch und potentiell de-

mokratisch. Heute ist sie allerdings dem Untergang geweiht, nachdem die Ba'ath-Diktatur Tausende ihrer besten Kämpfer ermordete, die Sowjetunion zerfiel (worauf sie nicht vorbereitet war) und schließlich einige Intellektuelle glaubten, dass es angebracht wäre, im Gefolge der amerikanischen Truppen aus dem Exil zurückzukehren.

Das „Kurdenproblem“ ist sowohl im Irak als auch im Iran und in der Türkei ein echtes Problem. Wir sollten uns diesbezüglich aber in Erinnerung rufen, dass auch hier die westlichen Mächte ihre Doppelmoral mit dem immer gleichen Zynismus anwenden. Im Irak oder im Iran wurden die Forderungen der Kurden nie mit einem ähnlichen Ausmaß an militärischer und polizeilicher Gewalt unterdrückt wie in der Türkei. Weder der Iran noch der Irak haben das Existenzrecht der Kurden so rückhaltlos verweigert wie Ankara. Der Türkei wird dies jedoch verziehen, da sie Mitglied der NATO ist. (...)

Die irakischen Massenorganisationen, die sich um die kommunistische Partei und die Ba'ath-Partei in deren besten Zeiten gebildet hatten, fanden immer eine Ebene der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den wesentlichen kurdischen Parteien, die ihre Verbündeten wurden.

Die so genannten „Anti-Schiiten“- und „Anti-Kurden-Gesetze“ unter Saddam Hussein hat es gegeben. Die Armee bombardierte die Region von Basorah nach der Niederlage in Kuwait im Jahre 1990 und ging gegen die Kurden unter Einsatz von Giftgas vor. Dies geschah jedoch im Gefolge der Aktionen der bewaffneten Demokratie Washingtons, die den Zauberlehrling dazu angestiftet hatte, seine Chancen zu nutzen. Das ändert natürlich nichts daran, dass diese Aktionen dumm und verbrecherisch waren.

Unter den genannten Umständen erscheint die Stärke des Widerstands gegen die Besetzung als etwas Unerwartetes, fast wie ein Wunder. Das ist sie aber nicht. Die Realität ist einfach die, dass das irakische Volk als Ganzes (Araber und Kurden, Sunniten und Schiiten) die Besatzer hasst und sich deren täglichen Verbrechen

bewusst ist – der Morde, Bomben, Massaker, der Folter. Was wir brauchen, ist eine Widerstandsfront, die alle teilnehmenden Personen, Organisationen und Parteien vereinigt und ein gemeinsames Programm veröffentlicht. Aber bis jetzt gibt es diese vereinigte Widerstandsfront nicht, vor allem wegen der sozialen und politischen Zerstörungen, die die Besatzer und zuvor Saddams Diktatur angerichtet haben. Das Fehlen einer gemeinsamen Front ist ein entscheidender Nachteil, da Zwietracht verstärkt und Opportunisten ermutigt werden, und Verwirrung über die Ziele der Befreiung herrscht.

Wer wird diese Schwächen überwinden? Kommunisten müssen dazu bereit sein, wie auch die Kämpfer, die jetzt schon aktiv sind. Sie unterscheiden sich von all den „führenden Persönlichkeiten“ (die einzigen, die die Massenmedien kennen), die nicht wissen, welchen Weg sie einschlagen sollen und sich deshalb eine Aura der Legitimierung durch ihre Positionen innerhalb der Kollaborationsregierung verschaffen und gleichzeitig vorgeben, für die Aktionen des bewaffneten Widerstands zu sein. Es gibt viele andere politische Kräfte, die sehr viel geeigneter wären, die Initiative für die Bildung einer gemeinsamen Widerstandsfront zu übernehmen.

Trotz all seiner Schwächen hat der irakische Widerstand das Projekt Washingtons entscheidend erschüttert – noch nicht militärisch, aber politisch. Das ist es auch, was die treuen Verbündeten der USA in der EU so beunruhigt. Die Vasallen Washingtons fürchten die Niederlage der USA, weil diese Niederlage die Völker des Südens stärken würde, weil sie deren Spielraum erweitern würde, dem globalisierten transnationalen Kapital Respekt für die Interessen der Nationen und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas abzurufen.

Der irakische Widerstand hat Vorschläge gemacht, um aus der bestehenden Sackgasse herauszufinden und die USA zum Verlassen des Landes zu veranlassen. Die Vorschläge sind erstens die Bildung einer Übergangsadministration, die vom Sicherheitsrat un-

terstützt wird, zweitens das sofortige Ende der Kampfhandlungen des Widerstands und der Besatzungstruppen (Militär und Polizei), und drittens der Abzug aller militärischen und zivilen ausländischen Kräfte innerhalb von sechs Monaten. Die Details dieser Vorschläge wurden in der angesehenen arabischen Zeitschrift *Al-Mustaqbal al-Arabi* im Januar 2006 in Beirut veröffentlicht.

Das völlige Schweigen der europäischen Massenmedien zu diesen Vorschlägen veranschaulicht die Solidarität unter den Imperialisten. Die demokratischen und progressiven Kräfte in Europa sollten die Strategie der imperialistischen Triade bekämpfen und die Vorschläge des irakischen Widerstands unterstützen. Es ist nicht akzeptabel, das irakische Volk im Kampf gegen seinen Feind allein zu lassen, denn dies fördert die gefährliche Idee, dass von den Ländern des Westens nichts zu erwarten sei, und stimuliert auf diese Weise inakzeptable, ja kriminelle Tendenzen in den Praktiken gewisser Widerstandsbewegungen.

Je stärker die Unterstützung für das irakische Volk durch die demokratischen Kräfte in Europa und in der gesamten Welt, desto eher werden die Besatzungstruppen das Land verlassen und desto besser werden die Voraussetzungen für eine bessere Zukunft des irakischen Volkes sein, das so viel Terror ausgesetzt ist. Je länger die Besatzung andauert, desto dunkler wird die Zukunft nach deren unvermeidlichen Ende sein.

Palästina

Seit der berühmten Balfour-Deklaration während des Ersten Weltkriegs ist das palästinensische Volk Opfer eines ausländischen Kolonialprojekts und erfährt das Schicksal der nordamerikanischen Indianer. Das Projekt wird schon immer von den bestimmenden imperialistischen Mächten in der Region (zuerst Großbritannien, dann die USA) bedingungslos unterstützt. Die Gründung eines Staates als Fremdkörper in der Region heißt nichts anderes als die Etablierung eines bedingungslosen Unterstützers der fortgesetzten Interventionen in diesem Raum, mit

dem Ziel der Unterwerfung des arabischen Nahen Ostens unter die imperialistische Vorherrschaft.

Alle Völker Afrikas und Asiens, die die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützen, durchschauen diese Situation. In Europa hingegen sorgt das „Palästina-Problem“ für große Meinungsverschiedenheiten, verursacht durch die zionistische Ideologie, die hier auf fruchtbaren Boden fällt.

Das amerikanische Projekt für einen „Größeren Mittleren Osten“ bedeutet für das palästinensische Volk mehr denn je zuvor, dass ihm alle seine Rechte genommen werden. Im Lauf der Zeit hat die PLO die Verträge von Oslo und Madrid wie auch die „Road Map“, die von Washington entworfen wurde, anerkannt. Es war Israel, das offen seine Unterschrift verweigerte und ehrgeizig die eigene Expansion vorantrieb. Die PLO wiederum war geschwächt und, es muss wohl gesagt werden, naiv genug, an die Ehrlichkeit des Gegners zu glauben. Die Unterstützung, die der Hamas als islamischem Gegner der PLO zumindest am Anfang von Israel zukam, sowie die korrupten Praktiken der palästinensischen Administration führten (und vielleicht war das so gewollt) zum Wahlerfolg der Hamas, was wiederum als Vorwand diente, die israelische Politik bedingungslos zu unterstützen.

Seit seiner Entstehung ist das zionistische koloniale Projekt eine Bedrohung für Palästina und die arabischen Nachbarländer, was deutlich wird an Israels Interesse an der Annexion des ägyptischen Sinai und an der praktischen Annexion der Golan-Höhen. Im Projekt des „Größeren Mittleren Ostens“ ist ein besonderer Platz für Israel vorgesehen, für seine regionale Monopolstellung als militärische Nuklearmacht. (...)

Die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu verteidigen ist für alle Demokraten weltweit eine wichtige Herausforderung. Palästina steht im Zentrum der größten Konflikte unserer Zeit. Wenn man den israelischen Plan zur Zerstörung Palästinas und seines Volkes akzeptiert, heißt das so viel wie die Verweigerung

des elementaren Rechtes eines jeden Volkes, nämlich des Rechtes auf seine Existenz. Und deshalb ist es nicht akzeptabel, dass diejenigen, die gegen die Umsetzung und Vollendung dieses Plans sind, des „Antisemitismus“ beschuldigt werden.

Iran

(...) Ich möchte lediglich einige Bemerkungen machen, die für uns von besonderem Interesse sind. Erstens ist das politische islamische Regime im Iran nicht prinzipiell inkompatibel mit der Integration des Landes in das weltweite kapitalistische System als solches (die Grundfesten, auf denen es steht, unterstützen die Vision eines liberalen wirtschaftlichen Managements). Zweitens ist der Iran eine „starke Nation“. Das heißt, dass seine besten, wenn nicht sogar alle Teile – Volksmassen und Führer – die Integration des Landes als beherrschte Nation innerhalb des Weltsystems nicht akzeptieren. Es gibt einen offensichtlichen Widerspruch zwischen diesen beiden Dimensionen der iranischen Realität, wobei die zweite die Ausrichtung der Außenpolitik Teherans erklärt – nämlich die Entschlossenheit, ausländische Forderungen zurückzuweisen.

Die Stärke Irans ist sein Nationalismus, der meiner Meinung nach historisch eine positive Rolle spielt. Er erklärt den Erfolg der Modernisierung der wissenschaftlichen, industriellen, technologischen und militärischen Kapazitäten – eine Entwicklung, die unter den Schah-Regimes begann und sich im Khomeinismus fortsetzte. (...)

Da der Iran die Möglichkeiten und Fähigkeiten hat, sich als unabhängiger Partner zu etablieren, haben die USA beschlossen, dieses Land durch einen neuen „Präventivkrieg“ zu zerstören. Wie wir wissen, wird der Konflikt heute auf dem Gebiet der nuklearen Kapazitäten, die der Iran entwickelt hat, ausgetragen. Sollte dieses Land nicht wie alle anderen das Recht haben, eine militärische Nuklearmacht zu werden? Dürfen die imperialistischen Mächte und ihre Marionette Israel für sich das Recht in Anspruch nehmen, das Mo-

nopol auf Massenvernichtungswaffen zu kontrollieren? (...) In Bezug auf den Iran sind die europäischen Staaten leider auf einer Linie mit dem Vorhaben Washingtons, das den militärischen Angriff zum Ziel hat.

Schlussfolgerungen

Derzeit sind drei relevante Gruppen in den politischen Auseinandersetzungen in der Region involviert. Zum einen diejenigen, die für sich eine nationale Vergangenheit beanspruchen (sie sind aber nichts anderes als die korrupten und degenerierten Erben der Bürokratien einer nationalistisch-populistischen Ära); dann gibt es die, die dem politischen Islam zugerechnet werden können, und schließlich diejenigen, die aus einer Bewegung „demokratischer“ Forderungen, die mit einer liberalen Wirtschaftsordnung kompatibel sind, hervorgegangen sind. Keine dieser Gruppen ist akzeptabel für einen linken Zugang, der sich der Interessen der Nationen und der Volksmassen bewusst ist, denn alle drei Gruppierungen sind von den Interessen der Kompradorenklassen beherrscht. (...) Die Linke sollte die Kämpfe unterstützen, in denen sie sich selbst wiedererkennt, das heißt: die Kämpfe zur Verteidigung der ökonomischen und sozialen Interessen der Volksmassen sowie zur Konsolidierung von Demokratie und nationaler Souveränität als deren untrennbare Ziele. Alle Demokraten der Welt sollten die Aktivitäten der progressiven Kräfte unterstützen und jede Intervention der USA, der NATO, Israels und der unterwürfigen UNO sowie ihrer Verbündeten in der Region vorbehaltlos verurteilen.

Der „Größere Mittlere Osten“ ist heute der Brennpunkt im Kampf aller Völker der Welt gegen das imperialistische Zentrum. Die Destabilisierung und Schwächung des Projektes der USA bedeutet eine Ermutigung und Stärkung der fortschrittlichen Kräfte weltweit. Ohne diese Entwicklung wären diese Kräfte sehr verletzlich. Das heißt aber nicht, dass die Bedeutung anderer Kämpfe in anderen Teilen der Welt – in Europa, Lateinamerika – unterschätzt werden darf. Es bedeutet

einfach, dass diese Kämpfe im Sinne einer globalen Perspektive dazu beitragen sollen, die Interessen Washingtons in der Region, die das Hauptangriffsziel darstellt, entscheidend zu schwächen.

Samir Amin

Samir Amin ist marxistischer Ökonom und zählt zu den Führungspersonlichkeiten des Weltsocialforums. Der aus Ägypten stammende Wissenschaftler leitete das *African Institute for Economic Development and Planning* und ist heute Direktor des *Dritte-Welt-Forums* in Dakar. Autor zahlreicher Bücher über Imperialismus und ungleiche Entwicklung.

Übersetzung: Elisabeth Lindner-Riegler

Islamische Befreiungstheologie?

Über die Verteufelung des politischen Islam

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass die Islamophobie endlich als eine zentrale Bedrohung für die fortschrittlichen Kräfte wahrgenommen wird. Das war vor nicht all zu langer Zeit noch nicht so und kann als Erfolg unserer Aktivität gewertet werden.

Islamfeindlichkeit als Herrschaftsideologie

Die Islamophobie ist eine Bedrohung, weil sie der Legitimation des gegenwärtigen imperialen Krieges dient. Dabei kommt es zu einer merkwürdigen Inversion der realen Verhältnisse. Der Islam wird nicht nur als barbarisch, archaisch und antiaufklärerisch dargestellt, sondern als aggressiv und kriegerisch, als wolle er die westliche Welt, die sich selbst gerne als Hort von Demokratie, Freiheit und Aufklärung gibt, offensiv angreifen. „Freie Frauen statt Kopftuch“ plakatierte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) im letzten Wahlkampf millionenfach und drückte damit einen Allparteienkonsens von ganz rechts bis ganz links aus und würde wohl in den meisten europäischen Ländern dafür ebenfalls große Zustimmung erhalten. Wir, die Zivilisierten, müssten unsere Freiheit gegen die anmaßenden Barbaren, gegen die Neuauflage der historischen Türkenbelagerung, verteidigen. So sehr das politisch-korrekte, proamerikanische Establishment sich sonst von der breiten Masse entfernt hat, in diesem Punkt weiß es die Bevölkerung hinter sich. Die Angst vor der schleichenden Islamisierung, zukünftig ohne Kopftuch nicht mehr in die U-Bahn einsteigen zu dürfen, ist genau so ernst und echt, wie sie jeglicher Realität entbehrt.

Tatsache ist vielmehr, dass der Westen Teile der arabisch-islamische Welt militärisch besetzt hält, dieser den Krieg erklärt hat und den Zugang zu ihren Ressourcen erzwingt. Es geht um nichts weniger als die vollständige neokoloniale Unterordnung.

Es sei bemerkt, dass trotz des auf-

geklärt-liberalen Anspruchs die Entstehung einer solchen modernen Alltagslegende durch die alles durchdringende Macht der Medienmaschine heute noch mehr möglich ist als in der Vergangenheit. Die Islamophobie gleicht in ihrer Irrationalität in vielerlei Hinsicht dem historischen Antisemitismus, nur dass sie in ihrer Funktionalität für die Herrschaft noch leichter erkennbar sein könnte – wenn man das wollte. Der Ideologe des Kulturkampfes gegen den Islam, der US-amerikanische Politologe Samuel P. Huntington, hat entgegen dem europäischen prozionistischen Mainstream, der im Dienste Israels den Antisemitismus weiterhin zum treibenden Prinzip der Weltgeschichte aufbläht, kein Problem diese Tatsache einzuräumen: „In Westeuropa ist der gegen Juden gerichtete Antisemitismus weithin von einem gegen Araber gerichteten Antisemitismus abgelöst worden.“¹

Die Funktion der Hetze gegen Muslime ist aber keineswegs auf den globalen Krieg, also auf nach außen gerichtete Feinde, beschränkt. Sie wendet sich genauso nach innen und dient dem Abbau demokratischer Rechte, die die Eliten nach dem Ende der „kommunistischen Bedrohung“ als nicht mehr notwendig erachten. Der Kampf gegen den Terrorismus gerät so zum Feldzug gegen die elementaren Grundrechte. Doch das wurde in diesem Kreis bereits dargelegt und muss nicht wiederholt werden.

Konkreter auf unsere gemeinsame Aktivität eingehend, droht die verschärfte Kampagne gegen des Islam einige unserer Erfolge quasi durch die Hintertür zunichte zu machen. Uns ist es im Grunde gelungen, die Legitimität des Widerstands, auch des bewaffneten, gegen die westliche Besatzung im Irak und im geringeren Maß

in Palästina, zu etablieren bzw. zu verteidigen. So stark die Medien auch für die USA und Israel schreiben mögen, wird uns Freund und Feind zustimmen, dass sich die subalternen Klassen von dieser Gehirnwäsche nicht beeindrucken lassen und den Kampf gegen fremde Besatzung gerechtfertigt finden.

Man versuchte die politische Unterstützung des Widerstands zu kriminalisieren. Das misslang angesichts dieser Stimmung und auch unserer Aktivität weitgehend. Doch die Herrschenden brauchen den Diskurs nur leicht zu drehen, ihm eine Schlagseite gegen den Islam zu geben und schon können sie mit satten Mehrheiten rechnen. (...)

Um so wichtiger ist es, den hier erreichten Konsens über die von der Islamophobie ausgehende Gefahr zu festigen und zu vertiefen. Dazu muss aber ein weiteres Vorurteil ausgeräumt, eine dogmatische Verkrustung der Linken aufgebrochen werden, die ebenfalls weitgehend in die gegenwärtige Herrschaftsideologie übernommen wurde.

Säkularistischer Fundamentalismus

Viele derjenigen, die die gegenwärtige Hetze gegen Muslime verurteilen, fühlen sich dennoch bemüßigt, sich im gleichen Atemzug in der alten atheistischen Manier vom Islam zu distanzieren. Sie bemühen dafür gerne das Marxsche Diktum von der Religion als Opium des Volkes. Doch dieses stammt in der Verkürzung nicht von Marx selbst, sondern ist eine Prägung der späteren Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen wie der prosozialistischen. Tatsächlich stand Marx für ein sehr viel dialektischeres Verständnis, nachdem die Religion gleichzeitig als Palliativum und als Protest fungiere: „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seuf-

¹ Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen*, Siedler, 1996, amerikanisches Original New York 1996, S. 320

zer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.“²

Die Absetzung von der junghegelianischen Religionskritik war ein entscheidender Punkt auf Marxens Entwicklungsweg. Er richtete sich dabei auch gegen den bürgerlich-aufklärerischen Atheismus, den er als Kampf gegen Windmühlen verstand. Vielmehr ging es ihm darum, jene Umstände praktisch-politisch zu verändern, die der Religion bedürfen, die sie also als falsche Ideologie hervorbringen.

Mittlerweile sind zwei ereignisreiche Jahrhunderte der Kriege und Revolutionen ins Land gezogen und haben die Struktur der kapitalistischen Herrschaft grundlegend verändert. Dabei hat sich die Rolle der Kirche, die als Machtapparat auf Seiten des kapitalistischen Staates das legitime Ziel des Säkularismus war, gewandelt. Der kapitalistische Staat bedarf der Kirche kaum mehr und stützt sich auf eine zeitgemäßere liberalistische Zivilreligion, die viel durchdringender ist. (...)

Das ist politisch an der Position zum imperialen „Anti-Terrorkrieg“ ablesbar. Die USA führen diesen in der Substanz als christlichen Kreuzzug gegen den Islam. Obwohl Europa ob solch alttestamentarischen Obskurantismus die Nase rümpft, beteiligt es sich dennoch an dem Krieg, wobei es sich seinerseits als säkularistisch-aufklärerisch deklariert und sich dabei zivilisatorisch allen überlegen wähnt. Während dessen fand der Vatikan immer wieder kritische Worte zum Krieg, die am moderaten Rand der Antikriegsbewegung durchaus anschlussfähig waren und gegenüber sozialdemokratischen Positionen sogar als radikal wahrgenommen werden könnten.

Die Kirche ist dem Säkularismus unmerklich als Feind verlorengegangen, während er damit beschäftigt war, sich gegen eine neue am Horizont heraufziehende Bedrohung zu wappnen, nämlich dem Islam.

Allein, der Säkularismus hat dabei

„vergessen“, dass sich der gegenwärtige politische Islam in seiner politisch-sozialen Funktion in keiner Weise mit jener historischen der Kirche vergleichen lässt – einmal ganz abgesehen davon, dass es in der Mehrheitskonfession des sunnitischen Islam überhaupt keinen Klerus gibt. (...) Der entscheidende Unterschied ist, dass der politische Islam sich in einem scharfen Konflikt mit dem kapitalistisch-imperialistischen Zentrum befindet, während die Kirche eine Bastion derselben zu sein pflegte. Das war nicht immer so, hat sich aber mit dem Niedergang der linken, säkular-nationalistischen Befreiungsbewegungen entwickelt. Der Wendepunkt war auch hier 1989/91. Heute wird der politische Islam unter verschiedenem Titel vom Imperialismus als Hauptgegner angesehen.

Wir erlauben uns für diese Position den Begriff des säkularistischen Fundamentalismus zu verwenden, der den Fortschritt im Mund führt, aber realpolitisch chauvinistisch-reaktionär und vor allem neokolonial geworden ist. Der Westen hat ganz so wie in den Höhepunkten des Kolonialismus eine *«mission civilisatrice»*. Selbst versteht er sich als Antipode zum Fundamentalismus, den er zu bekämpfen vorgibt. Er nimmt für sich die vernunftmäßige Begründung in Anspruch, die ohne starres, dogmatisches, gegebenes Fundament auskommt. Doch unter der Hand ist sein Ideengebäude genau zu einem solchen starren Fundament verkommen, das vom gesellschaftlichen Kontext abgeschnitten wurde. Dieser fundamentalistische Säkularismus legitimiert im Namen des Kampfes gegen die Religion die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, die letztendlich die Religion erst notwendig machen. (...)

Befreiungstheologie

Als in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vor allem in Lateinamerika politische Bewegungen erstarkten, die sich auf die Theologie der Befreiung beriefen, stieß das bei der Linken auf allergrößte Zustimmung und wurde als Verbreiterung der Front willkommen geheißen. Der Kampf gegen die bestehenden impe-

rialistischen Herrschaftsverhältnisse wurde von der christlichen Linken mit einer religiösen Doktrin kombiniert und legitimiert. Viele der Exponenten der Befreiungstheologie brachen mit Rom und proklamierten eine Basiskirche ohne Hierarchien, die sich auf das kirchenlose Urchristentum beruft.

Ein Vierteljahrhundert später, wo im Nahen Osten, der Region, die heute die zentrale Zielscheibe des imperialistischen Krieges ist, ähnlich geardete politisch-religiöse Bewegungen an vorderster Front Widerstand gegen Besetzung und westliche Dominanz leisten, da scheinen diese Erfahrungen wie weggeblasen. Man kann nicht umhin zu denken, dass diese gänzlich andere Rezeption damit zusammen hängt, dass deren religiös-kultureller Hintergrund nicht christlich, sondern islamisch ist.

Spätestens an diesem Punkt wird aus allen Kanonenrohren gegen die Analogie geschossen. Ein Vergleich sei nicht möglich, denn beim politischen Islam handelte es sich um eine reaktionäre Bewegung, die über lange Zeit gegen den Kommunismus und die Sowjetunion mit den USA und dem Westen im Bündnis gestanden wäre. Trotz der Abwendung von Washington bleibe der Islamismus reaktionär, weil er sich nach wie vor gegen den Sozialismus und die Emanzipation richte und diktatorische Herrschaft anstrebe. Mit Beispielen ist man schnell bei der Hand: Mit dem Verweis auf al-Qa'ida, die Islamische Republik Iran oder die afghanischen Taliban glaubt man, Recht behalten zu können.

Jedes der Beispiele bedürfte einer separaten Betrachtung unter Einbeziehung des lokalen und regionalen Kontextes, wofür hier kein Raum ist. Diese Untersuchungen würden ein klares antiimperialistisches Moment aufzeigen, das zwar durchaus mit reaktionären Momenten verschmolzen sein mag, das aber in letzter und globaler Konsequenz den Bewegungsspielraum linker revolutionärer Kräfte erhöht.

Es lassen sich zahlreiche Beispiele finden, wo der Islamismus nicht nur eine antiimperialistische, sondern auch sozial fortschrittliche Rolle spielt, wie bei der libanesischen Hiz-

2 MEW Bd. 1, S. 378

bullah oder beim palästinensischen Islamischen Jihad. Hier seien nur zwei sehr bekannte Bewegungen genannt, doch fast in jedem Land findet man kleinere krypto-linke islamische und islamistische Gruppierungen, die auch historisch auf die eine oder andere Art und Weise Schnittpunkte mit der Linken aufweisen.

Es lässt sich eine globale, allgemeine Tendenz feststellen, die alle Bewegungen betrifft und sie in einen zunehmenden Widerspruch zum Imperialismus bringt. Dieser Konflikt drängt den politischen Islam dazu, die subalternen Klassen und ihre Interessen nach sozialer Gerechtigkeit und politisch-kultureller Selbstbestimmung im Kampf anzusprechen. Das stößt sie nicht nur auf das Feld der Linken, sondern auch zur Kooperation mit dieser. Natürlich ist diese Tendenz nicht bruchlos und automatisch, aber sie ist einerseits real, am konkreten Gang der Entwicklung abzulesen und andererseits notwendig im Sinne von imperativ, denn anderes kann der Widerstand nicht die Kräfte mobilisieren, die für nachhaltige Siege notwendig sind.

Kampf der Kulturen

Es lohnt sich, die Transformation des politischen Islam zu Befreiungsbewegungen bis an die Wurzeln zu verfolgen. Diese hängt natürlich wesentlich mit dem Ende des linken, säkularen Nationalismus zusammen. Der Marxismus und die Linke stellten für die Unterdrückten der Dritten Welt die „gute Seite“ des Westens dar, die für Befreiung und Emanzipation vom Kolonialismus – trotz aller Einschränkungen – standen. Die UdSSR – auch hier mit gewichtigen Abstrichen – war das staatliche Bollwerk, das ein globales Gegengewicht gegen den Imperialismus darstellte und so Spielraum für eigenständige Entwicklungsprojekte verschaffte.

Der Sieg des imperialistischen Kapitalismus auf ganzer Linie ließ den Westen samt seiner Kultur und seinen Werten als einheitlichen imperialistischen Block erscheinen. Die Demokratie, die Aufklärung, die Linke, all das was früher von den Befreiungsbe-

wegungen in ihr Repertoire aufgenommen worden war, wurde nun gegen sie in Stellung gebracht. Nachdem der Kommunismus als Alternative nicht mehr vorhanden war, konnten nun die westlichen Bomben im Namen von Menschenrechten, Demokratie, Frauenemanzipation usw. fallen.

Hinzu kommt, dass auch die linken, säkularen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zur Kapitulation und zur Übernahme der liberalistischen Thesen à la Clinton neigten. Paradigmatisch ist dabei das Beispiel Palästinas, des unversöhnlichsten und beständigsten kolonialen Konflikts in der Welt. Arafats Fatah ging mit den Osloer Verträgen auf die amerikanisch-israelischen Bedingungen ein, ohne nur eine einzige der grundlegenden Interessen der unterworfenen Palästinenser erfüllt zu bekommen – außer ein paar vagen Versprechungen. Nach anfänglicher Unterstützung durch weite Teile der Bevölkerung erkannte man nach und nach, betrogen worden zu sein, nachdem sich Israel nicht einmal zu einer Bantustan-Lösung bereit erwies. Während die Fatah an ihrer neuen Rolle als Kolonialverwaltung festhielt, regte sich in der Bevölkerung zunehmend Widerstand. Die islamische Bewegung, die in Form der Moslembrüder historisch eine quietistische bis kollaborationistische Rolle gespielt hatte, wurde zunehmend zum Träger dieses Widerstands. Das Projekt der nationalen Befreiung vom Zionismus, das links und säkularistisch argumentiert kaum mehr Hoffnung auf Erfolg versprach, erhielt mit religiöser Begründung neue Anziehungskraft.

Für kurze Zeit, nach dem Ende der Sowjetunion, schien der um die USA gruppierte Kapitalismus unter dem Namen Globalisierung als einzige Möglichkeit der Entwicklung, nicht nur im Westen. Die vollmundigen Versprechungen Clintons von Frieden, Prosperität und Demokratie für die ganze Welt wurden entweder geglaubt oder als alternativlos hingenommen. Doch in dem Maße, in dem diese Illusionen an der bitteren imperialistischen Realität zerstoßen, sprang auch der Widerstand der Verlierer dieser proklamierten „Neuen Weltordnung“

an. Doch er war gezwungen, sich neue Banner, neue Begründung, neue Legitimität zu geben, denn die Linke war geschlagen. Die globale Tendenz ging und geht dahin, den Widerstand und ein alternatives gesellschaftliches Modell aus den eigenen autochthonen kulturellen Wurzeln heraus zu begründen – einerlei wie sehr diese real oder mystifiziert sein mögen, denn ihre geschichtliche Wirksamkeit hängt nicht in erster Linie von deren historischen Richtigkeit ab.

Huntingtons „Kampf der Kulturen“ ist sicher ein chauvinistisches Machwerk. Doch es greift zweifellos reale Tendenzen auf. Es antwortet aus imperialistischer Sicht auf tatsächliche Entwicklungen. Es reicht nicht aus, Huntingtons Thesen in Bausch und Bogen zu verdammern und ihm die politischen Projekte der 1920er oder auch der 1960er Jahre entgegenzuhalten, die ein globales revolutionäres Subjekt gegen den Kapitalismus oder zumindest zwei klar erkennbare Blöcke aufwiesen. Huntington konstatiert, was der common sense schon lange erfasst hat. Er mag übertreiben, wenn er das Ende der säkularen Ideologien proklamiert, und aus dieser Vereinfachung die Notwendigkeit des kulturell-religiös begründeten Krieges der USA ableitet. Aber es ist eine unleugbare Tatsache, dass die globalen säkularen Ideologien ihre Wirksamkeit stark eingebüßt haben.

Huntington sieht die Konkurrenz der verschiedenen Kulturen, stellt sie aber alle als in derselben Liga spielend dar. Er kann zwar nicht umhin, die enormen globalen sozialen Differenzen einzuräumen, aber als Triebkraft des Konflikts will er sie nicht gelten lassen. Wir wollen keineswegs der ökonomistischen These, dass alle Geschichte auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen sei, das Wort reden, aber uns erscheint der *„clash of civilisations“* als kulturelle Verkleidung oder Überformung eines Klassenkampfes. (...)

Die Konfliktlinien verlaufen also nicht in erster Linie zwischen den Kulturen, sondern vor allem zwischen dem imperialistischen Zentrum und den unterworfenen, unterdrückten und ausgebeuteten Milliardenmassen

der Welt. Im Kampf für die Verbesserung ihrer Lage formieren sie diese Interessen gegenwärtig entlang der genannten kulturellen Linien. Die zugrundeliegende Substanz bleiben aber die zum Explodieren gespannten Ungleichheiten und Widersprüche im kapitalistisch-imperialistischen Welt-system.

Aus diesem Gesamtzusammenhang werden auch die Tendenzen klar, welche die Entwicklungsrichtung des politischen Islam bestimmen. Die islamistische Ideologie ist sicher keine noch so verbrämte des Klassenkampfes, im Gegenteil wünscht sie sich die möglichst konfliktfreie Einheit der *Ummah*, der globalen islamischen Gemeinschaft. Auch wollen wir uns nicht zur Behauptung versteigen, dass der Bezug auf die Religion nur eine äußere Hülle wäre. Nein, die Ideologie ist ein Stück weit mit Max Weber selbst konstitutiv für den Konflikt. Dennoch kennt der politische Islam seinen Hauptfeind, den Impe-

rialismus. Um gegen diesen Erfolg erzielen zu können, muss er die subalternen Klassen der kapitalistischen Peripherie, die breiten Volksmassen gegen die eigenen Eliten, die mit dem Westen unter einer Decke stecken, mobilisieren. Diese haben Interessen nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Beteiligung, die der politische Islam zwar auf seine Weise formulieren, aber bei Strafe des Scheiterns nicht gänzlich unterdrücken kann. (...)

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung enthält ein universelles Element, dass nicht nur die Möglichkeit eines breiten politischen Konsens bis in die Mittelklassen ermöglicht – wobei die kulturalistische Einfärbung nicht Nachteil, sondern Vorteil sein kann – sondern auch über den eigenen kulturellen und religiösen Bereich anschlussfähig ist. Sie enthält den Keim einer globalen antiimperialistischen Front, die wenn man so will kryptokommunistisch ist, die aber nicht den

Fehler der Vergangenheit, der ganzen Welt unter dem Deckmantel des Marxismus die westliche zutiefst positivistische Kultur aufzudrängen, wiederholt. (...)

Willi Langthaler



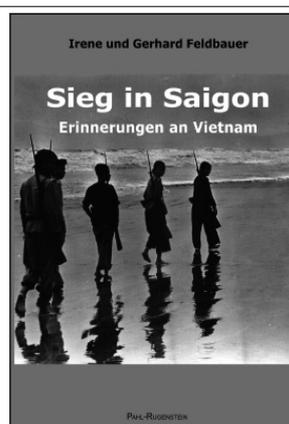
N. Brauns/D. Tsalos (Hg.):
Naher und mittlerer Osten
Krieg – Besetzung – Widerstand

209 S., br., **16,90** Pahl-Rugenstein
Beiträge von zwei Konferenzen in 2007 mit Vertretern palästinensischer, libanesischer, irakischer und afghanischer Volksbewegungen.



Jürgen Elsässer:
Angriff der Heuschrecken
Zerstörung der Nationen und globaler Krieg

220 S., geb., **17,90** Pahl-Rugenstein
Keine trockene Analyse, sondern ein blutiges Schlachtengemälde: der Aufmarsch einer gewaltigen Armada und die ersten erfolgreichen Gegenstöße des Widerstandes.



Irene u. Gerhard Feldbauer:
Sieg in Saigon
Erinnerungen an Vietnam

237 S., Br., Abb. **19,90** Pahl-Rugenstein
Irene und Gerhard Feldbauer arbeiteten von 1967 bis 1970 als Fotoreporterin und Korrespondenten für »Neues Deutschland« und ADN in Vietnam. Ihre Bilder und Berichte gingen um die Welt.



Bernhard Schmid:
Das Frankreich der Reaktion
Neofaschismus und modernisierter Konservatismus

193 S., br., **14,90** Pahl-Rugenstein
Die aktuelle Analyse über 10 Jahre Rechtsentwicklung in Frankreich und den Sieg Sarkozys.

www.che-chandler.de Linke Litertaur im Netz

Rund 22.000 neue und antiquarische Bücher: Marxismus, Arbeiterbewegung, politische Ökonomie, Internationalismus, aktuelle Politik

Der irakische Widerstand als globaler antiimperialistischer Pol

Zuerst möchte ich meinen Dank an das Publikum für sein Interesse an der Situation im Irak unter der brutalen amerikanischen Besatzung aussprechen. Mein besonderer Dank und meine besondere Zuneigung gehen an die Freunde, die unermüdlich gearbeitet und diese Konferenz zur Unterstützung des arabischen Widerstands im Irak, im Libanon und in Palästina organisiert haben.

Sehr geehrte Zuhörer, wir erinnern uns alle an die Stimmen gegen Aggression und Krieg, die Stimmen der Menschen dieser Erde, an die Millionen, die im Februar 2003 ihre Ablehnung des Krieges im Irak verkündet und bekräftigt haben. Diese Millionen waren sich bewusst, dass die obersten menschlichen Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit am meisten Nachdruck erhalten, wenn sie in Übereinstimmung mit den internationalen Grundrechten und Normen und den Prinzipien der Wahrheit eingefordert werden. Ein gerechter Frieden ist die mögliche Lösung für alle internationalen Konflikte und der Beweis dafür, dass Krieg nicht immer der unumgehbare Weg ist. Ein Frieden, der auf Gerechtigkeit und Wahrheit basiert, ist ein Zeichen des äußersten Mutes, denn er stellt ein Urteil dar, das auf Vernunft und fairem Verhalten begründet ist.

Aber der Imperialismus und die neokonservative Bande in Washington haben sich geweigert, auf die Stimme der Menschen zu hören. Sie beteiligen sich stattdessen am Schüren von Hass und folgen zionistischen Mythen. (...)

Das Projekt des amerikanischen Imperiums hat mit der Besatzung des Irak angefangen und ist ein grausames, zügelloses imperialistisches Unterfangen, das die ganze Menschheit bedroht. Dieses Projekt ist heute mit der bewaffneten irakischen nationalen Widerstandsbewegung konfrontiert, die seine Grundpfeiler erschüttert. In den Straßen Bagdads und anderer Städte

werden die imperialistischen Waffen und Technologien bloß gestellt, der amerikanische Hochmut frisst Dreck.

Niemand kann die Effektivität der irakischen Widerstandsbewegung leugnen. Dieser Widerstand bekämpft nicht nur die angelsächsische Besatzung und deren Verbündete und Werkzeuge, sondern hat das gesamte amerikanische und zionistische imperialistische Projekt in der Region in Verwirrung gestürzt. Die Folgen dieser Verwirrung zeigen sich nun auch an anderen Orten, von Asien bis Lateinamerika.

Es gibt ein erstaunliches und eigenartiges Paradoxon, nämlich der totale Boykott des irakischen Widerstands durch sämtliche Staaten und offiziellen Institutionen dieser Welt. Alle halten sich – mit wenigen Ausnahmen – an die politischen Verbotslinien, die von der amerikanischen Amtsführung gezogen wurden, wo es um den Irak geht. Und das obwohl sie wissen, dass der irakische Widerstand den Kampf der gesamten Menschheit gegen einen brutalen Imperialismus führt, und dass dieser Kampf grenzenlose Möglichkeiten für alle eröffnet, deren Ziel es ist, die edelsten, glorreichsten und dauerhaftesten Errungenschaften der menschlichen Gattung umzusetzen.

Es liegt in der Natur der Dinge, dass diejenigen, die an der Aggression gegen den Irak und an dessen Besatzung teilnehmen, weiterhin – mitsamt ihrer Institutionen und Organisationen – den Widerstand bekämpfen und ihn boykottieren. Unverständlich hingegen ist, dass Länder wie Kuba und Venezuela nach vier Jahren des Widerstands weiterhin unaufmerksam und uninteressiert sind gegenüber der Situation und der Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus auf dem irakischen Schauplatz, obwohl diese beiden Staaten stets das Ziel von amerikanischen imperialistischen Verschwörungen sind. Wann werden wir einsehen, dass der Widerstand gegen den Imperialismus, egal in welcher

Form und unter welchem Motto er stattfindet, der gegenseitigen Solidarität und Unterstützung bedarf!

Die Vereinigten Staaten und deren Alliierte und Anhänger, das zionistische Staatskonstrukt und auch Iran nehmen an einer umfassenden Operation teil, die sich im Krieg gegen den irakischen Widerstand verschiedener Mittel bedient, um ihn politisch, materiell und publizistisch einzukreisen. Das ist weder neu noch unerwartet: Das gemeinsame Interesse der genannten Kräfte bestand von Anfang an in der Zerstörung des Irak und in der Vernichtung seiner wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Ressourcen. Dieses Land soll zerschlagen und seine Reichtümer sollen geplündert werden.

Der linke Schriftsteller James Petras analysiert die Existenz zweier Machtpole im Irak: Auf der einen Seite die Besatzungskräfte, auf der anderen Seite der bewaffnete Widerstand. Er ordnet die Marionettenregierung mit ihren bewaffneten Kräften, die Milizen mit lebenswichtigen Beziehungen zum Iran, die Sicherheitsfirmen, die Söldner, die Mafiabanden und die kurdische Peshmerga allesamt der Besatzungsmacht zu. Petras fragt sich zu Recht, wo man die regulären iranischen Truppen verorten muss, die im Irak tätig sind. Dazu zählen das Al-Quds-Korps, die Garde unter dem Befehl von General Qassim Sulaimani und Brigadier Abtahi, und die große Anzahl iranischer Geheimdienstleute, die dem Befehl von Aghai Muhammad unterstehen. Hieraus ist zu schließen, dass die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen den angelsächsischen Besatzern und den iranischen Kräften dem politischen Projekt der amerikanischen Besatzung volle Unterstützung leistet. Es besteht eine Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Parteien mit dem Ziel, den nationalen bewaffneten Widerstand mithilfe demagogischer Lügen zu zerstören. Was Iran angeht, so hat sich dieser

im Irak seine Werkzeuge sowie deren Schutz und seine Instrumente zur Verbreitung von Propaganda längst geschaffen.

Zurzeit stellt der Irak das entscheidende Schlachtfeld gegen den amerikanischen Imperialismus dar, und der amerikanische Präsident Bush sagt selbst, dass die Zukunft der USA im Ausgang der Kämpfe in den Straßen von Bagdad liegt. Der Triumph des nationalen bewaffneten irakischen Widerstands wird eine schwere Niederlage für den amerikanischen Imperialismus bedeuten und weltweit neue Perspektiven eröffnen!

Trotz ihrer Propaganda gegen den „Großen Teufel“ sind der Iran und seine Anhänger mit eben diesem Teufel vereint – im Kampf gegen den nationalen bewaffneten Widerstand im Irak. Wir können die Trotzreaktionen des Iran gegen die USA und gegen das zionistische Staatskonstrukt im Falle des Libanon nur so interpretieren, dass Iran diese Anstrengungen nur deshalb unternimmt, um den iranischen Einfluss auszudehnen: Das Ziel ist eine Übereinkunft mit dem US-Imperialismus, um in der Region eine vorherrschende Rolle zu übernehmen. Manche arabische Autoren und Intellektuelle versuchen aus jeweils verschiedenen Motiven heraus – meist aber mit dem Anliegen, iranisches Gold und Dollars zu erhalten – Iran in die Reihe des arabischen Widerstandskampfes gegen den US-Imperialismus zu stellen. Sie haben das Ziel, die Leute zu irritieren und Unklarheit zu schaffen, ohne aber überzeugend belegen zu können, dass Iran eine strategische Auseinandersetzung mit dem zionistischen Staatskonstrukt führt.

Die Eskalation und Diversifizierung der Aktivitäten des nationalen bewaffneten Widerstands haben Verwirrung und Zerwürfnisse in den Reihen des iranisch-amerikanischen Zweckbündnisses hervorgerufen. Die Ereignisse beschleunigten sich zugunsten des Widerstands und zulasten der zwei Besatzungsprojekte – des amerikanischen und des iranischen. Das machte neue Pläne zur Erneuerung der iranisch-amerikanischen Bezie-

hungen erforderlich: Die Hinrichtung von Präsident Saddam Hussein, das neue Gesetz über Erdöl-Investitionen, das von al-Malikis Iran-freundlicher Regierung erlassen wurde und von Präsident Bush persönlich entworfen worden war, und die vor kurzem in Bagdad abgehaltene Konferenz sind Schritte zur Abstimmung zwischen der US-Besatzung und dem Iran. Dies erklärt, warum manche Parteien und Bewegungen, die vom Iran gegründet wurden und von ihm gesteuert werden, sich daran beteiligen, den irakischen Widerstand einzukreisen und seinen Ruf in den Medien zu diffamieren – und zwar unter Verwendung derselben Ausdrücke, die auch die Besatzungsmedien benutzen, wenn sie den irakischen Widerstand und seine Operationen beschreiben.

Was die arabische Heimat betrifft, so unterstützen die breiten Massen des Volkes den Widerstand mit einem seltenen Enthusiasmus; die arabischen Regime hingegen sind in Aktivitäten verwickelt, die sich gegen den irakischen Widerstand richten – sie boykottieren den Widerstand und seine Unterstützung in den Massen, was natürlich auf die Unterwürfigkeit dieser Regime gegenüber dem US-Imperialismus zurückzuführen ist.

Heute sind die Gefängnisse der arabischen Regimes überfüllt. Tausende von jungen Arabern, die ihre Unterstützung für den Widerstand bekundeten und von denen viele in den Irak zogen, um sich dem Widerstand anzuschließen, darben in diesen Gefängnissen. (...)

Die arabischen Regimes, ihre Journalisten und Medien wiederholen mit einer gewissen Zurückhaltung die Lügen, die von der Propagandamaschine der Besatzer gegen den Widerstand verbreitet werden. Alle diese arabischen Regimes applaudierten ungeniert den unmenschlichen amerikanischen Bombardements unserer irakischen Städte. (...) Diese verdorbenen Regimes haben sowohl die Aggression gegen den Irak als auch dessen Besatzung gebilligt oder sogar daran teilgenommen.

Es ist eine traurige und schmerzliche Tatsache, dass die Mehrheit der

politischen Eliten in der arabischen Region nicht imstande ist, aus dem irakischen Widerstand und den Möglichkeiten, die er bietet, Lehren zu ziehen. Versuche, den Widerstand zu unterstützen, bleiben oberflächlich, demonstrativ und nutzlos und verharren innerhalb der Grenzen, die ihnen von den regierenden Regimes gesetzt werden. Sie bleiben somit weit hinter den Bestrebungen und Zielvorstellungen der Massen zurück. (...)

Auf der internationalen Bühne, besonders aber in Europa, haben sich die linken Organisationen und die der Zivilgesellschaft rund um das World Social Forum (WSF) von Anfang an geweigert, einen klaren Standpunkt gegen die Besatzung und für den Widerstand einzunehmen. Stattdessen erhoben sie ihre Stimme mit dem falschen und verwirrenden Slogan: „Nein zu Krieg, nein zu Terrorismus!“ Ihre Rechtfertigung hierfür ist, dass der Widerstand nicht die Werte der Aufklärung und des Liberalismus vertrete. Sie wollen einen Widerstand nach ihren Vorstellungen, von ihren Werten und ihrer Kultur verfälscht, und gleichzeitig wollen sie ihren Anspruch kaschieren, eine maßgebende moralische Autorität für andere Völker und Nationen zu sein. Das ist abscheulicher Rassismus! Worin unterscheidet sich dieser von den Amerikanern, die erklärten, dass sie den Nahen Osten in den Farben des amerikanischen Lebensstils erleuchten lassen würden?

Die Führer des WSF spielen mit Begriffen, um ihren wahren Standpunkt zu verschleiern, denn dieser fügt sich den Slogans der amerikanischen Administration vom „Krieg gegen den Terror“. Und wenn sie den Widerstand als Terror bezeichnen, rechtfertigen sie damit die amerikanische imperialistische Aggression gegen mehr als nur ein Land. Sie leugnen das Recht der Völker, aggressiven Armeen, die über ihre Länder herfallen, Widerstand zu leisten und einen Befreiungskampf zu führen. Wir wissen sehr wohl, dass die Führer des WSF mit kapitalistischen Kreisen und Institutionen in ungebrochener Eintracht verbunden sind. (...)

Um den Imperialismus tatsächlich

anzugreifen und die Völker, welche die imperialistische Verfolgung, Hegemonie und Ausbeutung erleiden, zu unterstützen, gibt es keine andere Alternative für ernst zu nehmende antiimperialistische Organisationen, als die Reihen in einem neuen internationalen Rahmen – fernab vom WSF – zu schließen.

Verehrtes Publikum, im Zusammenhang des Gesagten sehen wir die außerordentliche Wichtigkeit dieser Konferenz, die einen gewaltigen, ernst zu nehmenden und mutigen Schritt darstellt, um den Boykott gegen den nationalen Widerstand im Irak zu zerschlagen. Wir hoffen, dass dies der Beginn eines Vereinigungsprozesses der antiimperialistischen Kräfte auf der ganzen Welt ist, auf dem Weg zum Aufbau einer internationalen Einheitsfront gegen den Imperialismus.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz auf die Voraussetzungen für den Sieg über die Besatzer eingehen. Wichtigste Voraussetzung, um die Besatzung zu Fall zu bringen, ist die Ausdehnung des totalen, anhaltenden und organisierten Widerstands auf das gesamte irakische Territorium und die Fortführung der Bildung eines vereinten nationalen Rahmens für alle bewaffneten Widerstandsfractionen und für alle politischen Kräfte, die gegen die Besatzung sind.

Eine weitere Voraussetzung besteht darin, die personellen wie auch die wirtschaftlichen Ressourcen des Feindes anhaltend und schwer zu treffen, sodass die amerikanische Gesellschaft die Situation nicht länger dulden wird. Auch die Bemühungen, den Widerstand auf andere Länder in der Region auszuweiten, werden entscheidend daran mitwirken, die Besatzer und die pro-amerikanischen Regimes in Verwirrung zu stürzen. Dies wird eine existentielle Bedrohung für die amerikanischen Interessen und für die unterdrückerischen und korrupten Regimes in der ganzen Region darstellen.

Die Ausweitung der internationalen Unterstützung für den Widerstand und die größtmögliche Verbreitung der Wahrheit über die Verbrechen der Besatzer wird dazu führen, dass sie

noch mehr in die Enge getrieben werden, ihre Glaubwürdigkeit weiter verfällt und ihr Kampfgeist geschwächt wird. All dies wird ihren Zusammenbruch und ihre Niederlage beschleunigen.

Abdul Jabbar al-Kubaysi

Übersetzung: Farah Abu Jurji und Elisabeth Lindner-Riegler

Abdul Jabbar al-Kubaysi ist Generalsekretär der *Irakischen Patriotischen Allianz* (IPA) und Sprecher der *Patriotic National Islamic Front*, die als politische Vertretung der irakischen Widerstandsbewegung gilt. Er wurde im September 2004 von der US-Armee gekidnappt und bis Dezember 2005 in Isolationshaft festgehalten.



„Scheitern des politischen Prozesses stärkt al-Qa'ida“

Interview mit Abduljabbar al-Kubaysi, einer einflussreichen politischen Persönlichkeit des irakischen Widerstands und Generalsekretär der Irakischen Patriotischen Allianz

Heute sprechen die Medien nur mehr über den konfessionellen Bürgerkrieg im Irak. Was ist da dran?

Tatsächlich provozieren die US-Besatzer und die von ihnen eingesetzte Regierung einen solchen Bürgerkrieg entlang religiöser Linien. Auch die Iraner sind daran interessiert, weil sie ebenfalls die Errichtung eines föderalen Teilstaates im Süden des Iraks im Auge haben. Ziel ist es, Sunniten, Christen und Mandäer zu vertreiben und eine rein schiitische Zone im Süden bis einschließlich Bagdad zu schaffen. Darum auch die Heftigkeit der konfessionellen Attacken in der alles entscheidenden Hauptstadt. Dann ist da noch das Bündnis mit den Kurden im Norden. Auf diese Weise glauben sie den Irak unter ihre Kontrolle bekommen zu können.

Es gibt ausreichend Beweise dafür, dass die USA, ihre lokalen Verbündeten und der Iran die eigentliche Quelle der Gewalt sind. Immer wenn Bomben ferngezündet werden und gezielt Zivilisten töten, kann man davon ausgehen, dass die USA und ihre Verbündeten die Finger im Spiel haben.

Anfangs versuchten die Medien am Ort des Geschehens Augenzeugen zu befragen. Immer wieder kam zu Tage, dass sich niemand selbst in die Luft gesprengt hatte. Nun wird alles abgesperrt und jeder Zugang unterbunden. Man will, dass die Massaker Kämpfern des Widerstands in die Schuhe geschoben werden.

Diese Ausrichtung der Machthaber zeigt sich an tausenden kleinen Beispielen. So wurden im Bagdader Bezirk Adhamiya der Name einer wichtigen Straße über Nacht geändert. Statt einer sunnitischen religiösen Figur wird nun eine schiitische geehrt. Es war die schiitische Gemeinde von Adhamiya selbst, die den alten Namen wieder herstellte, mit dem Er-

gebnis, dass in der Folge die Schilder abermals unter dem Schutz US-amerikanischer Hummer ausgewechselt wurden.

Allerdings gelang es bis jetzt nicht die sunnitisch-schiitische Spaltung bis in die Tiefe des Volkes zu tragen. In den großen Städten mag es da und dort gelingen, extrem arme und ungebildete Elemente aufzuhetzen, aber im Großen und Ganzen bleibt das arabisch-irakische Nationalbewusstsein dominant. Der Streit vollzieht sich vor allem auf der Ebene der offiziellen Politik. Die sunnitische Islamische Partei, verbündet mit den USA, streitet mit dem schiitischen Block, verbündet mit den USA und dem Iran, und umgekehrt.

Schauen Sie zum Beispiel nach Najaf. Die schiitischen Ayatollahs arabischer Herkunft sprechen sich nach wie vor für die nationale Einheit und gegen die Besatzung aus. Oder nehmen wir das Beispiel der Provinz Diala, die halb schiitisch, halb sunnitisch ist und trotzdem als Hochburg des Widerstands gilt. Zwei große schiitische Stämme, al-Buhishma und die Anhänger Ayatollahs Abdul Karim al-Mudheris beteiligen sich am Widerstand. Der Sohn des Ayatollahs fiel im Kampf als Kommandant eines Stammeskontingents. In der Provinzhauptstadt Baquba sind Säuberungen nach dem Vorbild von Basra, wo die Sunniten vertrieben werden, oder von Amara, wo die Mandäer vertrieben werden, nicht denkbar. Natürlich greift der Widerstand nicht nur die US-Armee an, sondern auch die schiitischen Parteien und Milizen einschließlich der Mahdi-Armee, die sich am politischen Prozess beteiligen, sowie auch iranische Kräfte. Aber von Angriffen auf Zivilisten auf Basis ihrer Konfession hört man nichts.

Ein anderes Beispiel ist Tal Afar im

Nordwesten nahe Mosul. Fünfzig bis Siebzig Prozent der Bevölkerung sind Schiiten, aber dennoch gilt es als eine der Hochburgen des Widerstands.

Im Irak leben große Stämme, deren Angehörige sich über das ganze Land verteilen und beiden Konfessionen angehören. Der Jiburi-Stamm kann zwischen Nasseria und Mosul angetroffen werden. Auch der Shamari- und der Azuwi-Stamm sind multi-konfessionell, so wie die meisten anderen und die interreligiösen Heiraten haben nicht aufgehört.

Anfangs setzten die USA alles auf die schiitische Karte, später wurden sie sich ihres Einflussverlustes bewusst. Sie adaptieren ihre Strategie unter dem Namen "redirection" mit dem Ziel, sunnitische Kräfte und Teile des Widerstands am politischen Prozess zu beteiligen. Haben diese Versuche Ergebnisse gezeigt?

Die USA haben irgendwann einmal bemerkt, dass ihre Verbündeten vor allem dem Iran gegenüber loyal sind. So befinden sich heute 13 Offiziere der iranischen Armee als Abgeordnete im Parlament. Im früheren „Regierungsrat“ gab es von 25 Mitgliedern nur sechs Araber beider Konfessionen. Acht waren Angehörige irakischer Minderheiten. Die Mehrheit stellten also wirkliche Ausländer. Die Hakim-Familie stammt beispielsweise aus Isfahan und noch vor einigen Jahren nannte sie sich al-Isfahani.

Die Neokonservativen haben das Modell der ethnischen und religiösen Teilung entwickelt. Sie wollten eine Herrschaft der Schiiten, die im Bezug auf die gesamte arabische Welt eine Minderheit repräsentieren, die man glaubte besser steuern zu können.

Ursprünglich wollten die USA ihren Feldzug bis nach Damaskus fortsetzen und dort die sunnitische Moslembrüderschaft an die Macht bringen. Damaskus wäre dann hinter den irakischen Sunniten, Teheran hinter den irakischen Schiiten gestanden. Statt des Kampfes gegen den Imperialismus

hätte sich der Krieg auf konfessioneller Basis vielleicht für Jahrzehnte fortgesetzt. Aber der irakische Widerstand durchkreuzte diese Pläne.

Schnell erkannten die USA, dass sie dem Widerstand allein mit militärischen Mitteln nicht Herr werden konnten. Das ist der tiefere Grund für den Strategiewechsel. Sie initiierten den politischen Prozess und kooptierten die sunnitische Islamische Partei. Sie versuchten so den See trocken zu legen, in dem sich die Organisationen des Widerstands wie Fische bewegen. Aber schnell verlor die Islamische Partei ihren Einfluss und ihre Führer mussten in die Grüne Zone oder ins Ausland flüchten.

Die USA erkannten auch, dass die Iraner den Staatsapparat stärker durchdrungen hatten, als es die von ihnen definierten Spielregeln vorsehen hätten. Sie änderten ihre Strategie auch um diesen Kollateralschaden zu begrenzen.

Wie stellt sich die aktuelle Situation des Widerstandes auf militärischer und politischer Ebene dar?

Der Widerstand gewinnt nach wie vor an Stärke. Man begann mit ein paar Tausend Kämpfern. Heute sind es mehr als hundert tausend. Auch ihre Kampfkraft steigerte sich. Mittlerweile konnte die irakische Armee und Polizei infiltriert werden und selbst im Umfeld der US-Armee werden Informationen zusammengetragen. Das gesamte System des Widerstands umfasst vielleicht vierhundert tausend Mann.

Die US-Armee und ihre Alliierten zeigen Zeichen der Demoralisierung. Während der Widerstand um die Befreiung seines Landes kämpft, geht es den feindlichen Soldaten einzig ums Geld. Sie werden zunehmend barbarisch, insbesondere die Söldner. Selbst die Erhöhung des Truppenstandes von US-Armee, irakischer Armee, Söldnern, Milizen zusammengenommen auf rund eine Million wird nicht helfen.

Betrachten wir die vom Pentagon eingestandenen Verlustzahlen, die selbstverständlich geschönt sind. Lassen wir die Monate spezieller Operationen wie gegen Falluja oder Tal Afar

außer Acht, so zeigt sich eine klare Tendenz. Anfangs wurden rund fünfzig GIs monatlich getötet, später wuchs die Zahl auf achtzig und jetzt befinden wir uns bei rund hundert pro Monat.

Der Widerstand ist eine echte Volksbewegung geworden, eine Kultur, die das Volk erfasst hat. Jeder leistet seinen Beitrag. Die Tatsache, dass uns keine einzige Regierung hilft, hat auch ihre guten Seiten. Würden sie zahlen, so schliche sich hinter der typischen arabischen Fassade unweigerlich auch Korruption ein. Aber heute gibt es keine Ausreden. Die Menschen sind selbst verantwortlich sich zu organisieren, Geld zu sammeln, die Ausbildung zu organisieren und Angriffe zu planen.

Auch politisch gibt es Fortschritte. Die anfänglich hunderten Gruppen haben sich zu acht wesentlichen Formationen zusammengeschlossen. Was bisher noch nicht erreicht werden konnte, ist ein vereinigtes politisches Kommando.

Es gibt immer wieder Berichte von Zusammenstößen zwischen dem Widerstand und al-Qa'ida. Welche Beziehungen hat der Widerstand zu den salafitischen und takfritischen Gruppen? ¹

Erinnern wir uns daran, wie der Westen anfangs den Widerstand als von ausländischen Kräften und Anhängern des alten Regimes geführt denunzierte. Sie wollten damit ausdrücken, dass der Widerstand keine Unterstützung im Volk hätte. Tatsächlich entwickelte sich der Widerstand aus dem Volk heraus mit dem Ziel der Verteidigung der eigenen Identität gegen die unglaublichen Provokationen des amerikanischen Neokolonialismus. Weder ausländische Kämpfer noch Ba'histen waren die Triebkräfte beim Beginn des Widerstands.

Es war Saddam selbst, der wesentlich dazu beitrug, die Ba'histen zum Widerstand zu bringen. Er versteckte sich keineswegs um sein nacktes Leben zu retten, wie vielfach berichtet wur-

de. Nein, er bewegte sich von Stadt zu Stadt um Scheichs und Offiziere etc. zu kontaktieren. Er wies seine Leute an, sein Konterfei nicht als Symbol zu verwenden, sondern die Nation und den Islam in den Vordergrund zu stellen. Erst in den folgenden Monaten konnten sich die Ba'histen als Partei reorganisieren. Aus der Sicht des Widerstands war es ein großes Glück, dass Saddam so lange nicht gefasst werden konnte.

Was al-Qa'ida betrifft, so gab es so etwas in den ersten beiden Jahren gar nicht. Selbst die Amerikaner sprachen vor allem von ausländischen Kämpfern, die in erster Linie über Syrien ins Land kommen würden. Sie versuchten einen Vorwand für einen Angriff auf Syrien zu schaffen, obwohl Damaskus gar nichts zur Unterstützung des Widerstands betrug. Im Gegenteil, zumindest in den ersten Monaten überfüllte Damaskus die aus Washington kommenden Forderungen um eine Aggression abzuwenden.

In den ersten Jahren handelte es sich vielleicht um tausend bis tausend fünfhundert Kämpfer, sowohl ausländischer als auch irakischer Provenienz. Ihre militärische Aktivität blieb beschränkten Umfangs. Übernahmen sie in diesem Zeitraum für etwa achthundert Angriffe die Verantwortung, so führte der Widerstand die gleiche Zahl an Angriffen pro Woche durch.

Später gewannen sie immer mehr an Unterstützung und dieser Prozess setzt sich weiter fort. Ihre großen finanziellen Ressourcen verprassten sie nicht, sondern sie führen ein sehr spartanisches Leben. Alles wird dem Kampf geopfert und untergeordnet – ein Verhalten, dass große Anziehungskraft ausübt. Die meisten Jugendlichen schließen sich ihnen nicht aufgrund ihrer Ideologie an, sondern weil sie ihnen einen Platz im Kampf bieten.

Im Nahen Osten braucht man keine Bücher zu schreiben, um die Menschen zu überzeugen. Wenn dein persönliches Leben mit den von dir proklamierten Zielen übereinstimmt, so wird die Botschaft ihre Wirkung nicht verfehlen.

Der von den USA eingeleitete poli-

¹ Bewaffnete sunnitische Gruppen, die alle, die sich nicht an ihrem Kampf beteiligen, als Ungläubige betrachten.

tische Prozess stärkte in letzter Konsequenz al-Qa'ida. Diejenigen, die dem Ruf der Amerikaner in den politischen Prozess folgten, argumentierten, dass sonst der Iran die Kontrolle übernehmen würde. Nachdem man diese Gefahr abgewendet habe, könnte man dann auch die Amerikaner hinauswerfen. Natürlich scheiterten sie alle. Al-Qa'ida hatte und hat indes eine sehr klare und einfache Botschaft: Nur der fortgesetzte bewaffnete Kampf kann etwas gegen die Besatzung ausrichten. Die Realität bestätigt diese Botschaft.

Al-Qa'ida bot einigen Widerstand leistenden religiösen Stämmen Geld, das diese für ihren Kampf gut gebrauchen konnten. So konnten sie eine Koalition aus sechs Gruppen bilden, fünf lokalen in Ramadi, Falluja, Haditha etc. sowie al-Qa'ida, unter dem Namen Schura-Rat der Mudschahedin. Das bedeutete einen großen Schritt vorwärts für sie. Bis heute kämpfen sie unter diesem Namen, und nicht als al-Qa'ida.

Während sie über große materielle Ressourcen und Versorgung von außen verfügen, bleiben die anderen Gruppen des Widerstands völlig auf sich allein gestellt. Heute können wir sagen, dass al-Qa'ida vielleicht die stärkste Organisation des Widerstands ist. Sie marschieren getrennt von allen anderen, trotzdem gibt es lokale militärische Kooperation in der Verteidigung gegen die Besatzer.

Der Islam ist eine Waffe um die Menschen zum Aufstand zu bewegen. Die islamische Geschichte, die islamischen Vorbilder, die islamische Kultur wird dazu benutzt, um die Menschen in den Kampf zu stoßen, denn sie betrachten den Islam als ihre Identität. Der Koran fordert die Muslime zum Dschihad auf, wenn islamisches Land von außen angegriffen wird. Dass bewaffneter Widerstand zur religiösen Pflicht wird wie Fasten und Beten, ist in der öffentlichen Meinung völlig unbestritten.

Alle Widerstandsgruppen, einerlei ob islamisch oder nicht, müssen auf diese Stimmung Rücksicht nehmen und sich ihrer bedienen. Nehmen wir beispielsweise die Stellungnahmen der Ba'th-Partei und von Izzat al-Dur-

ri persönlich. Nach seinem Duktus würde man annehmen, dass es sich um einen extremen Islamisten handelt. Aber die Verwendung dieser Sprache heißt nicht, dass alle zu Islamisten geworden sind.

In dieser islamischen Stimmung verhalten die marxistischen oder rein nationalistischen Aufrufe praktisch ungehört. Die Jugend ist vom Islam angezogen. Das hilft indirekt al-Qa'ida. Wer ihr beitrifft, denkt nicht etwas Abnormales zu tun, sondern im Gegenteil nur konsequent zu handeln.

Aber was ist mit den konfessionellen Angriffen. Trägt nicht al-Qa'ida zumindest Teilschuld?

Die gesamte Verantwortung tragen die Regierung sowohl in ihrer schiitischen als auch in ihrer sunnitischen Komponente, die USA, Israel und der Iran. Ziehen Sie 95 % von den al-Qa'ida zugeschriebenen Angriffen ab. Über die 5 %, die verbleiben, hört man nur die Hälfte der Wahrheit. Manchmal vergilt al-Qa'ida Angriffe der Regierung oder der Milizen, in dem schiitischen Viertel attackiert werden. Sie wollen den Sunniten damit zeigen, dass sie sie verteidigen und dass sie nicht flüchten sollen. Sie wollen damit die Pläne zur Vertreibung der Sunniten aus Bagdad durchkreuzen.

Dabei handelt es sich aber keineswegs um eine Strategie, sondern um einige wenige Reaktionen auf große Massaker. Außerdem bekennt sich al-Qa'ida immer zu ihren Angriffen. Sie richten eine Botschaft an die Vernünftigen unter den Schiiten: Beendet die Verbrechen, die in eurem Namen begangen werden, ansonsten werdet ihr die Verantwortung dafür tragen müssen. Wir sind fähig mit zehnfacher Kraft zurückzuschlagen.

Ich will dieses Herangehen nicht verteidigen, ich möchte aber die verzerrten Fakten richtig stellen.

Es gibt ein weiteres eindringliches Beispiel. So wie der gesamte Widerstand begann auch al-Qa'ida in Falluja. Obwohl es eine zu 100 % sunnitische Stadt ist, flohen nach Beginn der Besatzung rund 12 000 schiitische Familien aus dem Süden nach Falluja, da sie verdächtigt wurden Ba'thisten zu

sein. Sie wurden aufgenommen und von der Bevölkerung versorgt, denn man betrachtete sie als dem Widerstand nahe stehend. Bis heute befinden sich rund 20 000 schiitische Flüchtlinge in Falluja und ihnen wurde bis heute kein Haar gekrümmt, nicht einmal von al-Qa'ida. Es gibt in Falluja zwischen den verschiedenen Gruppen des Widerstands natürlich Konflikte um Einfluss, aber eben nicht auf konfessioneller Basis.

Vor zwei Jahren gründeten Sie die Patriotische Islamische Nationale Front, welche die Ba'th-Partei, die Irakische Kommunistische Partei (Zentralkommando) und die Irakische Patriotische Allianz u.a. umfasst. Es gibt einige religiöse Würdenträger beider Konfessionen, welche die Front unterstützen, aber die großen sunnitischen militärischen Formationen des Widerstands scheinen nicht vertreten zu sein. Ist die Zeit für eine solche Front noch nicht reif?

Wir sind eine ausschließlich politische und keine militärische Front. Das heißt nicht, dass es keine Beziehungen gäbe, aber wir beschränken uns strikt auf die politische Sphäre. Die heute dominanten militärischen Organisationen entstanden aus dem bewaffneten Kampf von unten und haben keine politische Vertretung. Wir sind auch nicht daran interessiert, die eine Gruppe hier, den anderen Führer dort zu rekrutieren. Wir suchen den umfassenden Dialog mit allen Widerstandsgruppen auf Basis des Vorschlags ein vereinigtes politisches Kommando gegen den so genannten politischen Prozess der Amerikaner zu gründen. Vielleicht funktioniert es anders herum. Die militärischen Gruppen bilden eine Koordination und wir beteiligen uns daran. Uns geht es nicht darum uns zu beweisen, sondern die politische Vereinigung zustande zu bringen.

Immer, wenn wir glaubten, knapp vor dem Ziel zu sein, ereignete sich etwas, was den Fortschritt zunichte machte. Dahinter stehen der Einfluss und die Einmischung der benachbarten arabischen Regime.

Was al-Qa'ida betrifft, so bleiben sie immer separat und wollen in ei-

nen solchen Prozess nicht integriert werden.

In all den Jahren des Widerstands gab es immer das Problem des zwiespältigen Verhaltens der Bewegung von Muqtada al-Sadr, der auf der einen Seite zur Hauptstütze der Regierung und treibende Kraft der konfessionellen Angriffe wurde, auf der anderen Seite sich aber gegen die Besatzung, gegen die von den USA oktroyierte föderale Verfassung und selbst gegen den konfessionellen Konflikt aussprach. Können zumindest Teile seiner Bewegung auf die Seite des Widerstands gezogen werden?

Anders als die meisten unserer Freunde betonte ich immer, dass Muqtadas Bewegung sehr breit ist und viele Ba'histen, Marxisten und Nationalisten ihr zum Schutz vor den iranischen Milizen beitraten. Vielleicht stammt die Hälfte aus einem anderen politischen Umfeld, die keine traditionellen Anhänger seiner Kleriker-Familie waren. Welche Fehler er auch begehen würde, man konnte darauf hoffen, dass diese Leute sie korrigieren könnten oder dass man zumindest mit einigen kooperieren könnte. Außerdem sind die Masse seiner Anhänger extrem arm und stützen sich nicht, anders als die anderen schiitischen Parteien, auf wohlhabende Händler, die sich an einem Tag gegen die Besatzung aussprechen und am nächsten mit dieser profitable Verträge unterzeichnen. Die Opposition seiner Basis gegen die Besatzung ist echt.

Ich glaube, dass Muqtada letztendlich von seinen Verbündeten Iran, vor allem Ayatollah Kazem Haeri, der der Nachfolger seines Onkels ist, und der libanesischen Hizbullah zum Einlenken gedrängt, in einem gewissen Sinn sogar betrogen wurde. Das ist nicht zuletzt deswegen möglich, weil er jung, unerfahren und unreif ist. Dreimal wurde er von Hizbullah-Abgesandten besucht, die ihm einredeten, er solle ihrer Linie im Libanon folgen, am politischen Prozess teilnehmen, zu den Parlamentswahlen kandidieren, Positionen im Staatsapparat und vor allem in der Armee einnehmen und so den Aufbau einer starken Partei ermöglichen. Sonst würde al-Hakim das Spiel

machen und auf Basis dieser Ressourcen die Überhand behalten. Darum kandidierte seine Bewegung auf der Liste seines Erzfeindes Hakim.

Jeder weiß, dass sein Vater auf Befehl von Hakim ermordet wurde, obwohl offiziell Saddam beschuldigt wird. Anfangs griff Muqtada die gesamte Gruppe einschließlich Ayatollah al-Sistani für ihre Kooperation mit den USA auch heftig an. Er bezeichnete sie sogar als Ungläubige. Darum konspirierte diese mit dem Statthalter Bremer um ihn zu töten. Tatsächlich griffen ihn die USA auch heftig an. Unter diesem Druck gab er schließlich nach, denn er fürchtete die Auslöschung seiner Bewegung.

Heute sind seine Behauptungen, er sei gegen die Verfassung oder gar Besatzung, schlicht nicht wahr. Er ist voll in den politischen Prozess involviert. Er stellt 32 Parlamentarier und sechs Minister, alles im Dienste der Besatzung.

Dann drängten sie ihn zu den Angriffen auf die Sunniten mit dem Ziel eines schiitischen Mahdi-Staates. An diesem Punkt verließen viele seiner Anhänger die Bewegung, während sich um einen tiefgreifenden Prozess der Umwandlung. Mittlerweile haben auch die iranischen Revolutionsgarden seine Miliz durchgesetzt und stellen vielleicht die Hälfte der Truppe.

Bis 2004 stand Muqtada auf der richtigen Seite. Er kam zum Beispiel aus Solidarität nach Falluja. Aber nach den Schlägen 2005 wechselte er die Seite, so dass es höchst unwahrscheinlich geworden ist, dass er für den Widerstand gewonnen werden kann. Manchmal spricht er gegen die Angriffe auf Sunniten, muss aber gleichzeitig zugeben, dass seine Leute daran beteiligt sind. Er entließ deswegen sogar drei seiner Führer. Armut und Unbildung sind ein zweischneidiges Schwert. Wenn du armen und ungebildeten Leuten Waffen und Geld gibst, wenn du sie stark machst, können sie versuchen die Zügel in die eigenen Hände zu nehmen. Muqtada hat teilweise die Kontrolle über seine Milizen verloren, die sich wie Mafia-banditen verhalten und auf ihre eigene

Rechnung morden.

Es gibt immer wieder Berichte über schiitische Stämme, die gegen die Regierungstruppen kämpfen. Können Sie dieses Phänomen erklären?

Anfangs verfolgten und töteten iranische Milizen im Süden und Osten ehemalige Offiziere und bezichtigten alle ihre Feinde Ba'histen zu sein.

Trotz ihrer Zugehörigkeit zu Stämmen, getrauten sich diese nicht ihre Mitglieder zu verteidigen. Mit dem Zusammenbruch der staatlichen Strukturen gewannen die Stämme aber an Einfluss und Macht. Heute können sie die Ermordung ihrer Mitglieder durch Stammesfremde nicht mehr hinnehmen und leisten Widerstand. Es gibt viele Beispiele, die die Veränderung des Klimas zeigen. Erst vor kurzem kam es bei Shuk al-Shuyuk im Süden zu einer zweitägigen Schlacht, nachdem proiranische Milizen einen früheren Offizier festnehmen wollten. Hunderte griffen zu den Waffen. Er wurde nicht gefangengenommen, sondern fiel im Kampf. Ergebnis sind verschobene Kräfteverhältnisse und sein Stamm bildete mit anderen eine Art Beistandspakt gegen die Regierungskräfte einschließlich der Mahdi-Armee. Bis auf Weiteres bleibt das Phänomen aber lokal beschränkt und erreicht nicht die politische Ebene.

Es gibt einen anderen wichtigen kulturellen Faktor. Die Milizen bringen für die Stämme inakzeptable Verhaltensweisen mit. Unter dem Deckmantel der schiitischen Mutha-Ehe² importieren sie Prostitution. Und sie verbreiten den Gebrauch von Hasisch.

Bekommen Sie internationale Unterstützung?

Wir werden von arabischen Politikern zur Selbstinszenierung missbraucht, die uns trotz aller Worte keine wirkliche Unterstützung zukommen lassen. Sie sprechen in Fünf-Sterne-Hotels und auf den Satellitenkanälen gegen die Besatzung und von den amerikanischen Verbrechen. Das ist alles.

² Form der Kurzzeit-Ehe bei den Schiiten.

Aufruf der arabischen Welt, den Widerstand zu unterstützen

Kairo-Konferenz: Antiimperialisten, Islamisten und panarabische Linke treffen sich in Ägypten

Die jährliche Kairo-Konferenz fand heuer im Zentrum Kairos, im Gebäude der Vereinigung der Journalisten, vom 29. März bis 1. April 2007 statt. Die Konferenz und das parallel dazu abgehaltene Ägyptische Sozialforum waren, im Gegensatz zu vielen ähnlichen Treffen der westlich – und besonders europäisch – dominierten Sozialforen, von einer starken und expliziten Stimme für die Unterstützung des Widerstands im Libanon, Irak und in Palästina geprägt. Aber es gibt nicht nur gute Nachrichten. Abgesehen davon, dass die Konferenz Zeugnis für die breite und populäre Unterstützung des Widerstands ablegte, trug sie in sich bereits Anzeichen wachsender Spannungen innerhalb der arabischen Bewegungen für den Widerstand.

Die Konferenzen in Kairo – nach der Kairo-Konferenz fand die *All Arab Peoples' Resistance Conference* statt – scheinen immer klare Vorboten kommender Erfolge und Probleme, Schwierigkeiten und möglicher Spaltungen, die auf die den Widerstand unterstützenden Kräfte zukommen werden, zu sein. Dieses Jahr dominierte die tiefe Uneinigkeit der Widerstandsbewegungen über die Rolle des Iran alle anderen politischen Diskussionen. Auch Debatten über die Beziehung zur palästinensischen Regierung nach dem Abkommen von Mekka, die Allianz zwischen Islamisten und linken Kräften sowie das Verhältnis zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Widerstand gegen den Imperialismus, besonders in Ägypten, fanden statt. Die Standpunkte dieser Diskussionen konnten zwischen den Zeilen oder in nuancierten unterschiedlichen Erklärungen eher gefunden werden als in kochenden Polemiken. Dennoch spielen sie eine wichtige Rolle in der Dynamik der antiimperialistischen Bewegung im Nahen Osten, ohne notwendigerweise deren Einheit zu be-

hindern.

Ein weiterer Schwachpunkt der Konferenz, die von der breiten Volkunterstützung für den Widerstand gekennzeichnet war, bestand darin, dass die Mehrheit der internationalen Delegierten zögerte, diesen Geist mit in ihre Heimatländer zu transportieren. Die Mehrheit der internationalen Vertreter verschiedener Antikriegsbewegungen (hauptsächlich aus Westeuropa, Kanada und Korea), von denen viele auch mit der Internationalen Sozialistischen Tendenz (IST) der britischen Sozialistischen Arbeiterpartei (socialistworker.co.uk) assoziiert waren, sprachen sich dagegen aus, die Unterstützung des Widerstands in westlichen Ländern auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bewegung sollte sich ihrer Meinung nach besser darauf konzentrieren Antikriegsarbeit zu machen und die Truppen nach Hause zu holen. Diese Debatte ist eine Wiederholung der Debatten die in den 1970ern in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg stattfanden. Ein Hauptargument der Debatte heute ist, dass die Solidaritätsbewegung damals keine klaren Positionen gegenüber der FNL und dem vietnamesischen Befreiungskampf einnehmen hätte sollen. Die Vertreter dieser Position argumentieren heute, dass die Antikriegsbewegung respektieren muss, dass die Mehrheit der Bewegung von Pazifisten und anderen Kräften, die den bewaffneten Widerstand nicht unterstützen wollen, gestellt wird. Dabei übersehen sie jedoch, dass in der Bewegung jene Kräfte, die den Widerstand offen unterstützen, von einer Minderheit in vielen westlichen Ländern zu einer Mehrheit werden könnten.

Der neue Fokus der Internationalen Sozialistischen Tendenz auf die Kriegsdrohungen gegen den Iran scheint deren Aufmerksamkeit vom Irak und dem Widerstand des ara-

bischen Volkes abzuziehen. Während es zwar notwendig ist, gegen die amerikanischen Kriegsdrohungen gegen den Irak zu mobilisieren, sollten wir weder die Besatzung in Palästina oder im Irak, noch den Kampf gegen die amerikanische und israelische Hegemonie im Libanon vergessen.

Ein klares Auftreten der arabischen Welt ist nötig, um das Zögern der Bewegung im Westen zu überwinden, den Widerstand nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zu unterstützen. Unter den prominentesten, die einen solchen Aufruf machten, ist die Hizbullah, die nach einer Konferenz von ihr und ihren Verbündeten im Libanon im November 2006 nun versucht, die antiimperialistische Bewegung der Welt für einen internationalen Aktionstag am 12. Juli 2007 zu gewinnen. Dieser Aufruf muss aufgegriffen und von den standhaften Teilen der westlichen Antikriegsbewegungen umgesetzt werden. Das Verständnis seitens der Hizbullah für die Notwendigkeit sich auf den Widerstand zu verlassen und gleichzeitig internationale Unterstützung zu sammeln ist klarer, als einerseits das Herangehen der Kairo-Konferenz selbst, die sich damit zufrieden zu geben scheint Koordinationen, welcher Natur auch immer, mit westlichen Bewegungen einzugehen, und andererseits einiger prinzipientreuen Panarabisten, welche die Rolle der Solidaritätsbewegungen im Westen vollständig ignorieren.

Die Diskussionen über den Iran

Auf der Kairo-Konferenz war von Anfang an klar, dass das Thema Iran ein heißes Eisen sein würde. Auf der Eröffnungsveranstaltung verließ der irakische Vertreter (ein irakischer Ba'athist, der in Ägypten lebt) die Konferenz, aufgrund der Unterstützung der ägyptischen Sprecher für das Atomprogramm des Iran und gegen die ame-

rikanischen Kriegspläne. Solche den Iran unterstützenden Positionen wurden unter anderem von Hamadan Sabahi von der Karama-Partei und Akif von der Muslimbruderschaft ausgedrückt.

Wir können in der Diskussion um die Rolle des Iran drei Hauptpositionen unterscheiden. Die erste ist die Position, die sich am prominentesten in den Worten der Hizbullah wiederfindet, aber auch von anderen Gruppen geteilt wird (besonders in Syrien und im Libanon), nämlich dass der Iran die Hauptströmung und das Hauptprojekt des Widerstands in der

des Widerstands begreifen sollten und darüber hinaus in unterschiedlichem Ausmaß die iranische Rolle im Irak kritisieren müssten.

Die dritte Position ist jene der Ba'ath-Partei, welche die Rolle des Irans im Irak mit jener der Amerikaner gleichsetzt. Dies ist de facto eine sektierische Position, versteckt in panarabistischer Propaganda, die sich nicht nur gegen den Iran richtet, sondern auch gegen die schiitische Mehrheit im Irak. In dieser Position spiegelt sich auch die ba'athistische Version des Republikanismus wider, der in Wirklichkeit den Ausschluss der schiitischen

Beweis der amerikanischen Erfolge auf diesem Gebiet.

Die Hexenjagd auf Schiiten erwies sich als die Hauptkarte der reaktionären arabischen Regime während des Libanon-Krieges 2006, um eine Entschuldigung dafür zu präsentieren zu können, den Kampf der Hizbullah nicht zu unterstützen. Antiimperialisten müssen jeglichen Versuch der USA bekämpfen, den Widerstand zu spalten. Gleichzeitig ist die iranische Rolle im Irak in erster Linie negativ. Dieses Katz-und-Maus-Spiel weiterzuführen ist auf lange Sicht nicht im Interesse des Iran, wenn der Staat nicht in die Hände der US-Hegemonie in der Region fallen will. Die Solidaritätsbewegung sollte unnachgiebig den Iran gegen die USA unterstützen, inklusive seinem Recht darauf ein Nuklearprogramm zu entwickeln. Insbesondere sollte sie die antiimperialistischeren Strömungen innerhalb des iranischen Regimes unterstützen. Aber gleichzeitig müssen die Antiimperialisten ernsthaft den iranischen Staat kritisieren, wann immer er sich dazu entschließt mit den USA Kompromisse einzugehen, sei es im Irak oder anderswo. Die iranische Rolle im Irak wird immer gefährlicher, da die USA, ohne eine andere Wahl zu haben, darauf zurückgreifen mit konfessionellen Spannungen zu spielen, um sich ihre Hegemonie zu sichern.

Aber so wie die Kritik am Iran ehrlich und konkret sein muss, so müssen die Antiimperialisten und die Solidaritätsbewegung auch die iranische Hilfe für den Widerstand im Libanon und Palästina unterstützen.

Die Position zum Mekka-Abkommen

Ein verschleierter aber vorhandener Widerspruch ist die Position zur Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) und zum Mekka-Abkommen. Die Kairo-Konferenz nahm eine in gewisser Weise positive Haltung zur Regierung der Nationalen Einheit, oder zumindest dem Teil, den die Hamas stellte, ein. Hamas war auch als einer der Hauptsprecher zur Konferenz eingeladen. Es scheint jedoch klar zu sein, dass wir nicht länger von einer „Regie-



Region sei und dass die Kräfte des Widerstands in dieselbe Bresche wie der Iran schlagen sollten.

Die zweite Position ist die Meinung der Mehrheit der arabischen Bevölkerungen, nämlich dass die Kräfte der Widerstands im Allgemeinen den Iran gegen die USA unterstützen, jedoch den Iran selbst nicht als Teil

politischen Gemeinschaft bedeutet, egal wie gleichgestellt sie formal auch immer sei.

Außerdem ist dies die gefährlichste Position, da sie Versuche der Amerikaner reflektiert, die Widerstandskräfte zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Die Eskalation dieses erhitzten Antagonismus ist der beste

zung des Widerstands“ sprechen können, was eventuell während der ersten Monate unter der Alleinherrschaft der Hamas in Palästina möglich gewesen wäre. Auf der anderen Seite haben der Dschihad und die PFLP sich dazu entschlossen, nicht an dem Abkommen teilzunehmen, und vor den Ergebnissen von Mekka gewarnt.

Falls der Dschihad und die PFLP zusammen finden würden, wäre das positiv. Die Möglichkeit, dass die Hamas eine neue Fatah wird, ist nicht auszuschließen. In dieser Diskussion finden wir auch die Frage nach der Natur der PNA selbst wieder. Manche rufen dazu auf, die Behörde aufzulösen, mit dem Argument, dass diese nur eine Struktur der Unterordnung unter die Besatzung sei. Solche Standpunkte sollten in Betracht gezogen werden. Allerdings gilt es darauf hinzuweisen, dass selbst wenn dies im Prinzip korrekt sein mag, dennoch jede Widerstandsbewegung politische Strukturen benötigt. Die wichtigen Aufgaben der Solidaritätsbewegung bleiben weiterhin Unterstützung für und Legitimierung des Widerstands, sei es von der Hamas oder anderen Fraktionen, gegen den westlichen Boykott und die Blockade der palästinensischen Regierung.

Islamismus und die Linke

Eine immer präsente Diskussion für die Linke im Nahen Osten ist deren Beziehung zu den Islamisten. Die meisten der Kräfte für den Widerstand erkennen an, dass im Kampf gegen die Besatzung die Notwendigkeit besteht mit islamischen Widerstandsbewegungen wie der Hizbullah gemeinsam zu kämpfen. Ab hier jedoch herrscht Uneinigkeit. In Ägypten haben die Revolutionären Sozialisten (RS), welche zur IST gehören, die Position eingenommen, aktiv eine Allianz mit der Muslimbruderschaft zu fördern. Dies ist das Ergebnis einer langen Arbeit ihrerseits um dieses Ziel zu erreichen.¹ Andere Kräfte, wie die Karama-Partei (Nasseristen) tendieren dazu eher pragmatisch an die

se Frage heranzugehen. Zunächst sind sie natürlich für eine allgemeine Einheit mit allen, die in den Hauptfragen übereinstimmen. So schaffen sie sich Möglichkeiten der Einheit mit der Muslimbruderschaft zu bestimmten Fragen, besonders beim antiimperialistischen Kampf und dem Kampf gegen die Diktatur von Mubarak, während sie, was soziale Fragen betrifft, mit ihnen nicht übereinstimmen. Außerdem sehen sie Bewegungen wie Kifaya ebenfalls als ein mögliches Mittel an, die Muslimbruderschaft im Sinne einer offeneren Zusammenarbeit mit der Linken zu beeinflussen. Trotz kleinerer Differenzen untereinander war der Geist der Kairo-Konferenz positiv im Sinne des Aufrechterhaltens der Notwendigkeit der Einheit zwischen Islamisten und Linken gegen jeden, der als gemeinsamer Feind wahrgenommen wird.

Diese Position scheint lebendiger und potenter zu sein, als die traditionelle Position der ägyptischen Linken, inklusive kleiner linksradikaler Organisationen sowie der All-Arab People's Resistance Conference, deren dritte Gründungskonferenz dieses Jahr abgehalten worden war. Die ägyptischen Teilnehmer lehnten es aus prinzipiellen Gründen bei dieser Konferenz ab mit den ägyptischen Islamisten zu kooperieren.² Auch wenn die Taktik gegenüber den verschiedenen Organisationen variieren mag, so ist es doch schwierig zu verstehen, welche Vorteile die Selbstisolierung von einer der größten islamistischen Oppositionsbewegungen wie der Muslimbruderschaft für diese Kräfte bringt. Es ist wahr, dass die Bruderschaft manchmal eine opportunistische Rolle spielt und zwischen Freundschaft und Feindschaft mit den konsolidierteren antiimperialistischen Kräften schwankt. Dieses Muster konnte man bereits oft in Ägypten beobachten, was möglicherweise der Grund ist, warum die Linken in diesem Land besonders zögerlich sind, mit ihnen gemeinsame Bündnisse ein-

zugehen. Aber das sollte keine Entschuldigung dafür sein, dass sie im Kampf keine Einheit mit diesen Kräften zustande bringen.

Weiter zu einer Antiimperialistischen Front

Die Konferenzen, und besonders die Kairo-Konferenz, die jährlich in der ägyptischen Hauptstadt abgehalten wird, spielen eine wichtige Rolle im Aufbau eines Rahmens für eine antiimperialistische Front in der Region. Dadurch wird nach und nach eine Einheit zwischen Kräften des Widerstandes in der Region entwickelt, gleichzeitig wird aber auch die Notwendigkeit einer Solidaritätsbewegung in westlichen Ländern unterstrichen, die Notwendigkeit der Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes ebenso wie des demokratischen Kampfes gegen die US-Marionettendiktaturen in Ländern wie Ägypten und Saudi-Arabien.

Nichtsdestotrotz muss die sich ankündigende Bedrohung einer Spaltung der Widerstandsbewegung von allen Beteiligten Ernst genommen werden. Die fehlende irakische Teilnahme ist ein schwerwiegendes Problem, das Gefahr läuft die Legitimität der Konferenz in Teilen der arabischen Widerstandsbewegung zu gefährden. Gleichzeitig muss die Konferenz weitergehend klarstellen, was sie damit meint, wenn sie internationale Solidarität einfordert. Dies sollte nicht in den Grenzen eines Forums gefangen bleiben, in dem westliche Antikriegsbewegungen Widerstandskräfte treffen. Die Konferenz sollte einen Schritt weiter gehen, dem Beispiel der Hizbullah folgend, und einen klaren Aufruf und Forderung an die Antikriegsbewegungen in Europa und der westlichen Welt schicken, den Widerstand in Taten, nicht nur in Worten, zu unterstützen. Wenn diesen zwei Faktoren in einem positiven Sinn begegnet wird, könnte die Konferenz fähig sein, einen riesigen Fortschritt im Kampf für eine weltweite antiimperialistische Front zu erreichen.

Lars Akerhaug
20. April 2007, Kairo

¹ Hosai al-Hamalawy, *Comrades and Brothers*, Middle East Report 242

² siehe Interview mit Prof. Dr. Ashraf al-Bayumi auf S. 38

„Die Forderung nach Verfassungsänderungen ist der Höhepunkt der demokratischen Bewegung, nicht ihr Beginn“

Interview mit Prof. Dr. Ashraf el-Bayumi, Mitglied des Antikolonialistischen und Antizionistischen Komitees, Vizepräsident der Alexandrian Association for Human Rights Advocating

Sie sind seit vielen Jahren in der Oppositionsbewegung in Ägypten aktiv, sie haben in Kifaya mitgearbeitet und sie waren einer der Hauptorganisatoren der ersten Kairo-Konferenz, die im Dezember 2002 stattgefunden hat. Wie sehen Sie die Entwicklung der Oppositionsbewegung seit damals und im Besonderen jene von Kifaya?

Wir müssen uns die Frage stellen, was die Oppositionsbewegung heute ist. Vor der Invasion des Irak gab es einen Kern einer Bewegung und er war um die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak herum gruppiert. Es gab kleine Erfolge, wie beispielsweise im Jahr 2002, als wir eine Flugladung Nahrung in den Irak sandten, trotz der Restriktionen seitens der UNO. Das war eine symbolische Geste gegen die Sanktionen. Es gab viele Aktivitäten in den späten 1990ern und in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts, die versuchten, den Krieg gegen den Irak zu verhindern, die Sanktionen aufzuheben und gegen eine Normalisierung mit dem zionistischen Gebilde und für einen Boykott israelischer Güter und mancher symbolischer amerikanischer Güter wie McDonald's oder Coca Cola und die britische Firma Sallisbury zu arbeiten. Diese Kampagnen waren sehr erfolgreich, sogar Mittelschulkinder nahmen an solchen Boykotten teil und wollten ihre Familien ebenfalls zum Befolgen des Boykotts bewegen.

Und dann kam der Höhepunkt der Bewegung im März 2003, als während der Demonstrationen gegen den Angriff auf den Irak der Tahrir-Platz mit Menschen gefüllt war und das spontan. Danach sahen wir die „Er-

klärung an die Nation“,¹ die von Leuten verfasst worden war, die sich im Haus von einem von ihnen getroffen hatten. Sie begannen Unterschriften dafür zu sammeln. Diese Erklärung verband nationale Fragen wie die Besatzung des Irak, der Widerstand im Irak, Palästina und Libanon, Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und so weiter mit den ägyptischen Fragen, also Demokratie, Verfassung und Reform und die Begrenzung der Macht des Präsidenten. Doch trotz des Vorwortes dieser Erklärung gab es keine klar definierten Aufgaben was diese nationalen Fragen betraf, sondern die Ziele wurden darauf reduziert, eine neue Amtszeit von Hosni Mubarak als Präsident zu verhindern.

Was geschah dann? Was waren die nächsten Schritte?

Die Regierung zog sie der Bewegung gleichsam den Boden unter den Füßen weg, indem sie die Verfassung dahingehend änderte, dass mehrere Präsidentschaftskandidaten antreten durften, doch gleichzeitig machte sie es beispielsweise noch schwieriger, eine Partei zu gründen. Anstatt der fünfzig Unterschriften benötigte man jetzt tausend. Die Änderungen kamen also einer Farce gleich.

Und was noch wichtiger als das ist, ist dass die Forderung nach Verfassungsänderungen der Höhepunkt einer demokratischen Bewegung ist, und nicht ihr Anfang sein kann. Es gibt heute in Ägypten keine starken Gewerkschaften, Berufsvereinigungen,

Arbeiterorganisationen, Studentenbewegungen oder ein, zwei politische Parteien, die auf ihren Füßen stehen können. In dieser Situation, wo die Opposition definitiv schwach ist, wird die Verfassung immer entgegen den Wünschen jener, welche die Verfassungsänderung gefordert hatten, geändert werden.

Also erstens beginnt man nicht bei der am weitesten fortgeschrittenen Forderung eines demokratischen Kampfes, zweitens ist es klar, dass es die amerikanische Politik ist, Slogans von Demokratie und Reform vorzubringen und für ihre Zwecke zu benutzen. Wenn es einen Zeitpunkt gibt, an dem nationale Fragen mit jenen der Demokratie und Reform gekoppelt werden müssen, dann heute, weil die Vereinigten Staaten die gleichen Slogans verwenden. Um sich also von ihren Demokratie-, und Reformideen zu unterscheiden, musst du gegen Imperialismus sein, gegen US-Besatzung, für die Befreiung Palästinas und der besetzten Gebiete im Libanon und Syrien.

Die andere Sache ist, dass Condoleezza Rice und Journalisten in Leitartikeln der *Washington Post* und der *New York Times* Kifaya mehrmals gelobt haben, überhaupt die ägyptische Opposition gelobt haben, weil sie sich nur um innere Angelegenheiten kümmert und nicht die alten nationalistischen Slogans wiederholt. Natürlich war damals die amerikanische Politik jene, auf einige Regierungen in diese Richtung Druck auszuüben, inklusive der Mubarak-Regierung. Nun hat sich die amerikanische Politik geändert, seit Mitte 2005, als sie gemerkt

¹ Grundlegendokument von Kifaya, Anm. d. Übersetzerin

haben, dass sie Regierungen wie jene von Mubarak brauchen, um mit dem Schlamassel im Irak irgendwie fertig zu werden. Also spricht heute niemand mehr über Kifaya; es gibt keine Unterstützung mehr aus dieser Richtung. Nichtsdestotrotz sind jüngst Führer von Kifaya zu einer Konferenz nach Istanbul gefahren, welche von der Nationalen Stiftung für Demokratie organisiert worden war, was de facto CIA bedeutet, und das wirft

teren Punkt diskutieren und der sind Allianzen, sehr opportunistische Allianzen. Können Sie mir sagen, wie sozialistische Revolutionäre sich mit der Muslimbruderschaft verbünden können? Was haben sie gemeinsam? Da sie mit der Partei von John Reese verbunden sind, importieren sie diese Idee aus England und ignorieren dabei die Tatsache dass die Situation hier sehr unterschiedlich zu jener in England ist. Ich habe einmal



natürlich so manche Frage darüber auf, was Kifaya eigentlich vorhat.

Aber kann man wirklich von Kifaya als einer homogenen Gruppe sprechen?

Das ist genau der nächste Punkt. Unsere erste Antwort an sie war sehr mild, weil wir bis heute glauben, dass die Mehrheit von Kifaya aus jungen Menschen besteht, die irgendetwas tun wollen, ihre politische Bildung jedoch ist sehr oberflächlich, sie wollen sofort Aktionen, egal was für Aktionen das sind. Und es war sehr attraktiv für sie, auf die Straße zu gehen, aber auf der Straße zu sein ist kein Ziel, sondern ein Mittel. Und tatsächlich haben sie bis zu einem gewissen Grad die Idee der Demonstration durch die ständigen Demonstrationen etwas verwässert.

Was denken Sie über den anderen großen Teil der Opposition hier in Ägypten, der Muslimbruderschaft?

Nun, hier müssen wir einen wei-

zu Reese gesagt, dass wir nicht solche Beziehungen mit ihnen wollen wie die ägyptische Regierung und Churchill zu ihrer Zeit. Ich denke es muss da eine Art der Gleichheit geben, man muss unsere Ansichten hier respektieren. Daher bewegen wir uns auch nicht mehr in diesem Umfeld. Selbst die nasseristische Partei Karama verbündet sich mit der Muslimbruderschaft. Und wenn wir sie fragen, weshalb sie das tun, dann antworten sie, dass sie sich nicht verbündet haben, sondern nur zu bestimmten Fragen kooperieren. Da frage ich mich jedoch, was sind diese Fragen? Die Muslimbruderschaft benützt sie, weil sie auf diese Weise den Amerikanern und Europäern zeigen kann: „Seht her, wir sind offen für eine Vielfalt an politischen Kräften, selbst Marxisten.“ Aber die Linke zieht keinen Nutzen daraus. Anstatt sich auf die Leute von der Straße zu konzentrieren, und die meisten Leute heute sind tatsächlich Nasseristen, konzentrieren sie sich auf die

Bruderschaft.

Wenn wir also über die Opposition hier in Ägypten sprechen, sie ist derzeit schwach, es gibt Rudimente hier und dort, aber wir haben einen sehr langen Weg vor uns um einen organisierten Kern zu bilden, der antiimperialistisch ist und gleichzeitig wirkliche Demokratie und politische Freiheit und die Rechte politische Parteien bilden zu dürfen und Reform, usw. verteidigt.

Was meinen Sie mit Reform?

Reform bedeutet, dass wir daran interessiert sind die Universitäten auszubauen, ebenso die Gesundheitsinfrastruktur und das Wohlergehen des Durchschnittsbürgers zu verbessern. Deshalb müssen wir Alternativen anbieten, wir sind nicht nur gegen dies oder das, sondern wir stehen für dies und das. Das bedeutet für uns natürlich, dass wir bis über beide Ohren in Arbeit stecken, wir müssen über unsere Vision der Zukunft nachdenken, Wissenschaft, Entwicklung, auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Bildung. Die Menschen wollen handeln, aber es gibt einen Mangel an Wissen, an Analyse. Du musst verstehen, was die andere Partei für dich vorbereitet, du musst verstehen, was das imperialistische Projekt auf der Welt ist, wozu es fähig ist. Was ist es im Detail? Wie steht es im Widerspruch zu unserem Projekt? Was ist unser Projekt? All diese Fragen müssen studiert werden, darüber muss nachgedacht, gelesen werden, aber viele der Sprecher, die im Fernsehen auftreten, machen weder das eine noch das andere. Einige von ihnen sind charismatisch und eloquent, aber offen gesagt sind ihr Wissen und ihre Analyse sehr dünn.

Zurück zur Muslimbruderschaft und den opportunistischen Allianzen. Wie sollte Ihrer Meinung nach die Linke mit der islamistischen Bewegung hier in Ägypten umgehen?

Sie sollten sie entlarven. Ihren Opportunismus zeigen, die Tatsache, dass die Regierung sie benützt um das Vakuum zu füllen. Tatsächlich war die Bruderschaft in den 1940er Jahren verantwortungsbewusster und hatte mehr Wissen als heute. Ich kannte Hassan

al-Banna persönlich, weil mein Vater ein Gründungsmitglied der Muslimbruderschaft war und ich selbst für drei oder vier Jahre am College ein Mitglied war, aber Widersprüche führten dazu, dass ich die Bruderschaft verließ. Ich bin nicht dagegen, dass Menschen islamischen Ideale huldigen, aber unter bestimmten Bedingungen. Man muss die Christen respektieren und das fehlt. Heute sagen sie, dass sie Christen akzeptieren, aber wann haben sie eine Erklärung herausgegeben, in der sie manche ihrer Studenten verurteilen, die es ablehnen Christen, Kopten an der Universität auch nur zu grüßen? Wie kommt es, dass die Universitäten voll waren mit Slogans für Afghanistan in den 1980ern, während hingegen während der israelischen Invasion im Libanon 1982 nicht ein einziges Wort dagegen gefunden werden konnte? Wann standen sie gegen eine Normalisierung mit Israel? Sie haben das erst vor einigen Jahren entdeckt, und das nur symbolisch. Sie benutzen Religion um an die Macht zu kommen. Und außerdem glaube ich wirklich, dass jemand, der Politik durch das Fenster der Religion betreibt, am Ende ziemlich sicher konfessionell wird. Ich denke nicht, dass Politik überhaupt mit Religion gemacht werden sollte.

Wenn die Muslimbruderschaft tatsächlich nützlich für den Staat ist, warum leidet sie dann unter der brutalen Repression, hat politische Gefangene und warum gibt es einen neuen Verfassungsartikelzusatz, der formuliert, dass keine politische Partei auf Basis der Religion gegründet werden darf?

Das ist ein Spiel, ein politisches Katz-und-Maus-Spiel. Du darfst das Vakuum füllen, aber innerhalb der Rahmenbedingungen des Systems. Wenn du über diese Rahmenbedingungen hinausgehst, werde ich dich zerstückeln. Und das ist das Spiel, das während der letzten 25 Jahre gespielt wurde. Wie ich zuvor schon sagte, ich bin dagegen, Politik mit Religion zu machen. Erstens haben wir eine multireligiöse Gesellschaft hier, wir haben Kopten. Ihre Anzahl variiert, Leute, die gegen die Kopten sind, geben sie naturgemäß niedriger an. Aber meine Überlegung ist, dass sie wohl 10 bis 15 Prozent ausmachen. Aber der Prozentsatz ist nicht wichtig, wichtig ist, dass sie die gleichen Rechte haben müssen. Und natürlich erwähnen hier dann die Leute Verse aus dem Koran und Erklärungen der Hadith, um zu zeigen, dass Christen respektiert werden müssen. Aber die Kriterien, nach denen geurteilt werden kann, sind sehr klar. Wie viele Rektoren der Universitäten, wie

viele Dekane, wie viele Minister und wie viele Regierungsbeamte sind Kopten? Auch wenn ich nicht davon überzeugt bin Ernennungen auf Basis der Religion durchzuführen – wenn man jedoch in einer gesunden Gesellschaft lebt, wenn die Gesellschaft offen ist und Kopten und Muslime gleichermaßen in der Gesellschaft involviert sind, dann ist es ganz natürlich, dass es eine gesündere Verteilung einflussreicher Posten gibt. Das gilt für Frauen übrigens gleichermaßen.

Denken Sie, dass die Muslimbruderschaft heute das größte Hindernis für säkulare, linke Kräfte ist, um Einfluss in der Gesellschaft zu gewinnen?

Die Regierung selbst ist die Hauptfrage. Ich meine, wenn wir der Muslimbruderschaft kritisch gegenüber stehen, sprechen wir über das geringere Hindernis. Am Vergiften der politischen Atmosphäre, ist vor allem die ägyptische Regierung schuld. Sie benutzt den Islam genauso wie die Muslimbruderschaft. Die Regierung benutzt den Islam um zu herrschen und die Muslimbruderschaft benutzt den Islam ebenfalls um ihre Macht zu zeigen, also gibt es da nicht viel Unterschied. Am Ende der Analyse ist die Bruderschaft proamerikanisch und wirtschaftlich haben sie nicht



einmal kapitalistische Ideen, ihnen schwebt die reaktionärste Form des Kapitalismus vor, nicht viel mehr als ein bisschen Handel. Die Muslimbruderschaft präsentiert sich selbst als größte politische Kraft und ja, in dem Vakuum, in dem wir uns heute befinden, könnten sie die größte politische Kraft werden. Das ist der Grund, weshalb wir sagen, dass wir Freiheit vor Demokratie brauchen. Sonst werden wir die algerische Erfahrung wiederholen, man kann nicht von der Diktatur abkommen und wählen gehen – um wen zu wählen? Wir hatten keine Gelegenheit Studentenführer, Gewerkschaften, Arbeiterführer usw. zu haben. Man braucht eine Zeit von mindestens drei Jahren um wenigstens eine halb-freie Gesellschaft zu haben, aus der sich einige Führer herausentwickeln, Bewegungen entstehen können.

Wie steht die Muslimbruderschaft zur Hizbullah?

Zunächst mal ist die Hizbullah etwas völlig anderes, aber auch sie ist nicht immun gegen einige der Punkte, welche man auch bei Muslimbruderschaft kritisieren kann. Aber es gibt keinen Vergleich zwischen der Hizbullah und der Muslimbruderschaft. Diejenigen, die Widerstand leisten sind immer von jenen zu unterscheiden, die keinen Widerstand leisten. Aber die Muslimbruderschaft ist eine politische Partei, sie unterstützt die Hizbullah, weil die Leute sie unterstützen. Und selbst die Regierung würde die Hizbullah gerne unterstützen, aber sie kann nicht, weil sie natürlich anderen Diktaten folgen muss, was offensichtlich ist.

Was die Probleme mit Kifaya angehen, haben Sie den Eindruck dass diese Idee nach wie vor lebensfähig ist? Messen die involvierten Einzelpersonen und Parteien der Idee von Kifaya noch Bedeutung zu?

Kifaya ist Geschichte. Niemand misst ihr noch ernsthaft Bedeutung zu. Zu guter Letzt wurde Dr. Al-Masiri als neuer Sprecher gewählt, den ich persönlich sehr für seine Arbeit über Israel, in der er Israel als ein imperialistisches, nicht als jüdisches Projekt

beschrieb, und für die sehr klare Unterscheidung zwischen Zionismus und Judentum respektiere. Aber ich habe ihm schon am Telefon gesagt, dass ich ihm nicht dafür gratulieren kann, dass er der Kopf von Kifaya geworden ist. Das Schicksal von Kifaya ist besiegelt. Wir brauchen eine Gruppe, die nicht in Eile ist, welche die notwendigen Schritte unternimmt um einen Kern einer politischen Organisation zu bilden. Es muss nicht radikal sein, aber es gibt ein Minimum, das erfüllt sein muss: Gleichheit zwischen den Bürgern, Antiimperialismus, Antizionismus, für eine Entwicklung, die auf Wissen und Unabhängigkeit, sei es wirtschaftlich, politisch oder kulturell, basiert, und Panarabismus. Ideologie spielt hier keine Rolle, egal was dein Hintergrund ist, solange du mit diesem minimalen Konsens einverstanden bist, kannst du Teil dieser Koalition sein. Und nicht zu vergessen ist der Respekt vor Frauen. Wir können nicht mit Leuten kooperieren, welche Frauen nur als sexuelle Wesen wahrnehmen, sei es nackt oder verschleiert, am Ende ist es das gleiche.

Kifaya brachte die Idee auf, eine Boykottkampagne gegen das Referendum für die Verfassungsänderungen zu organisieren. Denken Sie, dass diese Initiative von Erfolg gesegnet sein wird?

Nein, ich denke nicht, dass sie erfolgreich sein wird, sie ist keine Priorität. Wir haben keine Bewegung! Schauen wir uns die Hizbullah im Libanon an. Fünfzig Prozent der Leute unterstützen sie, sind für sie auf der Straße, natürlich ist die Regierung schwach, wenngleich sie von den ausländischen Kräften gestützt wird. Aber wenn wir der ägyptischen Regierung gegenüber stehen dürfen wir auch mit jenen die Konfrontation nicht scheuen, welche hinter ihr stehen, also seien wir bescheiden. Wir müssen eine politische Gruppe aufbauen. Wir müssen das Ernst nehmen. Eine politische Organisation aufzubauen bedeutet junge Leute auszubilden und Teil dieser Ausbildung ist es zu vermitteln, dass Demonstrationen ein Mittel und kein Ziel sind. Ja, Demonstrationen sind wichtig, auch symbolisch, sie sind

wichtig um zu zeigen, dass es uns noch gibt, dass wir Widerstand leisten, dass wir „Nein“ sagen, aber zu glauben, dass wir ein System durch einige wenige Hunderttausend auf den Straßen ändern können ist nicht seriös. Und abgesehen davon können Demonstrationen ohne Führung oder eine Rahmenstruktur auch gefährlich sein. Wir stehen nicht dafür Chaos zu schaffen, wir wollen eine konstruktive Veränderung. Und Veränderung bedeutet nicht bloß Husni Mubarak los zu werden. Eine Veränderung würde die gesamte Staatsstruktur miteinbeziehen.

Sie haben erwähnt, dass Sie einer der Organisatoren der ersten Kairo-Konferenz waren. Wie beurteilen Sie die Entwicklung dieser Konferenz?

Eine Konferenz ist ein Mittel, kein Ziel, sie muss einem bestimmten Zweck dienen. Die erste Konferenz wurde abgehalten um den Krieg gegen den Irak zu verhindern. Und auch um ägyptische Intellektuelle mit europäischen und amerikanischen fortschrittlichen Intellektuellen zusammenzubringen. Also luden wir Ramsey Clark, Dennis Halliday, Hans von Sponeck und einige fortschrittlichen Professoren aus den USA ein, sowie Leute aus Kuba, George Galloway, John Reese und auch Leute aus Frankreich. Wir machten ein paar Fehler in unserer Auswahl, aber im Gesamten wurde unser Ziel doch erreicht. Es gelang uns die Idee vom Westen als einer homogenen Einheit aufzubrechen und einen Austausch zwischen westlichen und arabischen Intellektuellen zu haben. Aber jetzt nehme ich nicht mehr an dieser Konferenz teil. Sie wurde zu einer Bühne der Muslimbruderschaft und wir müssen uns fragen, was heute das Ziel ist, was wir erreichen wollen?

Was denken Sie über die All-Arab Peoples' Resistance Conference, deren Anspruch es ist eine praktische Alternative, ohne NGOs zur Kairo-Konferenz zu sein, und deren Konferenz nach der Kairo-Konferenz stattfinden wird?

Ich denke sie ist in Ordnung, ihre Positionen werden besser sein, als jene der Kairo-Konferenz, aber ich glaube



wirklich, dass es Prioritäten gibt. Und die Priorität hier in Ägypten muss es sein, uns auf den Aufbau einer Infrastruktur zu konzentrieren. Es gibt viele Netzwerke für panarabischen Austausch, die eben bereits etabliert sind und arbeiten. Ich bin von der Notwendigkeit panarabischer Aktivitäten überzeugt, aber wir sind davon noch weit entfernt.

Während der letzten sechs Monaten gab es immer wieder Berichte über wilde Streiks, vor allem in Fabriken in der Region des Nildeltas. Was denken Sie werden die weiteren Entwicklungen dieser sozialen Spannungen sein?

Das ist die wichtigste Entwicklung, die Arbeiterstreiks. Aber das negative daran ist, dass es keine Organisation gibt. Und ihre Forderungen sind auf Gehaltsforderungen und vielleicht Arbeitsbedingungen beschränkt. Aber auch das zeigt, dass die Dinge hier nicht stabil sind. Ich, als Physiker, un-

terscheide zwischen stabil und metastabil. Auch wenn sie genau gleich aussehen, so kann doch die metastabile Situation sehr plötzlich kollabieren. Also kann man die Situation hier als metastabil bezeichnen, was auch gefährlich ist, denn durch das Fehlen einer Organisation kann die Bewegung auch sehr schnell zerschlagen werden, das passierte bereits zuvor. Sie wird dann zu gar nichts führen und kann sogar eher hinderlich einer wirklichen Veränderung entgegen stehen. Also ist es unsere Pflicht eine Organisation zu schaffen, das ist sehr wichtig.

Da die Linke so schwach ist, wäre es nicht ein Leichtes für die Muslimbruderschaft Nutzen aus diesen sozialen Spannungen zusammen mit dem Fehlen einer anderen Organisation zu ziehen?

Sicherlich. Das Problem mit der Linken ist, dass viele Marxisten kooperiert wurden. Die meisten der NGOs, die ihr Geld von der EU und den USA

beziehen, haben frühere Marxisten, die heute für sie arbeiten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sie sich um 180 Grad gedreht. Das ist also die Herausforderung, wir müssen von dieser Realität ausgehen. Es bedarf harter Arbeit und Widerstands, aber die Situation ist nicht hoffnungslos.

Welche Rolle spielte die Gewerkschaft bei den wilden Streiks?

Die Gewerkschaft ist völlig von der Regierung und dem Geheimdienst kontrolliert. Es gibt keine unabhängigen Gewerkschaften. Aber ironischerweise tat die Bewegung in den Fabriken das, was sie tat, trotz und gegen ihrer Gewerkschaftsführer, die im Grunde Regierungshandlanger sind. Dennoch, die Regierung erfüllte die meisten ihrer Forderungen während des Streiks, weil sie es sich nicht leisten kann, diese Art des sozialen Aufstands offen niederzuschlagen, denn er ist in gewisser Weise ansteckend. Wenn eine Fabrik einen Streik anfängt, kann dieser sehr leicht von einer zu anderen übergehen. Aber natürlich wissen wir nicht alles, was in der Fabrik selbst passiert. Wir haben keine Organisationen wahrgenommen, aber trotzdem ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Streiks Führer hervorgebracht haben, denen die Arbeiter vertrauen, zumindest in manchen Fällen.

Eingangs erwähnten Sie die Gefahr konfessioneller Gewalt oder Spaltungen innerhalb der ägyptischen Gesellschaft. Wie nah ist diese Gefahr an der Wirklichkeit?

In jeder Gesellschaft kann man konfessionelle oder ethnische Spannungen schüren. Ein Land kann entlang dieser Linien sehr leicht auseinandergerissen werden, jedes Land der Welt. Wir haben die Erfahrung von Jugoslawien gesehen und wir sehen es im Irak. Ich habe im Irak eineinhalb Jahre für die UNO gearbeitet, ich war verantwortlich für die Verteilung von Nahrung. Ich habe niemals etwas von dieser Spaltung Schiiten-Sunniten gehört. Auch wenn wir hier in Ägypten kaum Schiiten haben, gibt es Propaganda gegen sie um der Popularität

von Nasrallah zu schaden und auch in Vorbereitung eines Angriffes gegen den Iran, denn die USA versuchen zusammen mit Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten eine sunnitische Allianz zu schmieden, die mit ihnen und Israel gemeinsam dem neuen Feind Iran die Stirn bieten kann. Wir sind sehr kritisch der Einmischung des Irans im Irak gegenüber, wir sind dagegen, wir verurteilen sie, aber wir halten den Iran nicht für einen Feind. Wir stimmen absolut nicht damit überein, was er im Irak macht, aber wir unterstützen seine Position, was nukleare Technologie, Syrien, Palästina und den Libanon betrifft. Ich bin gegen Atomwaffen, aber solange Israel hunderte solcher Waffen hat, ist es inakzeptabel einem einzigen Land in der Region die Entwicklung einer solchen Technologie zu verbieten.

Wo Sie schon vom Iran sprechen, halten Sie einen Angriff auf den Iran für unmittelbar bevorstehend?

Es gibt hier sehr widersprüchliche Signale, ich bin mir nicht sicher. Aber ich denke, dass sie eventuell zu einem Kompromiss finden. Es gibt auch die Möglichkeit von Luftangriffen, aber ich denke nicht, dass ein Krieg und eine Besetzung wie im Irak derzeit im Iran möglich ist. Israel übt Druck in diese Richtung aus, zumindest für Luftangriffe, nicht zuletzt deswegen, weil Israel von Anfang an eher an einem Angriff gegen den Iran als gegen den Irak interessiert gewesen ist.

Welche Reaktion erwarten Sie vom ägyptischen Volk falls der Iran angegriffen wird? Halten Sie die sektiererische Propaganda für so weit vorgedrungen, dass sie eine Bewegung verhindern würde?

Das Volk wird dagegen sein. Vergessen wir die Intellektuellen, welche ihre Positionen abwägen und nicht spontan reagieren, aber das Interessante an den Menschen in den Straßen, den Cafés ist, dass sie zwar eine vielleicht zu einfache Position haben, aber dafür eine sehr klare gegen einen solchen Angriff.

Wenn wir kurz über internationale Fragen sprechen, wie würden Sie die Situa-

tion in Palästina kommentieren?

Ich bin sehr unzufrieden damit, dass Hamas in die Regierung gegangen ist. Widerstand beteiligt sich nicht an einer Regierung, solange er nicht gewonnen hat. Und nun rutschen sie immer weiter zu Kompromissen hin. Die PFLP und der Dschihad waren kein Teil davon. Die Unterstützung des Volkes wird sich wenden.

Hamas hätte sich überhaupt nicht an den Wahlen beteiligen sollen?

Sie hätten sich nicht an der Regierung beteiligen sollen. Die Wahlen sind eine andere Geschichte. Es könnte eine Taktik gewesen sein, um zu zeigen wie populär sie sind, aber tatsächlich ist die Popularität der Hamas ein bisschen aufgebläht, denn die Leute wählten in erster Linie gegen Fatah. Nichtsdestotrotz war es ein gutes Zeichen, denn es war eine Wahl für den Widerstand. Aber in die Regierung zu gehen war ein katastrophaler Fehler.

Denken Sie, die PFLP hat die richtige Entscheidung getroffen anfangs nicht in die Regierung zu gehen?

Ja. Hamas ist jetzt unter sehr starkem Druck, von der EU, den arabischen Regierungen, der Fatah. Ich weiß nicht wohin das noch führen wird.

Glauben Sie, dass es im Libanon immer noch eine Möglichkeit gibt die Hizbullah wieder in den existierenden Staat zu integrieren?

Nein, Hizbullah ist vorsichtig, sie haben jüngst signalisiert, dass sie nicht mal mehr Teil von direkten Verhandlungen sein wollen, sondern andere für sich verhandeln lassen werden. Die Situation im Libanon ist sehr komplex und wären die USA nicht involviert, hätte man vielleicht einen Kompromiss erreicht. Aber die USA wollen diesen Internationalen Gerichtshof, der in Wirklichkeit sehr wenig mit der Ermordung von Hariri zu tun hat, sondern dazu dienen soll Nasrallah los zu werden. Deshalb fordern wir von Nasrallah auch sehr deutlich zu dem anderen internationalen Gericht im Irak Stellung zu nehmen, das nicht viel anders ist, man muss gegen bei-

de sein. Er hat während der letzten Wochen mehrere Erklärungen herausgebracht, die auf der Webseite von *Al-Manar* sind und die in diese Richtung gehen, Unterstützung des irakischen Widerstands, das sind sehr gute Schritte in diese Richtung. Vielleicht nicht so umfassend wie ich mir das wünschen würde, aber immerhin die Richtung stimmt. Wir fordern sie, es ist dasselbe wie mit der iranischen Regierung. Man kann nicht gegen Imperialismus sein und gleichzeitig politische Deckung für die Besetzung im Irak liefern.

Was glauben Sie ist die Herausforderung für die europäische Linke heute?

Für mich sind wirkliche Linke Menschen, die andere Linke respektieren und mit ihnen als aufrichtige Verbündete umgehen, zusammenarbeiten und interagieren. Ich bin davon überzeugt, dass der Kampf nicht nur lokal begrenzt ist. Ich verfolge, was in Europa passiert. Die Entwicklung der wirklich linken Bewegungen in Europa ist sehr wichtig, sie ist unsere Hoffnung, nicht dass sie unsere Probleme lösen wird, sondern dass sie Teil unseres gemeinsamen Kampfes ist. Aber seien wir ehrlich. Um wirklich ernsthaft zu arbeiten, muss man dem eigenen Land die Priorität einräumen, das bedeutet nicht internationale Fragen zu negieren. Ich glaube nicht, dass man immer nur eine Sache auf einmal machen kann. Es gibt nicht so etwas wie eine sequentielle Abfolge von Aufgaben, das ist lächerlich und dumm, es zeugt von Ignoranz, wenn man so denkt. Der Kampf ist komplex und man kann interne von äußeren Faktoren nicht trennen, und die äußeren Faktoren werden immer wichtiger, was jedoch nicht dazu berechtigt innere Fragen zu vernachlässigen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Doris Höflmayer.

Kairo, 26. Februar 2007

Thronfolge, Brot-Intifada und Unterdrückung

Zur Situation der oppositionellen Bewegung in Ägypten

Interview mit Abdel Halim Qandil, Chefredakteur der nasseristischen Zeitung *Karama* und einer der führenden Figuren von „Kifaya“ („Genug“), der linken und demokratischen Opposition, die sich als Reaktion auf seine Folterung und Verschleppung bildete.

Die Opposition gegen die Mubarak-Diktatur scheint geschwächt worden zu sein, insbesondere Kifaya?

Das Regime setzt alles daran, den Sohn des Präsidenten dem Vater nachfolgen zu lassen. Die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen dienen dazu, die Thronfolge zu ermöglichen. Das hat eine Orientierungslosigkeit, eine Depression unter den linken Intellektuellen und den Kifaya nahestehenden Oppositionsfiguren ausgelöst. Oft sehen sie keine andere Möglichkeit als sich der Muslimbruderschaft als stärkster politischer Kraft im Land anzuschließen. Denn die regierende Nationale Demokratische Partei kann nicht als politische Organisation verstanden werden, sondern als Staatsicherheit, die sieben Millionen Menschen und davon eine Million Soldaten beschäftigt. Oder sie nehmen an der Brot-Intifada teil: Wir haben heute eine sehr gespannte soziale Lage, es gab eine Reihe von wilden Streiks, gegen die offizielle Gewerkschaft, die vollkommen vom Staat kontrolliert wird. Die tiefe Kluft zwischen diesen sozialen Kräften und der politischen Opposition ist vor allem der scharfen Repression geschuldet.

Wie reagiert Kifaya auf diese Situation?

Wir konzentrieren uns auf den Boykott des Verfassungsreferendums vom 7. April. Wir schlagen unter dem Namen „Ein neues Zeitalter – eine neue Verfassung“ eine Oppositionskampagne vor, die für ein friedliches Ende dieses Regimes durch eine dreijährige Übergangsperiode eintritt, in der die demokratischen Rechte etabliert, freie Wahlen durchgeführt und eine neue Verfassung entworfen wer-

den sollen. Kifaya richtet sich dabei hauptsächlich an die Bewegung der Richter, die Muslimbruderschaft und die anderen radikalen Parteien, die nicht vom Regime anerkannt sind, wie Karama, die Revolutionären Sozialisten, Amal, Wasad usw.

Welche Rolle spielt die Muslimbruderschaft?

Die Muslimbruderschaft ist eine religiöse Kraft, die sich nur sehr vorsichtig in die Politik vorwagt. Wenn man sie an ihren Positionen zur Wirtschaft misst, die sich von jenen der Regierung um nichts unterscheiden, könnte man sie als rechte Kraft bezeichnen. Die Widersprüche mit dem Regime eröffnen sich an der Frage der Beziehung zu Israel und den USA, sowie den Bürgerrechten und insbesondere den politischen Freiheiten. Hier versuchen wir anzusetzen.

Wie reagiert die Muslimbruderschaft auf die Verfassungsänderung?

Natürlich sind sie dagegen, denn es dürfen nur anerkannte Parteien bei Wahlen antreten und diese Lizenz hängt von der Willkür des Regimes ab. Ihnen wird durch einen eigens auf sie zugeschnittenen Passus die Anerkennung verweigert, nachdem die Religion nicht Basis einer Partei sein darf. Das ist die Reaktion des Regimes auf den Wahlerfolg der Muslimbruderschaft vom Dezember 2005.

Sind die radikalen Kräfte erfolgreich in ihrem Versuch die Bruderschaft zur Kooperation zu bewegen?

Bislang zögern sie. Es gibt im Führungsrat der Bruderschaft zwar einen politischen und auch aktivistischen Flügel, der die Zusammenarbeit mit

Kifaya und anderen demokratischen Parteien sucht. Doch die Mehrheit fürchtet schlicht und einfach die Konfrontation mit dem Regime. Die Bruderschaft war sehr harten Angriffen ausgesetzt. Auch im Moment wird gegen sie ohne Pardon vorgegangen. Dreihundert ihrer führenden Kader sitzen im Gefängnis und es muss davon ausgegangen werden, dass sich diese Angriffe fortsetzen. Es gibt Persönlichkeiten der Bruderschaft, die aktive Mitglieder bei Kifaya sind, selbst von der höchsten Führung. Aber die alte Führung, die vom antipolitischen Klima unter Nasser geprägt wurde, hat ein anderes Herangehen an die Sache. Wir hatten viele Treffen mit der Bruderschaft, sie versprechen immer, unsere Vorschläge zu prüfen. Gegenwärtig arbeiten wir zusammen, was die Interessensvertretung der Ingenieure betrifft, die praktisch verboten wurde. Aus diesem Anlass hätte vor kurzem eine Demonstration stattfinden sollen, aber die Muslimbruderschaft erschien einfach nicht, da sie damit bedroht worden war, dass ihre Teilnehmer allesamt verhaftet würden. Doch am Ende werden sie keine andere Wahl haben als mit uns zu gehen. Die USA betreiben eine Kampagne, nicht mit der Bruderschaft zu kooperieren und dementsprechend isoliert sie das Regime immer mehr.

Kairo, Februar 2007

Das Interview führte Doris Höflmayer.

Zutritt nur für Erlauchte

Ein Quasi-Visum für Kurdistan

Angeblich um die Gewalt, die Tag für Tag den Irak erschüttert, von Kurdistan fernzuhalten wird immer öfter nicht-kurdischen Reisenden an den Einfahrten zu Städten, die von den südkurdischen Parteien verwaltet werden, die Weiterfahrt verboten. Die an den Kontrollpunkten stationierten Peschmergas (kurdischen Milizionäre) fahnden in Sammeltaxen systematisch nach Arabern, um sie entwürdigenden Befragungen und Durchsuchungen zu unterziehen, von denen auch Frauen und Alte nicht ausgenommen werden. Nur wer einen konkreten Grund für seinen Besuch vorweisen kann, hat überhaupt eine Chance auf eine Betretenserlaubnis. Nach dem Bombenanschlag vom 9. Mai 2007 im Stadtzentrum von Erbil vor dem Innenministerium, bei dem fünfzehn Menschen ums Leben gekommen sind, hat man sich eine neue Schikane ausgedacht: Ab sofort müssen Fahrzeuge einen Aufkleber der Region Kurdistan tragen, um am Eingang von Erbil durchgelassen zu werden. Diesen Aufkleber bekommen nur Halter von Personenkraftwagen, die in Kurdistan zugelassen sind, für eine Gebühr von 500 US\$.

Aber nicht nur in den Landesteilen, die offiziell unter kurdischer Hoheit stehen, sondern überall dort, wo Kontrollposten mit Peschmergas besetzt sind, die je nach Bedarf mal als

Polizisten, mal als Soldaten funktionieren, gilt kurdisches Wegerecht. So stehen auf der Hauptstrecke zwischen Mosul und Kirkuk irakische Wachposten, die leicht an der Flagge zu erkennen sind, während die Kontrollpunkte auf der Nebenstrecke ohne Fahnen also von Peschmerga besetzt sind, die die irakische Fahne nicht anerkennen. An letzteren werden nur "genehme" Fahrzeuge durchgelassen. Aus diesem Grunde müssen Nicht-KurdInnen, die in den Nordteil Kirkuks wollen, die halbe Stadt umfahren, bis sie an einen Kontrollpunkt kommen, der sich nicht in den Händen der kurdischen Milizen befindet. Das ist, was Mesud Barzani unter einem demokratischen pluralistischen Kurdistan versteht. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, was die Menschen erwartet, wenn nach dem Kirkuk-Referendum die kurdischen Parteien die uneingeschränkte Macht über die gesamte Region haben werden.

Die jüngste Anschlagswelle im Nordirak fällt zeitgleich mit einer Diskussion im irakischen Parlament über eine Verschiebung des geplanten Kirkuk-Referendums, in dem über die Annektierung Kirkuks abgestimmt werden soll, um keine weiteren ethnischen Spannungen zu provozieren. Dagegen behaupten kurdische Politiker wie Barzani, die schnelle Anbindung Kirkuks an Kurdistan sei nötig,

um ethnische Gewalt zu vermeiden. Wie zur Bekräftigung seiner Worte kommt es in Kurdistan zu den blutigsten Anschlägen seit mehreren Jahren. So werden nur wenige Tage nach der Explosion von achthundert Kilogramm TNT in Erbil in der Kleinstadt Maxmur, sechzig Kilometer südlich von Erbil von einem mit Sprengstoff beladenen Wagen über fünfzig Menschen in den Tod gerissen. Dass gerade jetzt zwei so schwere Anschläge verübt werden können, während sonst jede Handtasche kontrolliert wird, hinterlässt bei allem Bedauern für die Opfer einen bitteren Nachgeschmack.

Die Angst, einer (vermeintlichen) Bedrohung von außen ausgesetzt zu sein, hat zudem einen zusammenschweißenden Effekt im Inneren. In den letzten Tagen hört man keine Kritik an der Praxis der politischen Führung. Niemand redet mehr von Korruption, Cliqueswirtschaft und Machtmissbrauch. Die Gewalt hat den politischen Führern eine Ruhepause verschafft, die ihnen nicht ungelegen kommen kann. Die offensichtlichen Parallelen zwischen der heutigen Lage in Südkurdistan und der Phase nach dem 11. September 2001 lassen nichts Gutes für die nächste Zukunft erwarten.

Fatma Salih Osman

*Maxmur Organisation für Menschenrechte
Bagdad, 19. Mai 2007*



PeaceMaker ist ein Videospiel. Aber eines, bei dem der Spaß aufhört.

Man kann wählen, ob man die Rolle des palästinensischen Präsidenten oder des israelischen Premierministers spielen will und hier liegt auch schon das erste Problem: Um das Spiel zu gewinnen, muss man dem Land Frieden bringen und die Zwei-Staaten-Lösung durchsetzen. Das Spiel suggeriert also die am weitesten akzeptierte Mainstream-Lösung. Überraschend ist, dass das Spiel einen insgesamt differenzierte Herangehensweise an die aktuelle Situation propagiert, auch wenn die Spieler beider Seiten mit gleichen Rechten ausgestattet sind – und wir wissen, dass die Realität ganz anders aussieht.

Natürlich, von einem politischen Standpunkt aus betrachtet, ist es inakzeptabel, dass im Spiel beide Seiten die gleichen Chancen haben, denn das entspricht nicht der tatsächlichen Situation. Das Spiel geht auch davon aus, dass beide Seiten den Frieden wollen, was ebenfalls nicht der Realität entspricht. In Wirklichkeit spielt Israel nach seinen eigenen Regeln, ist ein schlechter Spieler und ein noch schlechterer Verlierer und mogelt in jeder Runde.

Interessant ist die Erfahrung, welche die Hersteller des Spiels gemacht haben, als sie Dani Yatom, einen israelischen General und früherern Kopf des Mossad, PeaceMaker spielen ließen. In Antwort auf ein Selbstmordattentat begann er eine Reihe von militärischen Operationen, zunächst Bombardierungen, dann eine Bodenoperation und schließlich die Verhängung einer Ausgangssperre. Als es um Diplomatie ging, setzte Yatom die Palästinenser unter Druck und verlangte Aktionen gegen die Widerstandskämpfer. Er verlor, eine dritte Intifada brach los und schließlich behauptete er, das Spiel sei „unrealistisch“.

Charlotte Malterre

Freilassung von drei AktivistInnen der türkischen Befreiungsbewegung in Belgien

„Verfahrensfehler“ im Terror-Prozess in Belgien

Am 19. April wurde das Urteil über vier aus der Türkei stammende AktivistInnen (bei dreien Haftstrafen wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DHKP-C – Revolutionäre Volksbefreiungsfront) vom belgischen Richter Forier aufgehoben. Die Anwälte der Verurteilten hatten beharrlich auf Unregelmäßigkeiten in dem Verfahren, das von Richter Freddy Troch geleitet worden war, hingewiesen. Die Freigelassenen Şükriye Akar, Bahar Kimyongür und Musa Asoğlu gaben sich auf einer Pressekonzferenz mit dem Ergebnis zufrieden, erklärten jedoch, dass die Basis für ihre haarsträubende Prozesse und Verurteilung die belgischen „Antiterrorgesetze“ seien, die nach wie vor in Kraft seien. Şükriye berichtete von der Isolationshaft, der sie unterworfen worden war, sowie von Misshandlungen. Musa wies darauf hin, dass es sich bei dem Prozess um keine rechtliche, sondern vielmehr um eine politische Sache handele. Der Prozess wird voraussichtlich in einem Jahr wieder aufgenommen werden.

Fortsetzung von Seite 34

Sie könnten sehr viel mehr tun, zum Beispiel Geld sammeln, gegen ihre Regierung demonstrieren oder die Schließung der irakischen Botschaften erzwingen. Aber sie wissen, dass da die rote Linie der Unterstützung des Terrorismus ist, wie sie die USA gezogen haben. Wir wissen aus Algerien und Palästina, wie wichtig internationale Unterstützung ist und wir haben selbst materielle Solidarität geleistet. Wir haben hohe Summen gesammelt und auch heute wäre das einfache Volk dazu bereit. Aber keiner traut sich für den irakischen Widerstand Geld zu sammeln. Eigentlich betrügen diese Führer ihre Anhänger, denn diese nehmen an, dass sie geheime Unterstützung gewähren. Aber ich kann Ihnen versichern, dass wir von niemanden nennenswerte ausländische Hilfe erhalten.

Paris, Juli 2007

Das Interview führte Willi Langthaler.



PEACEMAKER™

Ausnahmezustand und viel Bewegung, aber wenig Inhalt!

Anti-G8-Protteste in Rostock verbleiben auf dem Niveau einer allgemeinen Unmutsäußerung

Zweifellos ist die Teilnahme 80.000 Demonstrierender am 2. Juni in Rostock zu begrüßen. Massendemonstrationen mit breiter internationaler Beteiligung sind in Deutschland längst kein Kulturgut. Dass die Demonstration in einer menschenleeren Stadt fernab vom Ort des Gipfels stattfand, kann den Veranstaltern natürlich nicht vorgeworfen werden, sondern ist einzig und allein auf die massiven Restriktionen zurückzuführen, für die ein reaktionärer Bundesinnenminister und eine nicht minder reaktionäre Regional-SPD verantwortlich zeichnen.

Allerdings muss die Frage nach den (fehlenden) Inhalten der Demonstration gestellt werden. Dass man gegen G8 ist, ist angekommen. Aber wofür ist man? Die allgemein-unverbindliche Floskel einer „besseren“ oder „anderen Welt“ ist schnell aufgestellt. Doch was sind die konkreten Forderungen hin zu einem alternativen Weltsystem? Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine Demonstration kein

Seminar ersetzen kann, muss die Frage gestellt werden, warum bei einem Demonzug mit 80.000 Menschen weder der Kampf im Nahen Osten noch in Lateinamerika (insbesondere Venezuelas) eine Rolle gespielt haben. Dass die Menschen in den arabischen Ländern – nicht weniger als das globale Hauptangriffsziel Euroamerikas – ein Recht auf Widerstand haben? Fehlanzeige in Rostock! Mag es vereinzelt antagonistische Forderungen oder Redebeiträge gegeben haben, der Grundtenor der Demonstration verblieb im Unkonkreten.

Es geht hier nicht darum, etwa ökonomische oder antirassistische Forderungen klein zu reden. Aber wie lässt sich das Grundübel dieser Epoche, die imperiale Weltkriegsordnung, bekämpfen, ohne die realen Gegenkräfte dieser Ordnung zumindest zu benennen? Die unausgesprochene, aber alles überschattende äquidistante Haltung „Nein zu US-Kriegen und Nein zu militärischem Widerstand“ hilft

den links- wie rechtsliberalen Menschenrechtsbomben und führt geradezu in den politischen Untergang der Linken.

Was bleibt? Eine bis ins Mark systembejahende Attac distanziert sich aufs Entschiedenste von Militanz und redet so den Schäubles und Caffiers das Wort, die bereits laut über den Einsatz von Gummigeschossen und paramilitärischen Einheiten nachdenken dürfen. Man mag über die politische Sinnhaftigkeit von Straßenmilitanz je nach Fall unterschiedlicher Ansicht sein. Wir maßen uns jedenfalls nicht an, moralisch zu verurteilen, dass es gelegentlich auch in der Ersten Welt etwas rappelt.

Im Falle Rostocks sagen wir, dass organisierte Militanz kombiniert mit deutlich mehr inhaltlicher Schärfe der bessere, wenn nicht der beste Weg gewesen wäre.

Initiativ e.V., Juni 2007

vorzugehen. Weiters werden die innerpalästinensischen Konflikte verfolgt, die den Ausverkauf palästinensischer Interessen durch die PLO betrafen. Dabei vertrat die Hamas über Jahre hinweg die konsistente Position, dass die Beendigung der Besatzung Grundvoraussetzung für jegliche Konfliktlösung sein müsse. In diesem Sinne wurden die Oslo-Verträge abgelehnt.

Als gewählte politische Vertretung des palästinensischen Volkes ist für Helga Baumgarten die Hamas der Ansprechpartner, der für die Zukunft der Region von Bedeutung ist. Der im letzten Jahr stereotyp vorgebrachten Forderung nach Anerkennung des

Existenzrechts Israels durch die Hamas und der unmenschlichen Boykottpolitik gegenüber einem Volk und seiner legitimen Regierung, weil diese Anerkennung nicht so erbracht wurde wie gewünscht, hält Baumgarten ein Zitat von Isma'il Haniyyah vom 26. Februar 2006 entgegen: „Wenn Israel erklärt, dass es dem palästinensischen Volk einen Staat ermöglicht und ihm seine Rechte zurückgibt, dann sind wir bereit, Israel anzuerkennen.“ Außerdem wurde zum Zeitpunkt des Regierungsbeginns der Waffenstillstand von 2005 akribisch eingehalten und der Abschluss eines Waffenstillstands impliziert laut Baumgarten die Aner-

kennung des betroffenen Staates. So sachlich und nüchtern argumentiert Helga Baumgarten insgesamt in ihrer Aufarbeitung der Geschichte der Hamas. Ein lesenswertes Buch im Kampf gegen Ignoranz und westliche Arroganz, ein Beitrag gegen die Islamophobie!

Elisabeth Lindner-Riegler

Helga Baumgarten: *Hamas – Der politische Islam in Palästina*. Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen/München 2006, 256 Seiten.

Helga Baumgarten lehrt Politikwissenschaften an der Universität Birzeit in Palästina und lebt in Ost-Jerusalem.

Elisabeth Lindner-Riegler lebt in Wien und ist in der Palästina-Solidaritätsbewegung aktiv.

Buchrezension

Hamas – Der politische Islam in Palästina

von Helga Baumgarten

Im Jänner 2006 wählte das palästinensische Volk in demokratischen Wahlen seine Vertretung. Die Hamas, die zu den Wahlen mit einer Liste unter dem Namen „Veränderung und Reform“ angetreten war, gewann mit überwältigender Mehrheit. Analysen zeigen, „dass die Hamas für die palästinensische Gesellschaft vor allem den Widerstand gegen die fortgesetzte israelische Besatzungsherrschaft symbolisierte, während Fatah zusehends für eine nicht mehr akzeptierte Politik der Kompromisse, ja des nationalen Ausverkaufs, oft auf der Basis kurzfristiger persönlicher Vorteile, stand. Religiöse Gründe scheinen bei der Entscheidung für die Hamas eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben.“ (S. 180)

Kaum waren die Lobeshymnen auf die vorbildlich demokratischen Wahlen vorbei, „da begann auch schon die Phase der harten und gnadenlosen Machtpolitik, in der kein Respekt mehr blieb für die demokratischen Entscheidungen armer, schwacher und unterdrückter Gesellschaften im Süden des Weltsystems. Zwar war der Norden großzügig genug gewesen, der Hamas eine Teilnahme an den Wahlen zu erlauben. Einen Wahlsieg hatte dieser Deal jedoch nicht eingeschlossen.“ (S. 184)

Mit diesen Stellungnahmen schließt Helga Baumgarten ihre Analyse der Hamas als einer Bewegung, die ideologisch und programmatisch dem politischen Islam zuzurechnen ist und untrennbar mit der Geschichte der palästinensischen Gesellschaft der letzten zwanzig Jahre verbunden ist, ab. Das Buch ist lesenswert für alle, die Genaueres über diese Entwicklung wissen wollen. Es wäre jedoch besonders lesenswert für diejenigen, die sich auf die westlichen Medien beziehen, wenn sie die Hamas als fundamentalistische Terrororganisation abstempeln, die die palästinensische Gesellschaft ins finsterste Mittelalter katapultieren

würde, oder für diejenigen, die jede Denkarbeit ablehnen, weil sie darauf beharren, dass diese Organisation von Israel in die Welt gesetzt und gefördert wurde. So oder so, ob von Links oder Rechts, der Hamas als komplexer Organisation mit komplexer Geschichte wird nicht Rechnung getragen und die ungeheuerliche Boykottpolitik gegenüber dem palästinensischen Volk – wegen seiner Entscheidung für die Hamas – wird somit toleriert oder gar gutgeheißen.

Im Februar 1993 erklärten die USA die Hamas zur Terrororganisation, im September 2003 folgte ihr die EU in dieser Entscheidung. Als Gründe dafür werden die Gewaltbereitschaft der Hamas und ihre Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels angeführt. Helga Baumgarten stellt diese Argumente in den Kontext, der sich eigentlich logisch ergibt. Das ist die seit vierzig Jahren andauernde Besatzung, die Gewalt seitens der Besatzungsmacht, oder die trotz aller Verträge intensivierte Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Helga Baumgarten hält fest: „Weder Israel noch der Westen waren damals wie heute bereit anzuerkennen, dass auch die Palästinenser legitime Forderungen haben. Vor dem Hintergrund einer Welle der Islamophobie, die alles niederzureißen scheint, gesteht man den Palästinensern und in besonderem Maße der Hamas nicht zu, dass auch sie nach Gerechtigkeit streben, dass sie Anerkennung als gleichberechtigter Partner am Verhandlungstisch wollen.“ (S. 160)

Es werden die Waffenstillstandsangebote der Hamas im Laufe der Jahre angeführt und ihre faktische Nichtbeachtung als verspielte Chancen Israels und des Westens für einen Friedensprozess gesehen.

Sehr ausführlich und mit Originaldokumenten im Anhang – wie zum Beispiel der Charta der Hamas von 1988 oder dem Programm zu den

Wahlen von 2006 – wird die wechselvolle Geschichte der Hamas seit ihrer Gründung im Dezember 1987 durch die Muslimbrüder im Gazastreifen dokumentiert. Unter dem Druck der Ereignisse und der Militanz des Islamischen Jihad gelangten die Muslimbrüder zur Meinung, die Zeit sei gekommen, mit der Waffe in der Hand gegen die israelische Besatzung zu kämpfen. Sie reklamierten im Wettstreit mit der PLO für sich, „1987 den Aufstand gegen die israelische Besatzung begonnen zu haben und für die erste palästinensische Intifada verantwortlich zu sein.“ (S. 40)

Bis zu diesem Zeitpunkt lag der Schwerpunkt der Arbeit auf dem Aufbau von Institutionen und Wohltätigkeitsorganisationen, der Erziehungs- und Mobilisierungsarbeit. Aus dieser Zeit stammen auch die Vorwürfe der Kollaboration mit Israel. Helga Baumgarten geht auf diese ein: „Die israelische Politik gegenüber den palästinensischen Muslimbrüdern im Zeitraum von 1967 bis 1987/88 kann am besten als eine „Politik der freundlichen Duldung“ charakterisiert werden. Sie muss jedoch immer im Zusammenhang mit Israels politischer Strategie des Teile-und-herrsche-Prinzips gesehen werden. Ein weiteres Motiv erklärt die Zurückhaltung der Besatzungsmacht im Umgang mit palästinensischen muslimischen Organisationen. Israel versuchte, etwa bis Ende der achtziger Jahre, zu verhindern, dass der schon schwer zu kontrollierende nationale Konflikt zu einer völlig unkalkulierbaren religiösen Auseinandersetzung eskalierte.“ (S. 73) Mit dem Ausbruch der Intifada war es mit der „freundlichen Duldung“ der Muslimbrüder / Hamas endgültig vorbei.

Auch die Selbstmordattentate stellt Helga Baumgarten in den Kontext der Ereignisse als Antwort auf das Massaker von Hebron und die Weigerung Israels, gegen die extremistischen Siedler



- Ich will regelmäßig **Informationen** über die Aktivitäten der Antiimperialistischen Koordination (AIK) per E-Mail.
- Ich will die Zeitschrift „**Intifada**“ abonnieren (5 Zusendungen: 10 Euro).
- Ich will ein **Förder-Abo** der „**Intifada**“ (5 Zusendungen: 20 Euro)
- Ich will die „**Intifada**“ Nr. ____ nachbestellen.

Name: _____

Adresse: _____

Plz., Ort: _____

E-Mail: _____

Bitte freimachen

**An die
Antiimperialistische
Koordination**

**Postfach 23
A-1040 Wien
Österreich**

Bestellungen per E-Mail (aik@antiimperialista.org) werden ebenfalls gerne entgegengenommen.

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKAT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion & Impressum

Redaktion: Margarethe Berger, Doris Höffmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Muhammad Aburous, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.



